

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

SEPTEMBER 1957

INHALT

Zur Diskontsenkung	3
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im August/ September 1957 . . .	7
Geld und Kredit	7
Öffentliche Finanzen	17
Produktion und Märkte	24
Außenhandel und Zahlungsbilanz	34
Statistischer Teil	43
Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	44
Deutsche Bundesbank	49
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	49
Ausweise	52
Kreditinstitute	56
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	56
Zwischenbilanzen	68
Zinssätze	81
Kapitalmarkt	85
Öffentliche Finanzen	90
Außenwirtschaft	95
Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	99
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	101
Diskontsätze im Ausland	102
Die Währungen der Welt	103

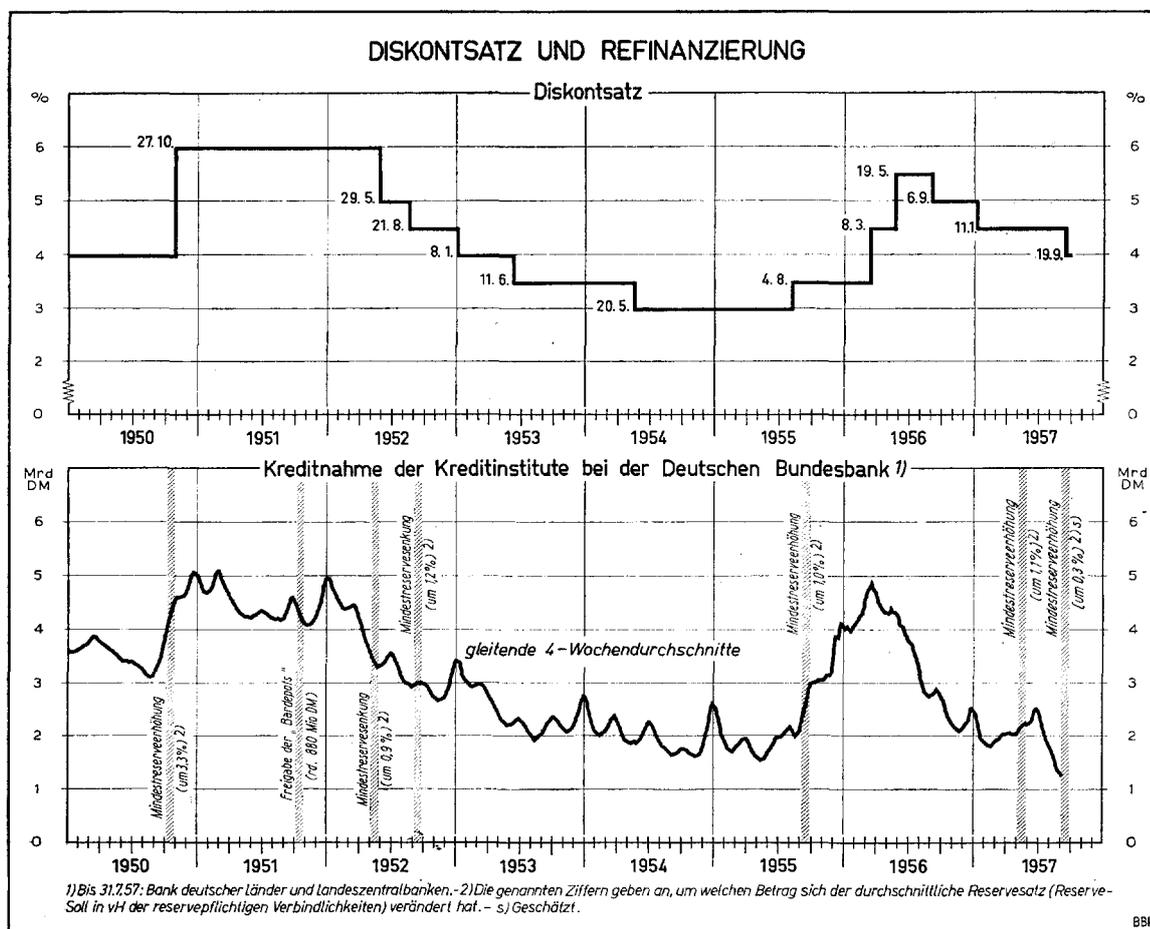
Abgeschlossen am 30. September 1957

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Diskontsenkung

Mit Wirkung vom 19. September 1957 hat der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank den Diskontsatz von $4\frac{1}{2}\%$ auf 4% herabgesetzt. Seit dem Kulminationspunkt der restriktiven Kreditpolitik des Zentralbanksystems im Mai 1956, als der Diskontsatz — um einer drohenden Übersteigerung der Investitionskonjunktur entgegenzuwirken — drastisch um 1% auf $5\frac{1}{2}\%$ erhöht worden war, hat die Bank die Zügel der

Kreditpolitik durch dreimalige Senkung des Diskontsatzes um je $\frac{1}{2}\%$ (und zwar mit Wirkung vom 6. September 1956, vom 11. Januar 1957 und nunmehr vom 19. September d. J.) merklich gelockert. Immerhin ist auch der jetzige Diskontsatz noch um 1% höher als vor der Diskonterhöhung vom 3. August 1955, als sich die Bank wegen der konjunkturellen Anspannung zu einer restriktiven Kreditpolitik entschloß.



Ähnlich wie bei den vorangegangenen beiden Diskontsenkungen hat sich die Bank auch diesmal von dem Gedanken leiten lassen, den Diskontsatz, von dessen Stand das Bankzinsniveau weitgehend abhängt, nur solange auf der bisherigen Höhe zu halten, als es mit Rücksicht auf die konjunkturelle Lage unbedingt erforderlich erschien. Außerdem ließen die steigenden De-

visenzuflüsse eine Veränderung des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland angezeigt erscheinen.

Zwar ist schon seit geraumer Zeit zu erkennen, daß der Prozeß der durch die vorangegangenen Restriktionsmaßnahmen angestrebten Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion — vor allem im Bereich der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen — angehalten hat. Die Bank hat hier-

über in ihren letzten monatlichen Publikationen bereits eingehend berichtet. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß sich die gesamte Volkswirtschaft der Bundesrepublik unverändert im Zustand der Vollbeschäftigung befindet und daß die Elastizität der Wirtschaft begrenzt ist, insbesondere wegen des Tiefstandes der Reserven am Arbeitsmarkt sowie wegen der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Dieser Einengung des Elastizitäts-Spielraums stehen wachsende Ansprüche an das Produktionsvolumen von verschiedenen Seiten gegenüber. Hinzuweisen ist vor allem auf die gestiegenen Ansprüche an das Produktionsvolumen durch die öffentlichen Haushalte, ferner auf die vermehrten Ansprüche der privaten Verbraucher aus den binnen Jahresfrist stark erhöhten Masseneinkommen und nicht zuletzt auf die starke Nachfrage des Auslands. Diese Vorgänge haben eine sorgfältige Prüfung der Wirtschaftslage und eine gewisse Zurückhaltung auch auf dem Gebiet der Diskontpolitik während der letzten Monate geboten erscheinen lassen.

Wenn sich die Bank nunmehr entschlossen hat, den Diskontsatz nochmals um $\frac{1}{2}\%$ zu senken, so hat sie damit den in der letzten Zeit hervorgetretenen Entspannungsvorgängen Rechnung getragen. Dies gilt in besonderem Maße für die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Der Produktionsindex des Bauhauptgewerbes lag in den letzten drei Monaten um 9 vH unter dem Vorjahrsniveau. Im Zeichen der konjunkturellen Dämpfung stehen auch die Ausrüstungsinvestitionen. Der Produktionsindex der Investitionsgüterindustrien ist in den Monaten Juli und August d. J. stärker als saisonüblich zurückgegangen und hat in den Sommermonaten den Vorjahrsstand nicht mehr überschritten. Der Herbst dürfte zwar nach aller Erfahrung eine Wiederbelebung der gesamten Investitionstätigkeit mit sich bringen. Andererseits verdient es Beachtung, daß die statistischen Daten über den Auftragseingang aus dem Inland während der letzten Monate eine deutliche Verlangsamung erkennen lassen; sie sind im Juli 1957 dem Werte nach um 3 vH, dem Volumen nach sogar um 6 vH niedriger gewesen

als im gleichen Monat des Vorjahres (neuere Zahlen sind noch nicht verfügbar). Auch der Auftragseingang aus dem Ausland ist nicht mehr so hoch wie bisher. Bei der Entwicklung der industriellen Produktion ist im übrigen zu berücksichtigen, daß die Wirtschaft in Auswirkung ihrer seit Jahren anhaltenden intensiven eigenen Investitionstätigkeit — sowohl durch Kapazitätserweiterungen als auch durch vielfache Rationalisierungsmaßnahmen — über größere Produktionskapazitäten verfügt.

Auch die Preisentwicklung zeigte in den letzten Wochen ein Bild größerer Beruhigung als zuvor. Im besonderen Maße gilt dies für die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, die seit Anfang des Jahres praktisch stabil geblieben sind. Die in den letzten Monaten zum Teil saisonbedingte Aufwärtsentwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte hat sich verlangsamt, vielfach haben sich auch die aus Saisongründen zu erwartenden Preissenkungen durchgesetzt. Im Zeichen einer ausgesprochenen Baisse-Bewegung stehen seit Anfang des Jahres bekanntlich die Weltrohstoffpreise. Ihre Verbilligung hat auf das inländische Preisniveau ohne Zweifel einen mäßigen Einfluß ausgeübt. Die in den vergangenen Monaten merklich gestiegenen Lebenshaltungskosten sind im August erstmals leicht gesunken, wobei allerdings dem saisonbedingten Rückgang der Ernährungskosten das Hauptgewicht zufiel.

Besondere Bedeutung ist der Tatsache beizumessen, daß sich im Bereich des privaten Verbrauchs der mit der starken Erhöhung der Masseneinkommen erwartete Nachfragestoß in einem weit engeren Rahmen gehalten hat, als vorher vielfach befürchtet worden war. Zwar sind die Verbrauchsausgaben seit der Rentenreform beträchtlich gestiegen, und die Einzelhandelsumsätze lagen in den Monaten Juli/August d. J. um rd. 10 vH über dem Vorjahrsstand, zugleich aber haben die durch die Einkommenserhöhung begünstigten Bevölkerungsschichten in beträchtlichem Umfang ihre Spartätigkeit gesteigert. So sind allein die Spareinlagen in den beiden Monaten Juli und August 1957 bei allen Kreditinstituten um 447 Mio DM gestiegen, während

sie in den gleichen Monaten des Vorjahres um 30 Mio DM zurückgegangen waren. Auch das Wertpapiersparen hat sich in den letzten Monaten kräftig belebt. Die am Markt untergebrachten neuen Emissionen von festverzinslichen Wertpapieren und von Aktien erreichten in den beiden Monaten Juli und August die beachtliche Höhe von 1 368 Mio DM, davon 770 Mio DM festverzinsliche Wertpapiere. Das Klima des Kapitalmarkts, der in den ersten Monaten d.J. weitgehend darniederlag, hat sich im Verlauf der letzten Monate deutlich gebessert. Im Hinblick auf den unverändert hohen Kapital- und Konsolidierungsbedarf der deutschen Wirtschaft bedarf es freilich noch umfassender Bemühungen, um die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts in vollem Maße wiederherzustellen.

Für die Diskontentscheidung war ferner von Gewicht, daß sich die vordem wirksamen Expansionstendenzen bei den Bankkrediten während der letzten Monate deutlich abgeschwächt haben. Die Gesamtsumme der Kredite und Wertpapieranlagen bei allen berichtenden Kreditinstituten stieg in den ersten acht Monaten von 1957 um rd. 5 Mrd DM gegenüber 6,2 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres und 8,8 Mrd DM in den ersten acht Monaten von 1955. Die kurzfristigen Wirtschaftskredite der Banken, die bekanntlich ein besonders dynamisches Element im Kreditbereich bilden, haben an dem Zuwachs des Kreditvolumens während der ersten acht Monate von 1957 mit 385 Mio DM nur einen bescheidenen Anteil gehabt. Dabei muß freilich in Rechnung gestellt werden, daß die Nachfrage nach kurzfristigen Wirtschaftskrediten wegen der aus den hohen Devisenüberschüssen und aus dem Abbau der öffentlichen Kassenreserven resultierenden Verflüssigung der Wirtschaft rückläufig sein mußte.

Gegenüber allen diesen auf eine Beruhigung hindeutenden Symptomen weist das Konjunktur- bild freilich auch Züge auf, die einer weiteren Entspannung entgegenwirken. Die Masseneinkommen stehen infolge der mit Nachzahlungen verbundenen Einkommenserhöhungen zugunsten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes wei-

terhin unverändert im Zeichen einer hohen Zuwachsrates. Manche Anzeichen lassen den Schluß zu, daß der Verbrauch in den Herbstmonaten kräftig zunehmen wird. Auch für die Investitionstätigkeit ist — schon aus Saisongründen — mit einem Wiederanstieg zu rechnen; dies gilt sowohl für den gewerblichen Bau als auch für den Wohnungsbau, der erfahrungsgemäß in den Herbstmonaten jeweils seinen Höhepunkt erreicht. In die nächsten Monate fallen zudem Kündigungstermine für eine Reihe wichtiger Tarifverträge. Von den Preisen her sind in nächster Zeit ebenfalls neue Belastungen der Wirtschaft zu erwarten. Der bevorstehenden Erhöhung der Kohlenpreise und den sich daran anschließenden Folgewirkungen ist, da dem Kohlepreis eine Schlüsselstellung zukommt, in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Sollten sich aus diesen Vorgängen erneut bedenkliche Spannungen herausbilden, sollten sich insbesondere Tendenzen für Störungen in den Bereichen der Preise und Löhne ergeben, die das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht ernstlich gefährden könnten, so wird die Bank nicht zögern, solchen Entwicklungen mit allen ihr zu Gebote stehenden kreditpolitischen Mitteln entgegenzuwirken.

Im Hinblick auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik erwartet die Bank von der Diskontsenkung und der hiermit verbundenen Veränderung des Zinsgefälles eine Unterstützung ihrer kreditpolitischen Absichten. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß verschiedene Länder gleichzeitig als Gegenwirkung gegen inflatorische Tendenzen in ihrem Bereich und zur Bekämpfung der gegen ihre Währung gerichteten Devisenspekulation in letzter Zeit ihre Diskontsätze kräftig erhöht und zugleich restriktive kreditpolitische Maßnahmen ergriffen haben. Welchen Umfang die Transaktionen der internationalen Devisenspekulation in den letzten Monaten angenommen haben, zeigt die Tatsache, daß nach überschlägigen Berechnungen im Durchschnitt der ersten acht Monate d.J. etwa die Hälfte des Devisenzustroms nach Deutschland auf spekulative Einflüsse zurückzuführen war; in

den Monaten Juli und August d. J. ist dieser Anteil sogar auf annähernd zwei Drittel gestiegen. Spekulative Gelder kurzfristiger Natur sind also im Gegenwert von mehreren Milliarden DM nach Deutschland geströmt und haben hier zu der in diesen Berichten mehrfach dargestellten enormen Verflüssigung geführt, der die Bank mit Einsatz ihrer kreditpolitischen Mittel, insbesondere der Offenmarktpolitik und in begrenztem Umfang auch der Mindestreservpolitik, entgegengesteuert hat. Die von der Bank vorgenommene Diskontsenkung, die in ihrer Wirkung auf das Zinsgefälle durch die erwähnten — zum Teil recht drastischen — Diskonterhöhungen im Ausland wesentlich verstärkt worden ist, dürfte dazu beitragen, die noch bestehenden spekulativen Tendenzen zu dämpfen.

Starke Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die dezidierten Äußerungen der maßgeblichen Persönlichkeiten auf der diesjährigen Gouverneursversammlung des Internationalen

Währungsfonds in Washington zur internationalen Währungslage. Am 23. September d. J. hat der Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es weder zu einer Aufwertung der D-Mark noch zu einer Abwertung des Pfund Sterling kommen werde, daß vielmehr die bestehenden Paritäten unverändert bleiben werden. Ihr volles Gewicht erhielten diese Feststellungen durch Erklärungen des britischen und des deutschen Vertreters in der Gouverneursversammlung, die als offizielle Auffassungen ihrer Regierungen erneut davon Kenntnis gaben, daß weder eine Änderung der Parität ihrer Währungen noch der Bandbreite in Betracht gezogen wird und daß alle Gerüchte hierüber gegenstandslos sind. Der darin dokumentierte entschlossene Wille der beteiligten Regierungen und Notenbanken, die Wechselkurse ihrer Währungen unter allen Umständen stabil zu halten, wird seine redressierende Wirkung auf die internationale Devisenspekulation nicht verfehlen.

Entwicklung der Diskontsätze verschiedener Länder
in % p. a.

Land	Stand am 31. 12. 1955	Diskontveränderungen im Laufe des Jahres 1956												Stand am 31. 12. 1956	Diskontveränderungen im Laufe des Jahres 1957												Stand am 28. 9. 1957
		J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D		J	F	M	A	M	J	J	A	S				
Belgien	3												+1/2	3 1/2												+1	4 1/2
Frankreich	3													3				+1								+1	5
Großbritannien	4 1/2	+1												5 1/2	-1/2											+2	7
Niederlande	2 1/2	+1/2						+1/4		+1/2				3 3/4							+1/2	+3/4				5	
Schweden	3 3/4											+1/4		4								+1				5	
Schweiz	1 1/2													1 1/2					+1							2 1/2	
Ver. Staaten von Amerika																											
(New York)	2 1/2				+1/4				+1/4					3									+1/2			3 1/2	
Bundesrepublik Deutschland	3 1/2		+1			+1					-1/2			5	-1/2										-1/2	4	

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im August/September 1957

Geld und Kredit

Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Entwicklung der Bankenliquidität und des Geldmarkts stand in den ersten September-Wochen unverändert im Zeichen anhaltend starker *Devisenüberschüsse*, die den Banken so umfangreiche flüssige Mittel zuführten, daß sich trotz der Anforderungen, die im Zusammenhang mit den Steuerüberweisungen und der saisonüblichen Zunahme des Bargeldumlaufs an sie gestellt wurden, ihre Liquidität nicht, wie sonst in Monaten mit großen Steuerfälligkeiten, anspannte, sondern sogar noch erhöhte. In den ersten 23 Septembertagen belief sich der Mittelzufluß zu den Banken auf Grund ihrer Netto-Devisenabgaben an die Deutsche Bundesbank auf nahezu 1,3 Mrd DM. Das entsprach pro rata temporis etwa dem sehr hohen Vormonatsbetrag (1,66 Mrd DM) und war mithin wiederum sehr viel mehr als in den ersten sieben Monaten des Jahres, in denen den Banken aus ihren Devisentransaktionen mit dem Zentralbanksystem monatsdurchschnittlich flüssige Mittel in Höhe von rd. 720 Mio DM zugeflossen waren. Gegen Monatsende war allerdings ein gewisses Abflauen der aus dieser Quelle stammenden Zentralbankgeldzuflüsse zum Bankenapparat zu verzeichnen.

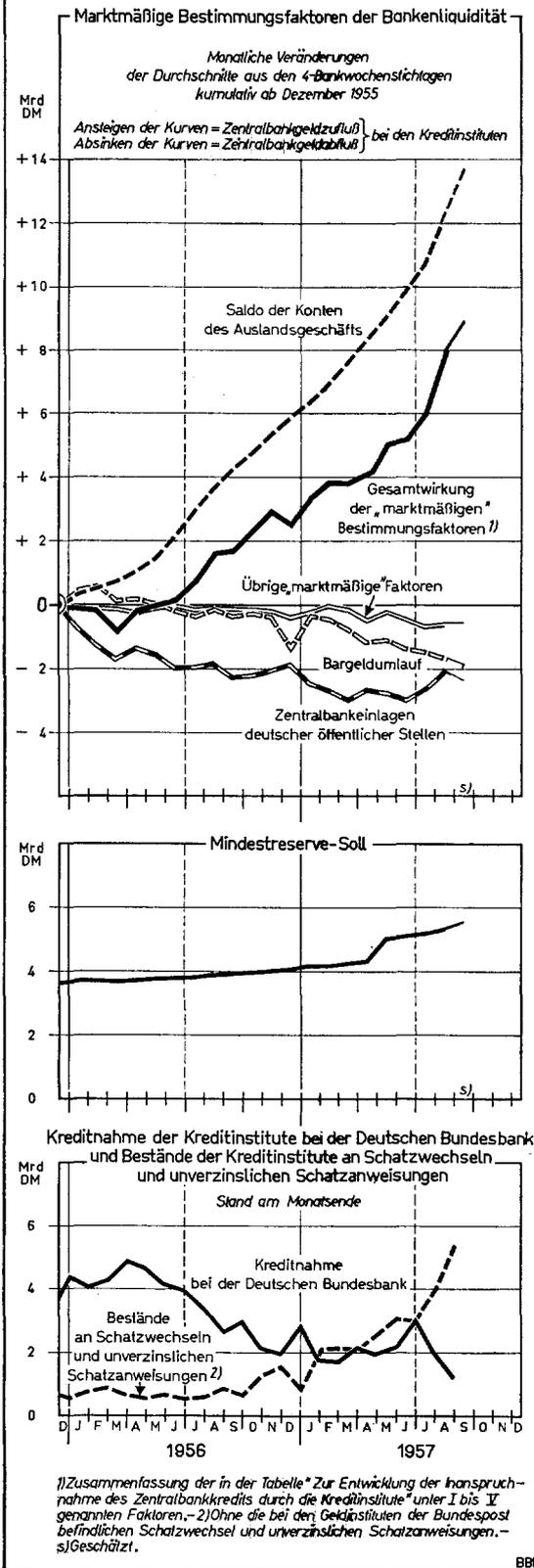
Während nun im Juli und August der Liquiditätszufluß zu den Banken dadurch noch wesentlich verstärkt wurde, daß die großen *öffentlichen Haushalte* — vor allem der Haushalt des Bundes — nicht nur in ihren ausländischen Kassentransaktionen, die den inneren Geldkreislauf nicht berühren, sondern auch in ihrem inländischen Zahlungsverkehr Defizite aufwiesen und zu deren Deckung auf ihre bei der Bundesbank unterhaltenen Kassenreserven zurückgriffen, sind im September von den öffentlichen Haushalten vorübergehend wieder Gegenwirkungen ausgegangen. Im Zusammenhang mit den Vierteljahrszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer haben die Überweisungen auf die bei der Bundesbank geführten Konten öffentlicher Stellen die gleichzeitigen Abdispositionen für inländische Kassenausgaben im Gesamtergebnis des Monats über-

troffen, so daß die öffentlichen Kassentransaktionen in diesem Monat die Liquiditätszuflüsse aus der Devisenbilanz in gewissem Umfang kompensiert haben. Für die folgenden Monate ist jedoch damit zu rechnen, daß die defizitären Tendenzen der öffentlichen Haushalte, wie im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher ausgeführt, anhalten und erneut in Liquiditätszuflüssen zum Bankenapparat ihren Niederschlag finden werden.

Verglichen mit den starken Einflüssen, die von dem Devisenzustrom einerseits und den Steuerüberweisungen andererseits auf die Bankenliquidität ausgingen, blieb im September die Belastung der Banken, die aus den erhöhten Bargeldansprüchen des Publikums resultierte, verhältnismäßig gering. Der gesamte *Bargeldumlauf*, in dem auch die Eigenbestände der Kreditinstitute enthalten sind, lag im Durchschnitt der ersten 25 Tage des Monats mit 15,7 Mrd DM um rd. 180 Mio DM über dem Umlauf während der gleichen Zeit des Vormonats. Da die Bestände der Banken von Monat zu Monat erfahrungsgemäß keine wesentlichen Schwankungen aufweisen, kann man annehmen, daß sich die Zunahme des Bargeldumlaufs außerhalb des Bankensystems und damit die liquiditätsmäßige Belastung der Kreditinstitute durch Bargeldabforderungen des Publikums in der genannten Größenordnung von rd. 180 Mio DM gehalten hat. Diese Belastung entsprach etwa dem auch in früheren Jahren um diese Jahreszeit üblichen Ausmaß.

Obwohl also im September, soweit an Hand der vorliegenden Daten übersehen werden kann, die marktmäßigen Liquidisierungstendenzen im ganzen das Übergewicht behielten, war der Geldmarkt doch bei weitem nicht so flüssig wie im Vormonat, in dem geradezu eine Geldschwemme geherrscht hatte. Abgesehen von den oben genannten Faktoren hat dazu im übrigen beigetragen, daß die Banken ihre Reserveguthaben bei der Bundesbank auf Grund der im letzten Monatsbericht erwähnten Heraufsetzung des Mindestreservesolls für die bei ihnen gehaltenen Auslandseinlagen ab 1. September 1957 im Monatsdurchschnitt um etwa 200 Mio DM erhöhen

ZUR ENTWICKLUNG DER BANKENLIQUIDITÄT



mußten. Der die Marktlage kennzeichnende Satz für Tagesgeld, der in der letzten Dekade des August vorübergehend bis auf $2\frac{1}{4}\%$ zurückgegangen war, stieg zu Beginn des Monats September auf $4\frac{1}{4}\%$; dementsprechend hat die Bundesbank die Abgabesätze, zu denen sie Geldmarktpapiere an den Markt bringt, am 2. September d. J. um $\frac{1}{4}\%$ und am 6. September um $\frac{1}{8}\%$ erhöht. Allerdings lag der Tagesgeldsatz auch dann noch immer unter dem Diskontsatz, ja selbst um die Zeit des großen Steuertermins war Tagesgeld noch unter der Diskontrate angeboten. So verharrete also der Satz für kurzfristiges Geld bis zur Monatsmitte (mit nur geringen Schwankungen nach beiden Seiten) etwa auf dem schon am Monatsbeginn erreichten Stand von $4\frac{1}{4}\%$, obwohl die Banken zwischen dem 7. und 15. September per Saldo einen Betrag von mehr als 1,4 Mrd DM auf die Konten der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank überweisen mußten.

Diese Entwicklung war zu einem erheblichen Teil dem Umstand zuzuschreiben, daß die Banken die Spitzenbelastung zum Steuertermin in viel größerem Umfang als früher durch Rückgriff auf ihre Bestände an liquiden Geldmarktpapieren deckten. Dabei handelte es sich nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang um ein Angebot von Geldmarktpapieren vor ihrer Fälligkeit. Das Schwergewicht der Geldmarktdispositionen hat sich nämlich in der letzten Zeit mehr und mehr auf die Abstimmung der Fälligkeiten verlagert, d. h. die Kreditinstitute haben die Fälligkeiten der von ihnen erworbenen Geldmarkt-titel vorsorglich so gewählt, daß sie die Erlöse zu den vorhersehbaren Anspannungsterminen, insbesondere zu den großen Steuerterminen, verfügbar haben. Der Geldmarkt weist insofern bemerkenswerte Strukturveränderungen auf. Mit dem insbesondere seit Jahresfrist stark gewachsenem Volumen an Geldmarktpapieren ist zugleich auch der Umfang der monatlich fällig werdenden Titel sprunghaft gestiegen. Die Kreditinstitute sind damit in die Lage versetzt worden, Spitzenbelastungen, die früher normalerweise zu erhöhter Inanspruchnahme von Refinanzierungskrediten geführt haben, nunmehr dadurch auszugleichen, daß sie fällig werdende Geldmarkt-titel an bestimmten Terminen nicht

Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute

in Mio DM

Vorgänge	Durchschnitt ¹⁾	Stichtage	
	Aug. 1957	31. Aug. 1957	15. Sept. 1957
	gegen Juli 1957	gegen 31. Juli 1957 15. Aug. 1957	
<p>A. Zentralbankgeldzuflüsse und -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen in den untenstehenden Positionen</p> <p>Die Vorzeichen geben an, ob die jeweiligen Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Zentralbankgeldzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) bewirkt haben *)</p>			
I. Noten- und Münzumlauf	— 149	— 159	— 340
II. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken	+ 544	+ 569	— 443
davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden	(+ 523)	(+ 376)	(— 369)
2) Sonstige	(+ 21)	(+ 193)	(— 74)
III. Zentralbankkredite an Nichtbanken ²⁾ (ohne Offenmarkt-Käufe und -Verkäufe)	+ 7	+ 9	— 36
IV. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder)	+1 439	+1 656	+1 696
V. Sonstige Faktoren	+ 10	— 63	+ 25
darunter: Schwebende Verrechnungen	(— 56)	(— 122)	(— 43)
Wirkung der Faktoren A I bis V			
Zugang = + an Zentralbankgeld	+1 851	+2 012	+ 902
Abgang = — an Zentralbankgeld			
VI. Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe	— 990	—1 405	— 622
davon: 1) im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) ausgegebene Geldmarkttitel des Bundes	(— 971)	(—1 305)	(— 669)
2) Sonstige Titel ³⁾	(— 19)	(— 100)	(+ 47)
Gesamtwirkung der obengenannten Faktoren (Summe A I bis VI)			
Zugang = + an Zentralbankgeld	+ 861	+ 607	+ 280
Abgang = — an Zentralbankgeld			
<p>B. Veränderung der Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute</p> <p>(Zunahme = +; Abnahme = —)</p>			
I. Gesamt (Mindestreserven und Überschufreserven)	+ 277	— 88	+ 10
II. Veränderung des Mindestreserve-Solls (kann nur monatlich angegeben werden)	+ 139	.	.
<p>C. Inanspruchnahme des Refinanzierungskredits</p> <p>(Zunahme = +; Abnahme = —)</p>			
Veränderung	— 584	— 695	— 270
	Durchschnitt ¹⁾	Stichtage	
	Aug. 1957	31. Aug. 1957	15. Sept. 1957
Stand an den nebenstehend genannten Terminen	1 557	1 226	1 340
<p>D. Zum Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank (bzw. bei der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken)</p>			
	5 346	4 686	5 186
<p>¹⁾ Errechnet aus den 4 Ausweisstichtagen der betreffenden Monate. — ²⁾ Einschließlich Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (im Rahmen einer festen Kreditlinie zur Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungs-, Wohnungsbau- und Investitionsprogrammen), die nicht als Refinanzierungskredite im üblichen Sinne betrachtet werden können. — ³⁾ Am offenen Markt erworbene Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, soweit diese nicht im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) entstanden sind (s. VI, 1), Vorratsstellenwechsel und Wertpapiere.</p> <p>^{*)} Es bewirken:</p> <p>Zentralbankgeldzufluß / Zentralbankgeldabfluß</p> <p>Abnahme Zunahme des Noten- und Münzumlaufs</p> <p>Abnahme Zunahme der Zentralbankeinlagen von Nichtbanken</p> <p>Zunahme Abnahme der Zentralbankkredite an Nichtbanken</p> <p>Aktivierung Passivierung des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank</p> <p>Offenmarkt-Käufe Offenmarkt-Verkäufe</p> <p>Die Veränderungen der unter A in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Zentralbankgeldzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken). Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen enthält der Monatsbericht der Bank deutscher Länder für Januar 1957 auf S. 8.</p>			

mehr — jedenfalls nicht unverzüglich — durch den Kauf neuer Papiere ähnlicher Art ersetzen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die durch die Mindestreserveerhöhung und den Steuertermin ausgelöste Marktverknappung diesmal zum

Unterschied von früheren Anspannungsterminen nicht zu einer vermehrten Inanspruchnahme des Notenbankkredits, vielmehr zu einem merklichen Rückgang des Umlaufs an Geldmarktpapieren geführt hat, und zwar von Ende August

bis 10. September d. J. um fast 550 Mio DM. Der Herabsetzung des Diskontsatzes mit Wirkung vom 19. September d. J. von $4\frac{1}{2}\%$ auf 4% folgte ein Rückgang des Tagesgeldsatzes ebenfalls auf 4% . Zugleich ermäßigte die Bank die Abgabesätze für ihre Offenmarktpapiere um einheitlich $\frac{3}{8}\%$. Für den Verlauf der zweiten Hälfte des Monats September war bemerkenswert, daß der Geldmarkt sich nach Überwindung des großen Steuertermins nicht, wie vielfach erwartet worden war, erneut verflüssigte. Der Tagesgeldsatz verblieb auf der Höhe des Diskontsatzes; auch trat zunächst keine neue Nachfrage nach Geldmarktpapieren seitens der Kreditinstitute hervor, vielmehr hat sich der Umlauf unter Schwankungen im ganzen weiter vermindert. Die Bank setzte im Zusammenhang mit der gegen den Quartalsultimo beginnenden Versteifung des Geldmarkts die Abgabesätze mit Wirkung vom 27. September d. J. um $\frac{1}{8}\%$ herauf.

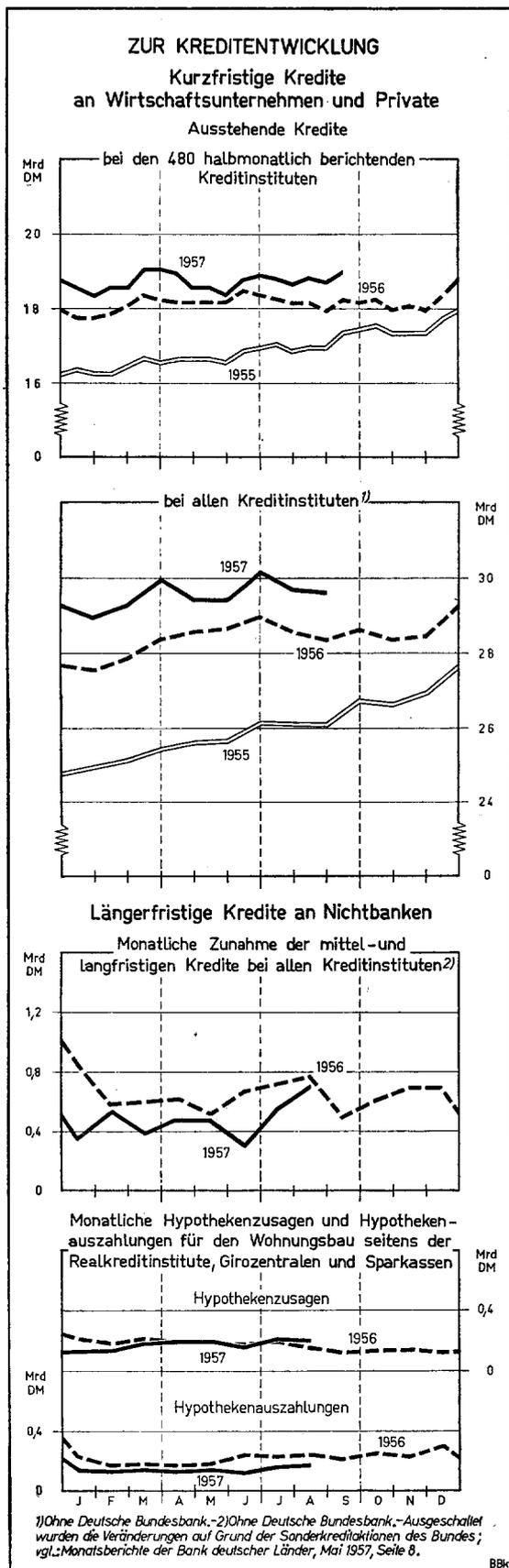
Um für eventuelle erneute Verflüssigungstendenzen in den kommenden Wochen gerüstet zu sein, hatte die Bank bei der Bundesregierung den Antrag gestellt, den Höchstbetrag für die Mobilisierung ihrer Ausgleichsforderungen um 1 Mrd DM — auf nunmehr 7 Mrd DM — zu erhöhen; die Bundesregierung hat diesem Antrag Mitte September entsprochen, so daß die Bank wieder über erhebliche Fazilitäten für ihre Offenmarktoperationen verfügt.

Das Aktivgeschäft der Kreditinstitute

Im Aktivgeschäft der Kreditinstitute hat sich die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenz, daß die Banken die ihnen zuströmenden flüssigen Mittel zum größten Teil in Geldmarktpapieren anlegen, während der Berichtsperiode fortgesetzt. So sind im August, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben vorliegen, die enormen Beträge von flüssigen Mitteln, die aus den Devisenüberschüssen und aus den Defiziten der großen öffentlichen Haushalte der inländischen Wirtschaft zugeflossen sind und bei den Banken zu einem Anstieg der Einlagen, zum Teil auch zu Kreditrückzahlungen, führten, von diesen per Saldo fast vollständig in öffentlichen Geldmarkttiteln angelegt worden. Infolgedessen haben sich die *Bestände der Kreditinstitute an Schatzwechseln und unverzinslichen*

Schatzanweisungen allein in diesem Monat um fast 1,5 Mrd DM erhöht. Der sehr hohe Zuwachs an solchen Papieren im Juli wurde damit im August noch um annähernd eine halbe Milliarde DM übertroffen. Ende August belief sich der Gesamtbestand der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen damit auf über 6,2 Mrd DM, während er Ende 1956 erst 1,7 Mrd DM betragen hatte. Zum weitaus größten Teil handelt es sich bei diesen Titeln um die aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Bundesbank entstandenen Geldmarktpapiere, die von der Bank an Kreditinstitute abgegeben worden sind. Der Gesamtbetrag der von den Kreditinstituten einschließlich der Bundesbank an Nichtbanken gewährten Kredite hat sich insoweit nicht verändert. Im September ist der Umlauf an Geldmarkttiteln aus den im vorangehenden Abschnitt dargelegten Gründen etwas zurückgegangen — so war z. B. bei den 480 halbmonatlich berichtenden Instituten bis zum 15. September d. J. ein Rückgang um 117 Mio DM zu verzeichnen —, in der großen Linie dürfte aber die Tendenz, wonach die Kreditinstitute die ihnen zuströmenden Mittel praktisch nicht zu einer Expansion ihres kurzfristigen Kreditvolumens verwenden, unverändert angehalten haben.

Dies läßt sich insbesondere aus der Entwicklung der *kurzfristigen Wirtschaftskredite* ersehen. Nachdem diese Kredite bei allen monatlich berichtenden Kreditinstituten im Juli um 445 Mio DM zurückgegangen waren, haben sie sich im August weiter um rd. 100 Mio DM verringert. Faßt man die ersten acht Monate von 1957 zusammen, so ist die Summe aller kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private um 385 Mio DM gestiegen gegen 552 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres und 1,37 Mrd DM in den ersten acht Monaten von 1955. Soweit bisher Zahlen für September vorliegen, ist keine Änderung in der Entwicklung der kurzfristigen Wirtschaftskredite zu erkennen. Zwar nahmen in der ersten Septemberhälfte — wie üblich zu einem großen Steuertermin — die kurzfristigen Wirtschaftskredite bei den 480 halbmonatlich berichtenden Instituten um rd. 280 Mio DM zu; aber diese Zunahme war niedriger als im entsprechenden Zeitraum der beiden Vorjahre (1955: + 439 Mio DM; 1956: + 313 Mio DM). Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß



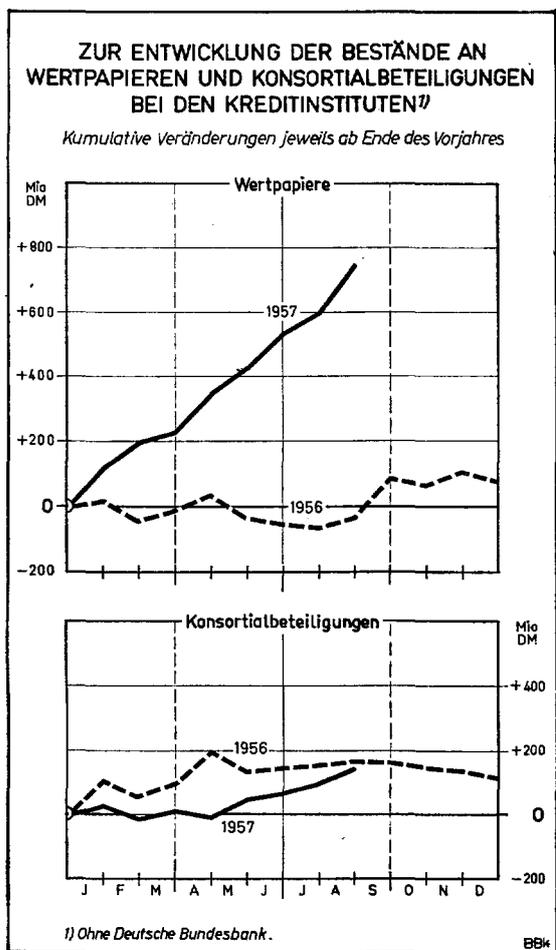
die Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite seitens der Wirtschaftsunternehmen und Privaten im September aus saisonalen Gründen zuzunehmen pflegt. Andererseits ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß — wie schon an anderer Stelle erwähnt — der Kreditbedarf vieler Unternehmen auf Grund der hohen Devisenzuflüsse, nicht zuletzt infolge von Vorauszahlungen ausländischer Abnehmer, zur Zeit erheblich geringer ist als zu früheren Herbstterminen.

Demgegenüber hat die Gewährung *mittel- und langfristiger Kredite* in der Berichtsperiode zugenommen. Der Zuwachs der mittel- und langfristigen Ausleihungen an Nichtbanken stellte sich im August auf rd. 730 Mio DM gegenüber 564 Mio DM im Juli und 316 Mio DM im Juni d. J. Die Erhöhung war somit im August noch ausgeprägter als im Juli, in dem die längerfristigen Ausleihungen den bisher größten Anstieg des Jahres aufgewiesen hatten. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit der erfreulichen Verstärkung der Spartätigkeit, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

Auch die Bestände der Banken an *Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen* haben sich im August verhältnismäßig stark erhöht. Von dem Zugang, der zum ersten Male seit zwei Jahren den Betrag von 200 Mio DM überschritt, entfielen 50 Mio DM auf Konsortialbeteiligungen und 155 Mio DM auf Wertpapiere, und zwar hauptsächlich auf Bankschuldverschreibungen. Betrachtet man die Veränderung der Wertpapierportefolles jeweils in den ersten acht Monaten der beiden letzten Jahre (unter Ausschaltung der Veränderungen der Konsortialbeteiligungen), so wird deutlich, in wie starkem Maße die Kreditinstitute in letzter Zeit ihre Wertpapierbestände erhöht haben: Während von Januar bis August 1956 die Wertpapierbestände um 34 Mio DM sanken, nahmen sie in der gleichen Zeit des laufenden Jahres um 755 Mio DM zu. Das Schwergewicht des Zugangs lag bei den Bankschuldverschreibungen (606 Mio DM), was bekanntlich zu einem erheblichen Teil mit den besonderen Anlagevorschriften der Lex Preusker in Zusammenhang steht. (Vgl. hierzu Schaubild S. 12).

Das Aufkommen längerfristiger Mittel bei den Banken

Das Passivgeschäft der Banken stand in der Berichtsperiode im Zeichen einer beträchtlichen

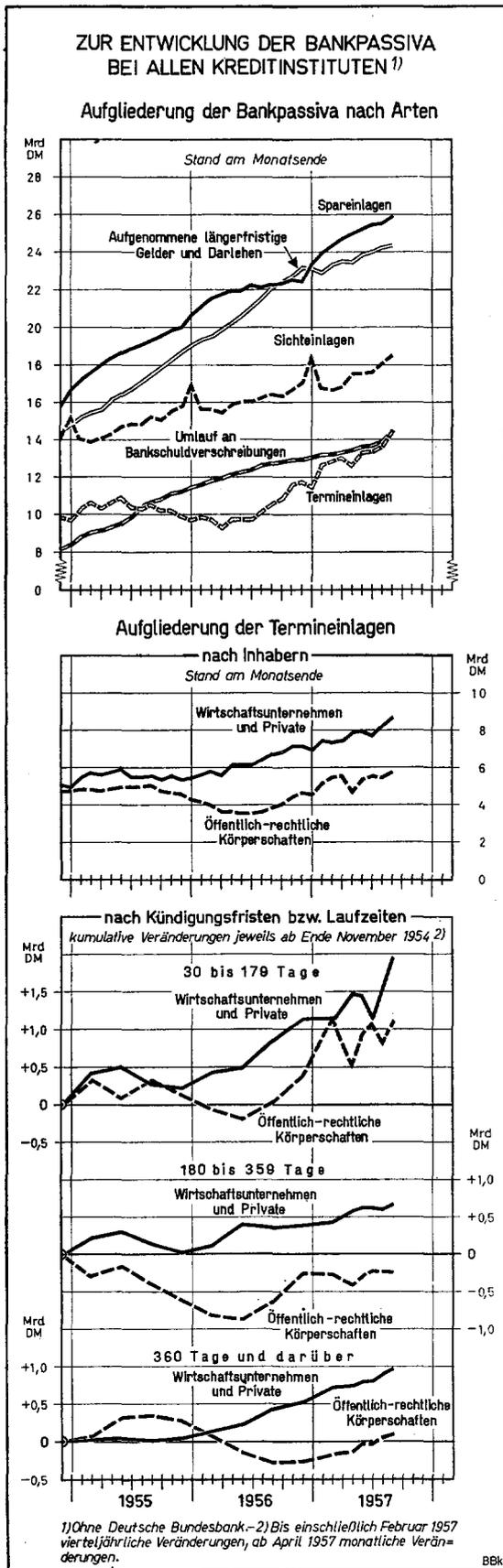


Erhöhung der Termineinlagen und einer weiteren kräftigen Zunahme der Spartätigkeit. Insgesamt sind den Banken im August aus der Zunahme der Spar- und Termineinlagen, dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie aus der Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen 1,67 Mrd DM längerfristige Fremdmittel zugeflossen. Der Mittelzugang war damit bedeutend höher als im Vormonat (1,05 Mrd DM) und im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres (1,0 Mrd DM); er ging auch über das August-Ergebnis der beiden Vorjahre, das 1956 1,11 Mrd DM und 1955 1,07 Mrd DM betragen hatte, weit hinaus.

Das Schwergewicht des Zugangs lag im August, ähnlich wie im Vormonat, bei den *Termineinlagen*, deren Zuwachs mit insgesamt 809 Mio DM fast die Hälfte des Gesamtaufkommens an längerfristigen Fremdmitteln ausmachte. Rund zwei Drittel des Termineinlagenanstiegs, nämlich

524 Mio DM, stammten dabei von Wirtschaftsunternehmen und Privaten, während die öffentlichen Stellen mit 285 Mio DM an dem Wachstum dieser Einlagen beteiligt waren. Der wichtigste Grund für die beträchtliche Zunahme der privaten Termineinlagen ist darin zu erblicken, daß sich die Wirtschaft, wie stets in den Monaten zwischen zwei großen Steuerterminen, durch entsprechende Mittelbereitstellungen auf ihren Terminkonten auf den vierteljährlichen Steuertermin im September vorbereitete. Daneben dürfte in dem Anstieg dieser Konten die allgemein verbesserte Liquiditätssituation der Wirtschaftsunternehmen zum Ausdruck kommen, die ihrerseits sicher in starkem Maße mit der in diesen Berichten schon mehrfach erwähnten Verbesserung der terms of payment im Außenhandel zusammenhängt. Symptomatisch hierfür ist die kurze Festlegungsfrist dieser neuen Termineinlagen. Von der gesamten Zunahme der privaten Termineinlagen in den Monaten Juli und August, die mit mehr als einer Milliarde DM rund doppelt so hoch war wie sonst zwischen zwei großen Steuerterminen, sind rund vier Fünftel mit einer Laufzeit bzw. Kündigungsfrist von weniger als sechs Monaten angelegt worden. Beachtung verdient im übrigen, daß die privaten Termineinlagen im September zunächst nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, infolge von Steuerzahlungen zurückgegangen sind. Nach den Ergebnissen der halbmonatlichen Bankenstatistik sind diese Einlagen bei den von dieser Statistik erfaßten 480 Kreditinstituten in der ersten Septemberhälfte vielmehr sogar weiter gestiegen, und zwar um rd. 40 Mio DM. Der bei den öffentlichen Termineinlagen zu verzeichnende beachtliche Anstieg dürfte zu einem erheblichen Teil mit der relativ günstigen Einnahmeentwicklung der Sozialversicherungsträger zusammenhängen, daneben aber auch damit, daß die Gemeinden einen Teil ihrer Einkünfte aus den vierteljährlich fälligen Gewerbesteuerzahlungen wie üblich auf Terminkonten legten. Auch die öffentlichen Einleger bevorzugten für ihre auf Terminkonten gehaltenen Kassenreserven, wie das nebenstehende Schaubild erkennen läßt, relativ kurze Festlegungsfristen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Zunahme der *Spareinlagen* in der Berichtsperiode.



Ihr Bestand erhöhte sich im August um 339 Mio DM und wuchs damit erheblich stärker als in den vier vorangegangenen Monaten, obwohl der August noch weitgehend in die Reisesaison fällt. Im gleichen Vorjahrsmonat hatten die Sparguthaben nur um 68 Mio DM zugenommen, 1955 um 270 Mio DM. Die nachhaltigen Einkommenssteigerungen, unter denen die Nachzahlungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine erhebliche Rolle spielten, haben augenscheinlich nicht nur einen erhöhten Konsum mit sich gebracht, sondern sind in beachtlichem Umfang auch zu einer vermehrten Spartätigkeit verwendet worden. Wie sehr im übrigen das Kontensparen in den letzten Monaten gepflegt worden ist, wird ersichtlich, wenn man das Sparergebnis in den Monaten seit Ablauf des sogenannten Preusker-Sparens, das heißt in den Monaten April bis August, zusammenfaßt und mit dem des entsprechenden Zeitraums der beiden Vorjahre vergleicht. Danach war das Sparergebnis auf den privaten Sparkonten in diesem Jahr mit rd. 1,13 Mrd DM etwa doppelt so hoch wie vor einem Jahr und etwa ebenso hoch wie 1955. Im September hat die günstige Spareinlagenentwicklung, soweit bisher zu übersehen, weiter angehalten. Nach den Ergebnissen der halbmonatlichen Bankenstatistik, zu der 480 Kreditinstitute mit etwas mehr als der Hälfte des gesamten Spareinlagenbestandes berichten, belief sich der Spareinlagenzuwachs in der ersten Septemberhälfte auf 90 Mio DM. Er war damit wieder erheblich größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres, in dem er nur 27 Mio DM betragen hatte.

Der Mittelzugang aus der Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken blieb im Berichtsmonat mit 320 Mio DM sowohl hinter dem Vormonatsergebnis (388 Mio DM) als auch hinter dem Zugang in dem entsprechenden Monat des Vorjahres (500 Mio DM) zurück. Die mutmaßlichen Gründe dieser rückläufigen Entwicklung sind im letzten Bericht ausführlich dargelegt worden.¹⁾

Relativ günstig gestaltete sich demgegenüber im August wieder der Absatz von Bankschuldverschreibungen. Mit insgesamt 203 Mio DM (nach der Bankenstatistik) hielt sich das Absatz-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1957, S. 18 ff.

Zur Geld- und Kreditentwicklung *)

in Mio DM

Posten	1955			1956				1957				Stand am Monatsende	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli	August ¹⁾		
	Monatsdurchschnitte												
	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)												
Kredite und Wertpapierbestände der Kreditinstitute													
1) Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank ²⁾) insgesamt	+ 1 081	+ 1 287	+ 1 286	+ 861	+ 802	+ 751	+ 992	+ 732	+ 704	+ 355	+ 917	96 203	
Kurzfristige Kredite an Wirtschaft und Private	(+ 241 ³⁾	(+ 204)	(+ 280 ³⁾	(+ 223)	(+ 169 ¹⁰⁾	(— 116)	(+ 207)	(+ 254)	(+ 56)	(— 445)	(— 96)	(29 661)	
öffentliche Körperschaften	(— 24)	(+ 14)	(— 12)	(+ 6)	(+ 25)	(+ 14)	(— 10)	(+ 36)	(+ 18)	(— 51)	(— 87)	(457)	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	(— 58 ⁷⁾	(— 52 ⁷⁾	(— 41 ⁷⁾	(— 84 ⁷⁾	(— 4 ⁷⁾	(+ 67 ⁷⁾	(+ 62 ⁷⁾	(— 7 ⁷⁾	(+ 55 ⁷⁾	(+ 198 ⁷⁾	(+ 163 ⁷⁾	(6 216)	
Mittel- u. langfrist. Kredite an Wirtschaft und Private	(+ 592 ³⁾	(+ 753)	(+ 867)	(+ 555)	(+ 489 ¹⁰⁾	(+ 610)	(+ 616 ³⁾	(+ 259)	(+ 396 ³⁾	(+ 472)	(+ 619)	(42 897)	
öffentliche Körperschaften	(+ 160)	(+ 144 ³⁾	(+ 160)	(+ 131)	(+ 124 ¹⁰⁾	(+ 123 ³⁾	(+ 140 ³⁾	(+ 110 ³⁾	(+ 54)	(+ 92)	(+ 113)	(9 507)	
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	(+ 170)	(+ 224)	(+ 32)	(+ 30)	(— 1 ¹⁰⁾	(+ 53)	(— 23)	(+ 80)	(+ 125)	(+ 89)	(+ 205)	(7 465)	
2) Deutsche Bundesbank ²⁾) insgesamt	— 38	— 14	+ 119	— 98	+ 15	— 8	+ 12	— 59	+ 11	+ 3	— 50	579	
Kredite an öffentliche Körperschaften	(— 38)	(— 1)	(+ 59)	(— 79)	(+ 3)	(+ 13)	(+ 33)	(— 42)	(+ 6)	(+ 34)	(+ 41)	(509)	
Wirtschaft und Private	(— 5)	(— 7)	(+ 0)	(— 2)	(— 7)	(+ 0)	(+ 1)	(+ 1)	(— 2)	(—)	(— 25)	(63)	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	(+ 5)	(— 6)	(+ 60)	(— 17)	(+ 19)	(— 21)	(— 22)	(— 18)	(+ 7)	(— 31)	(— 66)	(7)	
Aktivsaldo der Forderungen und Verpflichtungen aus dem Auslandsgeschäft ¹⁾	+ 209	+ 157	+ 159	+ 206	+ 477	+ 494	+ 375	+ 327	+ 493	+ 588	+ 1 066	21 341	
Bargeldumlauf insgesamt	+ 125	+ 176	+ 107	+ 154	+ 30	+ 78	+ 55	+ 48	+ 264	+ 118	+ 158	16 805	
darunter: Kassenbestände der Banken	(+ 15)	(— 20)	(+ 11)	(— 2)	(+ 7)	(+ 4)	(+ 29)	(— 16)	(+ 7)	(+ 122)	(— 129)	(634)	
Bankeinlagen und andere Passivposten													
1) Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank ²⁾)													
Sichteinlagen von Wirtschaft und Privaten öffentlichen Stellen	+ 244	+ 100	+ 528	— 490	+ 212 ¹⁰⁾	+ 94	+ 590	— 498	+ 285	+ 705	+ 335	16 394	
Termineinlagen ²⁾ von Wirtschaft und Privaten öffentlichen Stellen	+ 3	— 15	+ 90 ³⁾	— 33	— 19	+ 4	+ 147	— 78	— 3	— 267	+ 94	2 182	
Spareinlagen	— 41	— 31	+ 5	+ 76	+ 137 ¹⁰⁾	+ 223	+ 35	+ 171	+ 98	+ 481	+ 524	8 774	
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen insgesamt	+ 74	— 51	— 182 ³⁾	— 194	— 59 ¹⁰⁾	+ 175	+ 178	+ 318	+ 32 ³⁾	— 144	+ 285	5 775	
dar. mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	+ 279	+ 241	+ 340	+ 382	+ 170	+ 33	+ 316	+ 465	+ 253	+ 108	+ 339	25 972	
2) Deutsche Bundesbank ²⁾)													
Sichteinlagen von Wirtschaft und Privaten öffentlichen Stellen ³⁾	— 109	+ 5	+ 2	+ 8	— 6	— 5	+ 22	— 21	— 6	— 21	+ 153	340	
davon: auf Girokonto zeitw. in Ausgleichsforderungen angelegt	(— 350 ³⁾	(+ 280)	(+ 344)	(+ 296)	(+ 151)	(+ 93)	(— 177 ³⁾	(— 29)	(— 147)	(— 723)	(— 926)	4 981	
	(+ 95)	(+ 256)	(+ 285)	(+ 418)	(+ 101)	(+ 124)	(— 160 ³⁾	(+ 326)	(+ 89)	(+ 437)	(— 638)	(4 981)	
	(— 445 ³⁾	(+ 24)	(+ 59)	(— 122)	(+ 50)	(— 31)	(— 17)	(— 355)	(— 236)	(— 1 160)	(— 288)	(—)	
Wertpapierabsatz insgesamt ⁴⁾	450	561	298	420	313	479	255	397	353	759	609	25 859 ¹¹⁾	
1) Festverzinsliche Papiere darunter: Bankschuldverschreibungen	285	443	184	239	167	283	166	279	236	411	359	19 925 ¹¹⁾	
2) Aktien	264	260	159	180	165	115	95	138	145	220	237	12 950 ¹¹⁾	
	165	118	114	181	146	196	89	118	117	348	250	5 934 ¹¹⁾	
	31. 12. 1953 = 100												
Index der Aktienkurse ⁵⁾	200	212	195	195	190	181	182	182	181	181	188		

*) Angaben und Erläuterungen für frühere Monate: Vgl. Tabellen I 1 und I 3 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen gehen auf nachträgliche Korrekturen zurück. Die in den nachfolgenden Anmerkungen angegebenen Zahlen stellen — im Gegensatz zu dem größeren Teil der Tabellenzahlen — keine Monatsdurchschnitte dar. — ²⁾ Bis einschl. 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken.

¹⁾ Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) und den Kreditinstituten; vgl. Anmerkung ⁷⁾ in Tabelle I 1, Aktiva und Passiva, des Statistischen Teils. — ²⁾ Einlagen mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von mindestens einem Monat. — ³⁾ Einschließlich Einlagen der Dienststellen ehem. Besatzungsmächte. — ⁴⁾ Einschließlich West-Berlin. — ⁵⁾ Die angegebenen Werte sind aus den Kursnotierungen an den 4 Bankwochenstichtagen errechnet worden. Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁶⁾ Statistisch bereinigt. — ⁷⁾ Aus den gemeldeten Veränderungen der Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen wurden die Veränderungen der Bestände an ausländischen Schatzwechseln sowie diejenigen Beträge ausgeschaltet, die auf der Hereinnahme bzw. Abgabe von Geldmarkttiteln beruhen, die die Deutsche Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) seit Mai 1955 im Rahmen ihrer neuen Offenmarktpolitik abgegeben hat. Der hierauf zurückgehende Erwerb von Geldmarkttiteln stellt keine zusätzliche Kreditgewährung dar. — ⁸⁾ Die Abnahme ist teilweise bedingt durch die Umwandlung von rd. 600 Mio DM in Ausgleichsforderungen angelegter Guthaben öffentlicher Stellen in eine Anlage in Offenmarkttiteln, die die Deutsche Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) im Austausch gegen diese Ausgleichsforderungen in Umlauf gesetzt hat. — ⁹⁾ Nach Ausschaltung eines Kredites (250 Mio DM) der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds (Anleiheerlös). — ¹⁰⁾ Nach Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen; vgl. Tabellen I 1 und I 3 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹¹⁾ Absatz seit der Währungsreform (20. 6. 1948) insgesamt. — ¹²⁾ Vorläufig.

ergebnis etwa auf der Höhe des Vormonats. Über die Absatzentwicklung wird im folgenden Abschnitt im einzelnen berichtet.

Die Lage an den Wertpapiermärkten

Die Wertpapiermärkte erwiesen sich in der Berichtsperiode weiter als sehr aufnahmefähig; die Anlagebereitschaft des Publikums, insbesondere das Interesse für festverzinsliche Papiere, hielt unvermindert an. Dabei scheint die Erwartung eine Rolle gespielt zu haben, daß die in letzter Zeit sichtbar gewordenen Tendenzen einer Senkung des Anleihezinses künftig noch an Stärke gewinnen werden, wobei die Ermäßigung des Diskontsatzes als Bestätigung des abwärtsgerichteten Zinstrends aufgefaßt wurde. Während die Börsenkurse der Rentenpapiere weiter anzogen, lagen allerdings die Aktienmärkte zeitweilig unter dem Druck ausländischer Verkäufe. Das sonst durchweg freundliche Marktklima wurde jedoch dadurch kaum nachhaltig beeinträchtigt.

Der Absatz neuer Wertpapiere entwickelte sich jedenfalls in letzter Zeit weiterhin günstig. Im August, dem letzten Monat, für den vollständige statistische Angaben vorliegen, wurden Wertpapiere im Nominalbetrag von 609 Mio DM untergebracht. Damit wurde die außergewöhnlich hohe Absatzziffer des Vormonats (759 Mio DM) zwar nicht wieder erreicht, aber doch ein besseres monatliches Placierungsergebnis erzielt als in allen Monaten von September 1955 bis

Juni 1957. Nicht nur an festverzinslichen Wertpapieren konnte mit rd. 360 Mio DM (gegen 411 Mio DM im Juli) wieder ein über dem Monatsdurchschnitt früherer Perioden liegender Betrag abgesetzt werden, sondern auch bei den Aktien wurden mit einem Nominalbetrag von rd. 250 Mio DM (im Vormonat sogar 348 Mio DM) die Durchschnittsergebnisse früherer Jahre erheblich übertroffen, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist. Allerdings wurde im August nur ein relativ kleiner Teil der neuen Aktien am freien Markt durch Ausgabe von Bezugsrechten placiert, entfiel doch ein Betrag von 178 Mio DM allein auf drei Kapitalerhöhungen von Gesellschaften, deren Grundkapital sich jeweils voll im Besitz von Dachgesellschaften befindet.

Vor allem der Rentenmarkt stand während der ganzen Berichtszeit im Zeichen einer lebhaften Nachfrage und zunehmender Auflockerungstendenzen, die sich auch bei den Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute allmählich stärker durchsetzen. So ist der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen im August auf insgesamt 191 Mio DM (gegen 178 Mio DM im Vormonat) gestiegen. Insbesondere an Kommunalobligationen konnte mit 109 Mio DM ein weit höherer Betrag untergebracht werden als im Durchschnitt der vorangegangenen Monate. Wiederum übernahmen öffentliche Stellen, vorwiegend wohl Sozialversicherungsanstalten, einen relativ hohen Anteil der von den Realkreditinstituten verkauften Neuemissionen, nämlich 68

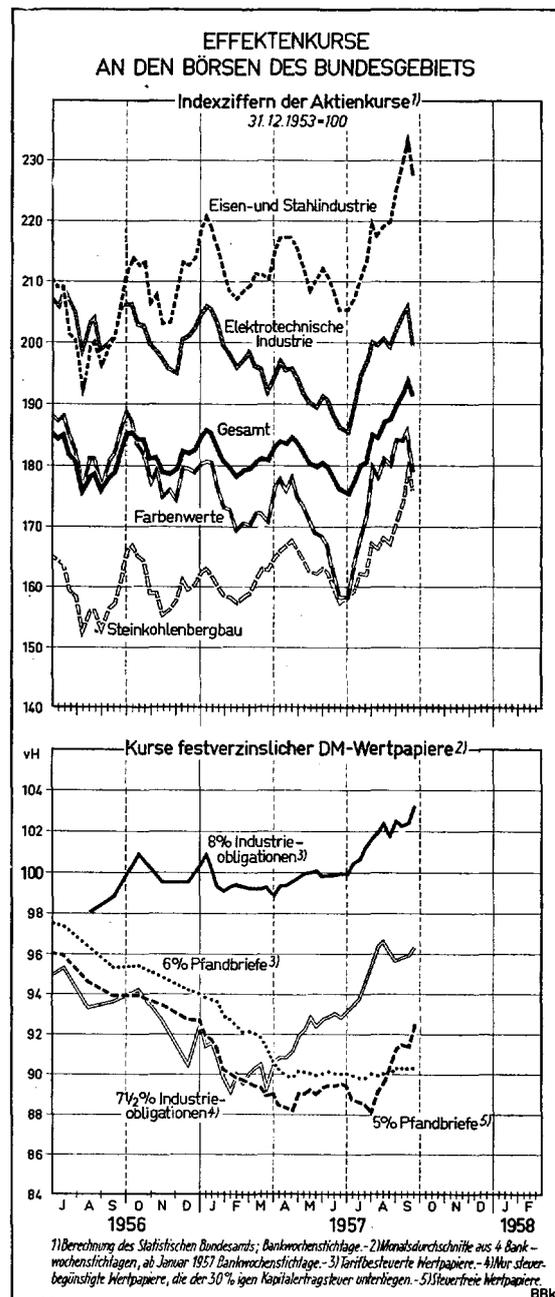
Der Absatz von Wertpapieren in Mio DM

Zeit	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Sonstige Schuldverschreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
1955 MD.	115,1	85,5	21,5	36,0	0,0	48,6	306,7	129,6	436,3
1955 „ ¹⁾	114,5	75,3	7,1	12,2	0,0	48,6	257,7	129,6	387,3
1956 „	86,5	51,3	1,2	47,0	0,0	16,8 ²⁾	202,8 ²⁾	153,1	355,9 ²⁾
1956 1. Vj. MD.	122,1	57,6	0,5	—	0,0	3,7 ²⁾	183,9 ²⁾	181,6	365,5 ²⁾
2. „ „	86,3	76,3	2,5	0,5	0,0	1,7	167,3	145,8	313,1
3. „ „	72,5	42,4	0,6	153,1	0,0	14,7	283,3	195,9	479,2
4. „ „	65,1	29,0	1,1	34,3	0,0	35,8	165,3	89,2	254,5
1957 1. Vj. MD.	79,2	43,9	14,8	76,9	0,0	64,2	279,0	118,4	397,4
2. „ „	65,5	66,7	13,1	60,0	—	31,0	236,3	116,7	353,0
1957 Juni	40,5	60,0	5,2	86,6	—	52,7	245,0	271,8	516,8
Juli	98,3	80,0	41,9	119,1	—	72,1	411,4	347,7	759,1
August	82,0	109,0	46,2	94,6	0,0	27,7	359,5	249,6	609,1

¹⁾ Ohne Investitionshilfepapiere. — ²⁾ Ohne Berücksichtigung der Beträge der 7 (5 1/2)%igen Umschuldungsanleihe des Freistaates Bayern von 1955, die im Tausch gegen gekündigte 8%ige Schatzanweisungen übernommen wurden.

Mio DM (36 vH) gegen 58 Mio DM (32 vH) im Juli. Kennzeichnend für die fortschreitende Konsolidierung des Pfandbriefmarkts ist ferner der steigende Absatz 7 1/2 0/iger Emissionen (einschl. 8 0/iger Schiffspfandbriefe geringeren Umfangs), auf die im August 147 Mio DM entfielen gegen 124 bzw. 65 Mio DM im Juli und Juni, während an 6 0/igen Papieren, die, wie hier schon mehrfach erwähnt, bei den gegenwärtigen Emissionskursen nur mit Sonderkonzessionen absetzbar sind, nur noch 43 Mio DM (gegen 51 Mio DM im Vormonat) verkauft wurden. Die Emissionsgenehmigungen, die vom 1. bis 24. September d. J. den Realkreditinstituten für einen Gesamtbetrag von 153 Mio DM erteilt wurden, betrafen neben 10 Mio DM 8 0/igen Schiffspfandbriefen ebenfalls ausschließlich 7 1/2 0/ige Papiere, während sich unter den im August genehmigten Emissionen von 212 Mio DM noch 62 Mio DM 6 0/ige Papiere befunden hatten. Überdies scheint sich neuerdings auch am Pfandbriefmarkt eine Tendenz steigender Emissionskurse durchzusetzen. Schon im August wurden die zuvor ausschließlich zu 98 vH emittierten 8 0/igen Schiffspfandbriefe teilweise nur noch zu 98 1/2 und 99 vH abgegeben. Ebenso dürften bei den 7 1/2 0/igen Emissionen die Kurse von 95 und teilweise auch von 96, zu denen im August rd. 100 Mio DM von insgesamt 128 Mio DM begeben worden waren, im September gegenüber dem in den Vormonaten noch stärker vertretenen Emissionskurs von 94 weiter in den Vordergrund gerückt sein.

Besonders deutlich trat die Tendenz zur Zinssenkung am Markt der Industrieanleihen hervor, auf dem sich der Übergang vom 8 0/igen zum 7 1/2 0/igen Nominalzins vollzog. Nachdem im August 95 Mio DM 8 0/ige Industrieobligationen — darunter 85 Mio DM zu Kursen von 98 1/2 und 99 — bei lebhafter Nachfrage placiert worden waren, legte Anfang September eine Bergwerksgesellschaft als erstes Industrieunternehmen in diesem Jahr eine 7 1/2 0/ige Anleihe im Betrage von 40 Mio DM zum Kurse von 96 auf, die rasch untergebracht wurde. Ähnlich erfolgreich verlief die Emission von 25 Mio DM einer weiteren 7 1/2 0/igen Anleihe eines Energieversorgungsunternehmens zu 95 1/2. Gegen das Monatsende wurde schließlich eine dritte 7 1/2 0/ige Anleihe von 25 Mio DM begeben, und zwar —



nach der Diskontsenkung — zu dem erhöhten Emissionskurs von 96 1/2. Die öffentlichen Emittenten blieben dagegen zunächst noch beim 8 0/igen Anleihetyp zum Kurse von 98; die einzige im September aufgelegte Emission dieser Art — eine Stadtanleihe von 20 Mio DM — stieß auf eine so lebhafte Nachfrage, daß der verfügbare Betrag schnell ausverkauft war.

Erwähnung verdient ferner die Tatsache, daß im September zum ersten Male in der Nachkriegszeit eine auf fremde Währung lautende

Anleihe am deutschen Kapitalmarkt placiert wurde. Der von einer belgischen Mineralölgesellschaft in der Bundesrepublik begebene Teilbetrag von 5 Mio \$ einer gleichzeitig auch an anderen ausländischen Börsen im Gesamtbetrag von 25 Mio \$ begebenen Anleihe mit steigendem Nominalzins (von $5\frac{1}{2}$ auf $7\frac{1}{2}$ %) wurde am ersten Zeichnungstag voll untergebracht.

Die sinkende Zinstendenz spiegelte sich auch in den steigenden Kursen der umlaufenden Rententpapiere wider, zumal trotz der Nachfragebelegung die Emissionstätigkeit in letzter Zeit kaum ausgeweitet wurde und insbesondere nach der Diskontsenkung zunächst sogar eine deutliche Zurückhaltung der Emittenten zu beobachten war. So erhöhten sich die bereits durchweg über Pari liegenden Kurse der 8%igen Industrieobligationen weiter um durchschnittlich einen Punkt und erreichten für einige besonders gefragte Papiere den Stand von 105 bis 106. Die steuerfreien Pfandbriefe und Kommunalobligationen konnten ihre Kurserholung ebenfalls fortsetzen, und auch einige steuerfreie öffentliche Anleihen

verbesserten ihre Kurse erneut. Besonders große Kursgewinne — teilweise 4 bis 8 Punkte — hatten deutsche Auslandsbonds zu verzeichnen, nachdem an den ausländischen Börsenplätzen die Kurse dieser Papiere durchweg stark angestiegen waren.

Die *Aktienmärkte* standen dagegen, wie bereits angedeutet, im September unter dem Einfluß wechselnder Tendenzen. In der ersten Monatshälfte setzte sich der Kursanstieg zunächst noch kräftig fort. Der Index der Aktienkurse (Stand von Ende 1953 = 100) erhöhte sich von Ende August bis zum 13. September d. J. um 5 Punkte auf 195. In der zweiten Monatshälfte wurden Gewinnrealisationen vorgenommen, insbesondere von Seiten des Auslands, die sich später, vor allem unter dem Einfluß von Kursabschwächungen an ausländischen Börsenplätzen, noch verstärkten und bis in die letzte Septemberwoche hinein anhielten. Die Kurse gaben daher seit der Monatsmitte wieder nach; der Kursindex fiel bis zum 23. September auf 192. Gegen Ende des Monats bahnte sich eine leichte Kurserholung an.

Öffentliche Finanzen

In den öffentlichen Haushalten haben in der Berichtsperiode — August und September — die defizitären Tendenzen trotz des großen Steuertermins vom 10. September überwogen. Zwar wiesen die Haushalte des Bundes und der Länder, zusammengenommen, im September einen Überschuß auf, der erheblich über den Fehlbetrag des Lastenausgleichsfonds hinausging; doch hat der für September per Saldo verbleibende Überschuß nicht ausgereicht, um die im August entstandenen Defizite wettzumachen. Da im Juli bereits ein hoher Fehlbetrag zu verzeichnen gewesen war, sind die Ausgaben der zuvor genannten Haushalte im gesamten dritten Vierteljahr 1957 beträchtlich über die Einnahmen hinausgegangen. Abgesehen von den Zahlungen an das Ausland gilt dies auch für die inländischen Kassentransaktionen, bei denen sich nach den bisher vorliegenden Angaben ein Fehlbetrag von schätzungsweise einer halben Milliarde DM ergeben hat, während im Vorvierteljahr bei hohen Defiziten in der Gesamtrechnung immerhin noch

ein „innerer“ Überschuß in der Größenordnung von 200 Mio DM erzielt worden war.

Der Fehlbetrag im dritten Vierteljahr 1957 ist vornehmlich durch den Rückgriff auf die im Zentralbanksystem bzw. bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Kassenreserven der öffentlichen Haushalte gedeckt worden. Da der Bund außerdem auch seine Auslandszahlungen aus Kassenmitteln finanziert hat, sind die Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte (abzüglich der in Anspruch genommenen Kassenkredite) in den letzten Monaten besonders stark gesunken. Im Juli hat sich die Position der Haushalte gegenüber der Bundesbank um rd. 990 Mio DM und im August, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben zur Verfügung stehen, um weitere rd. 570 Mio DM verschlechtert. Wenn auch aus den obengenannten Gründen die Einlagen im September wieder etwas angereichert wurden, so kann der Einlagenrückgang der öffentlichen Haushalte für das gesamte dritte Vierteljahr doch auf rd. 1,1 Mrd DM veranschlagt

werden. Daß in dieser raschen Verausgabung der in den letzten Jahren angesammelten Kassenreserven, vor allem des Bundes, eine ernst zu nehmende währungspolitische Gefahr liegt, insbesondere wenn sich der Abfluß der bisher bei der Notenbank eingelegten Kassenreserven in beschleunigtem Tempo fortsetzen sollte, muß erneut mit Nachdruck unterstrichen werden. Der Kampf um die Stabilhaltung der Währung erfordert gerade auf diesem Gebiet eine enge Kooperation der Bundesregierung mit der Notenbank.

Die Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern haben im August (Angaben für den September liegen noch nicht vor) mit insgesamt rd. 2,87 Mrd DM ihren vergleichbaren Vorjahrsstand wieder etwas — um 126 Mio DM oder 4,6 vH — übertroffen, nachdem sie im Vormonat um 1,6 vH hinter diesem zurückgeblieben waren. Im gesamten Dreimonatsabschnitt Juni bis August, in dem sich die zufälligen Schwankungen zwischen den einzelnen Monatsergebnissen weitgehend ausgeglichen haben dürften, war das Aufkommen mit 10,12 Mrd DM um rd. 450 Mio DM oder 4,7 vH höher als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1956. Damit hat sich die Zuwachsrate, die im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt März bis Mai rd. 10 vH und in der gleichen Zeit des Vorjahres noch gut 13 vH betragen hatte, weiter beträchtlich vermindert. Auf die Ursachen dieser Entwicklung — Steuersenkungen, Abschluß der Veranlagung für 1955 und verlangsamte konjunkturelle Expansion — ist im vergangenen Monat an dieser Stelle bereits eingegangen worden. Sie haben auch das Aufkommen im August weitgehend bestimmt. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer haben zwar, hauptsächlich infolge der im Juli geleisteten Abschlagszahlungen auf die mit Wirkung vom 1. April d. J. in Kraft getretene Besoldungsreform im öffentlichen Dienst, ihren Vorjahrsstand zum ersten Male seit sechs Monaten wieder übertroffen, doch war andererseits der Ertrag der Veranlagten Einkommensteuer auf Grund der auslaufenden Veranlagung für 1955 erheblich niedriger als in den zahlungstechnisch vergleichbaren Vormonaten, nämlich dem Mai und dem Februar. Bei der Umsatzsteuer und den Verbrauchsteuern ist die Zuwachsrate, wenn man die Monate Juni bis August zusam-

menfaßt, im Vergleich zu den Vormonaten weiter zurückgegangen, und beim Notopfer Berlin hat sich der Ausfall erneut verstärkt.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern

Steuerarten	1957		Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegen 1956			
	Aug. P)	Juni bis Aug. P)	August		Juni bis Aug.	
	Mio DM	Mio DM	MioDM	vH	MioDM	vH
Steuereinnahmen, gesamt	2 869	10 120	+126	+ 4,6	+452	+ 4,7
1) Einkommensteuern	765	3 987	+ 29	+ 4,0	+434	+12,2
darunter:						
a) Lohnsteuer	489	1 327	+ 38	+ 8,5	— 19	— 1,4
b) Veranlagte Einkommensteuer	164	1 443	+ 2	+ 1,5	+261	+22,1
c) Körperschaftsteuer	87	996	+ 4	+ 5,3	+158	+18,9
2) Notopfer Berlin	14	120	— 63	—81,8	—244	—67,0
3) Umsatzsteuer ¹⁾	1 041	3 084	+ 56	+ 5,6	+ 61	+ 2,0
4) Verbrauchsteuern	551	1 673	+ 49	+ 9,8	+113	+ 7,2
5) Zölle	161	500	+ 6	+ 3,9	— 5	— 1,0
6) Alle übrigen Steuern	337	756	+ 49	+17,0	+ 93	+14,0

Quelle: Bundesminister der Finanzen. — ¹⁾ Einschließlich Umsatzausgleichsteuer. — ^{P)} Vorläufig.

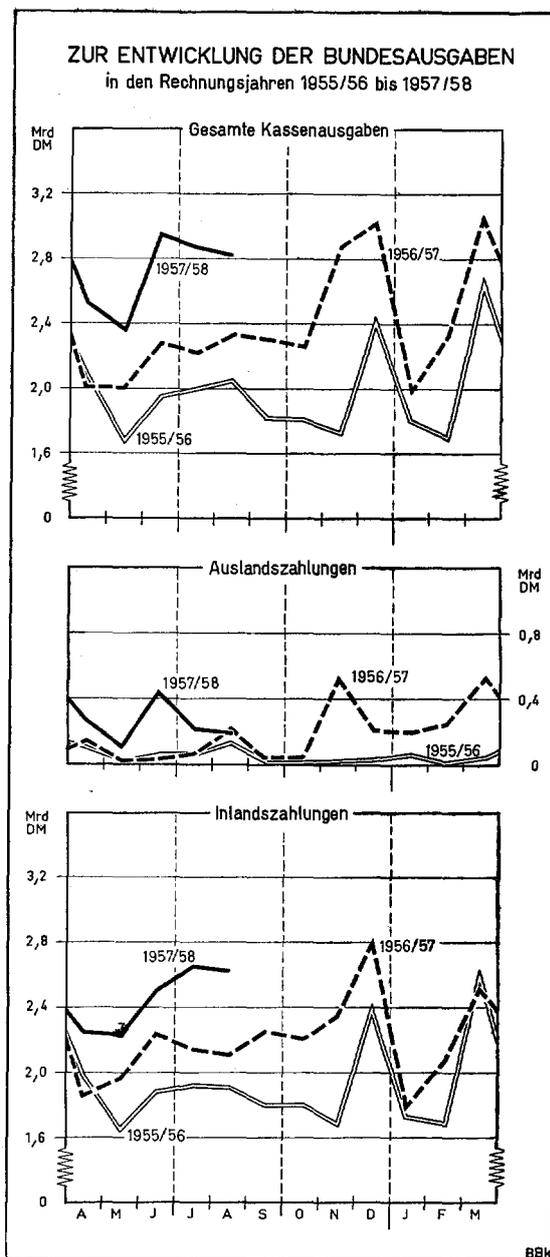
Die Entwicklung der zuletzt genannten Steuereinnahmen, die, wie die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern und das Notopfer, ganz oder doch zum überwiegenden Teil dem Bund zustehen, hat dazu geführt, daß der Bund an der wenn auch stark verlangsamten Zunahme des gesamten Steueraufkommens in den drei Monaten Juni bis August per Saldo praktisch nicht mehr beteiligt war. Von den in diesen Monaten gegenüber dem Vorjahr erzielten Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 450 Mio DM ist nur etwa ein Zehntel in die Bundeskasse geflossen, während der überwiegende Teil den Ländern zustand. Freilich waren auch deren Mehreinnahmen, dem absoluten Betrage nach, bei weitem nicht mehr so hoch wie in den ersten Monaten des Jahres, in denen sie unter dem Einfluß der damals noch sehr starken Expansion des Einkommensteuerertrags einen erheblich größeren Umfang erreicht hatten.

Der Bundshaushalt

Der Bundshaushalt wies im August einen Kassenfehlbetrag in Höhe von 643 Mio DM auf gegen 617 Mio DM im Juli. Nach den bisher vorliegenden Angaben haben sich zwar die Einnahmen und die Ausgaben des Bundes im Hauptsteuermonat September zumindest ausgeglichen, doch hat sich, anders als im gleichen Monat der Vorjahre, kein größerer Überschuß mehr ergeben. Im gesamten dritten Vierteljahr dürfte der Bundshaushalt kassenmäßig mit einem Fehlbetrag

in der Größenordnung von $1\frac{1}{4}$ Mrd DM abgeschlossen haben, der erheblich über die Defizite in den Vorvierteljahren hinausgegangen ist. Im Vergleich zum Vierteljahr Juli bis September 1956, in dem im Bundeshaushalt zum letzten Male ein Kassenüberschuß, und zwar in Höhe von rd. 290 Mio DM, entstanden war, hat sich das vierteljährliche Abschlußergebnis somit um etwa $1\frac{1}{2}$ Mrd DM verschlechtert. Auf die Gründe, die zu den wachsenden Fehlbeiträgen geführt haben, ist an dieser Stelle wiederholt hingewiesen worden. Sie liegen vor allem in der Zunahme der Kassenausgaben, die im Herbst v. J. einsetzte und die sich seitdem — von Schwankungen zwischen den einzelnen Monaten abgesehen — ständig verstärkt hat. Daneben war von Bedeutung, daß die Einnahmen des Bundes auf Grund der eingangs geschilderten Entwicklung des Steueraufkommens seit einigen Monaten praktisch nicht mehr gestiegen sind.

Die gesamten Kassenausgaben des Bundes waren in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres mit rd. 13,56 Mrd DM um rd. 2,67 Mrd DM oder etwa 25 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im August, dem letzten Monat, für den Angaben zur Verfügung stehen, war der Abstand mit 485 Mio DM oder rd. 20 vH zwar nicht mehr ganz so groß wie im Durchschnitt der Vormonate, doch war die Zunahme, ebenso wie offenbar auch im September, noch immer sehr stark. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist, daß sich die Ausgabesteigerung im letzten Vierteljahr weitgehend auf die *Inlandsausgaben* des Bundes konzentrierte. Diese lagen im Durchschnitt der Monate Juli und August um etwa $\frac{1}{2}$ Mrd DM über den vergleichbaren Zahlungen des vergangenen Jahres gegen rd. 300 Mio DM im Durchschnitt der ersten drei Monate des Rechnungsjahres, und auch im September dürften sie ihren Vorjahrsstand erheblich übertroffen haben. Genaue Unterlagen über die Ausgabeentwicklung im einzelnen stehen zwar noch nicht zur Verfügung, doch hat es — nach den vorhandenen Teilangaben — den Anschein, als ob der überwiegende Teil der Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr im Bereich der „zivilen“ Ausgaben des Bundes angefallen sei, bei denen die durch das diesjährige Haushaltsgesetz beschlossenen Ausgabeerhöhungen — vor allem auf dem Gebiet der Sozialausgaben, der



Agrarsubventionen, des Verkehrswesens und des Wohnungsbaus — stark zu Buche schlagen. Die inneren Verteidigungsausgaben einschließlich Stationierungskostenbeitrag dürften im letzten Vierteljahr ihren Vorjahrsstand nicht nennenswert übertroffen haben; dem Anstieg der Aufwendungen für die eigenen Verteidigungstreitkräfte stand ein Rückgang der Beiträge des Bundes zu den Stationierungskosten der NATO-Truppen gegenüber, die trotz vergleichsweise hoher Abschlagszahlungen auf die für das laufende Rechnungsjahr vereinbarte gegenseitige Hilfe unter ihr entsprechendes Vorjahrsniveau gesunken sind.

Im Gegensatz zu den Inlandsausgaben hat sich bei den *Auslandszahlungen* des Bundes der bis zur Mitte des Jahres sehr starke Anstieg zunächst nicht weiter fortgesetzt. Nachdem diese Zahlungen im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni rd. 300 Mio DM betragen hatten, sind sie im Juli auf 218 Mio DM und im August (nach Abzug der Einnahmen aus dem Ausland) auf 198 Mio DM zurückgegangen. In den beiden Monaten zusammengenommen haben sie ihren Vorjahrsstand zwar übertroffen, doch war die Zunahme mit 125 Mio DM im Vergleich zu den Vormonaten verhältnismäßig gering. Entsprechendes dürfte auch für den September gelten. Die Kurve dieser Zahlungen steht naturgemäß in engstem Zusammenhang mit dem Abschluß und der Abwicklung von Kontrakten über die Einfuhr von Rüstungsgütern; sie verläuft deshalb unregelmäßig.

Infolge des kräftigen Anstiegs der Inlandsausgaben haben sich im Zahlungsverkehr des Bundes mit dem Inland seit der Mitte des Jahres erstmals beträchtliche Defizite eingestellt. Sie beliefen sich im Juli auf rd. 400 Mio DM und im August auf 445 Mio DM, in den beiden Monaten zusammengenommen also auf rd. 845 Mio DM

gegen nur rd. 160 Mio DM in den vergleichbaren Vormonaten April und Mai. Im September sind nun zwar die aus dem Inland stammenden Einnahmen offenbar wieder höher gewesen als die Inlandsausgaben, jedoch dürfte der Überschuß zum Ausgleich des in den beiden Vormonaten entstandenen Defizits bei weitem nicht ausgereicht haben. Somit hat sich auch im gesamten Vierteljahr Juli bis September ein größerer Fehlbetrag im Zahlungsverkehr des Bundes mit dem Inland ergeben, während der Bund bei seinen inländischen Kassentransaktionen in den beiden vorangegangenen Vierteljahren Überschüsse erzielt hatte.

Die Wirkungen des im letzten Vierteljahr bei den inländischen Kassentransaktionen des Bundes entstandenen Ausgabeüberschusses auf die Bankenliquidität und den inneren Geldkreislauf wurden allerdings in gewissem Umfang dadurch kompensiert, daß die vom Bund an die NATO-Mächte geleisteten hohen Abschlagszahlungen auf die für das laufende Rechnungsjahr vereinbarte gegenseitige Hilfe nur zum Teil von den bei der Bundesbank für diesen Zweck unterhaltenen Sonderkonten abgeflossen sind. Für die Monate Juli und August sind von den Überwei-

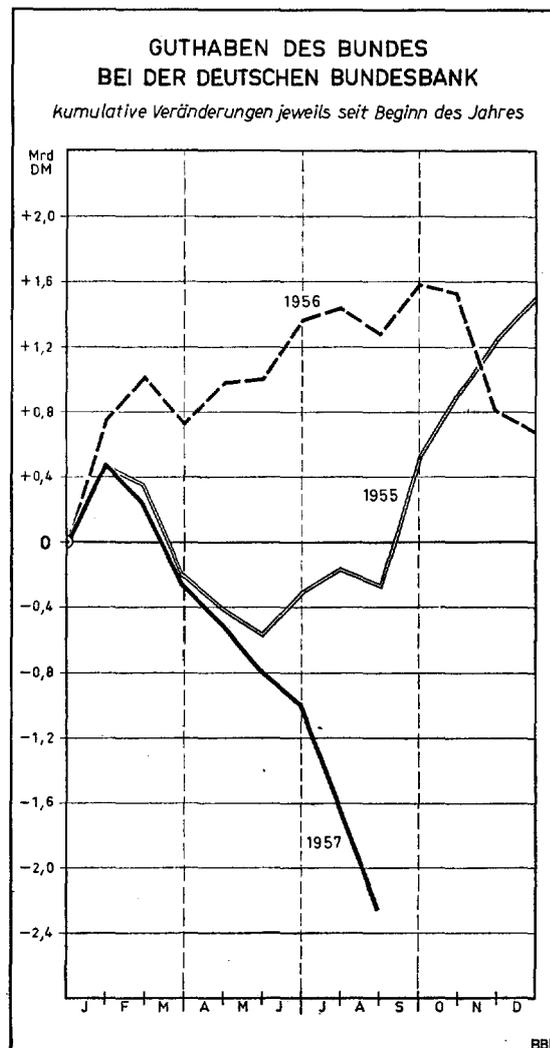
Zur kassenmäßigen Entwicklung der Bundesfinanzen (in Mio DM)

	1956				1957			
	April/Juni	Juli	August	April/Aug.	April/Juni	Juli	August	April/Aug.
I. Kassentransaktionen, gesamt								
1) Einnahmen ¹⁾	7 006	2 339	2 169	11 514	7 118	2 261	2 183	11 562
2) Ausgaben ²⁾	6 318	2 226	2 341	10 885	7 855	2 878	2 826	13 559
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	+ 688	+ 113	— 172	+ 629	— 737	— 617	— 643	— 1 997
II. Kassentransaktionen mit dem Ausland								
1) Einnahmen	—	—	—	—	—	—	3	3
2) Ausgaben ³⁾	218	74	217	509	848	218	201	1 267
a) Effektive Zahlungen ⁴⁾	(218)	(74)	(217)	(509)	(848)	(218)	(201)	(1 267)
b) Garantiestellungen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
3) Saldo (1 -/. 2)	— 218	— 74	— 217	— 509	— 848	— 218	— 198	— 1 264
III. Kassentransaktionen mit dem Inland								
1) Einnahmen	7 006	2 339	2 169	11 514	7 118	2 261	2 180	11 559
2) Ausgaben	6 100	2 152	2 124	10 376	7 007	2 660	2 625	12 292
3) Saldo (1 -/. 2)	+ 906	+ 187	+ 45	+ 1 138	+ 111	— 399	— 445	— 733
IV. Veränderung der Kassenposition								
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)								
1) der Kassenmittel	+ 627	+ 85	— 164	+ 548	— 722	— 625	— 636	— 1 983
2) der Kreditmarktverschuldung	— 54	— 20	— 10	— 84	— 0	— 0	— 0	— 0
3) Saldo (1 -/. 2) ⁵⁾	+ 681	+ 105	— 154	+ 632	— 722	— 625	— 636	— 1 983

¹⁾ Eingänge auf den bei der Deutschen Bundesbank (bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder) unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldaufnahmen. — ²⁾ Ausgänge aus den bei der Deutschen Bundesbank (bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder) unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung; einschl. Kreditgewährungen an andere öffentliche Stellen. — ³⁾ Die bisher an dieser Stelle veröffentlichten Zahlen sind zum Teil berichtigt worden. — ⁴⁾ Äußerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens, Zahlungen und Anzahlungen für Rüstungseinfuhren, Beiträge an internationale Organisationen, Ausgaben für diplomatische Vertretungen u. dgl. — ⁵⁾ Abweichungen zu Pos. 1, 3 bedingt durch Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse.

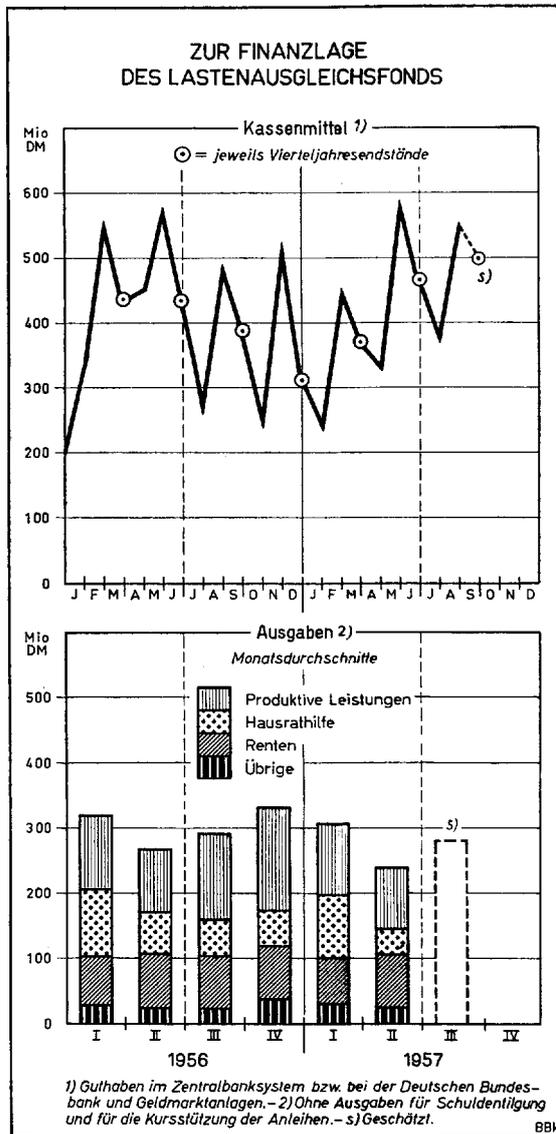
sungen im Gesamtbetrag von 205 Mio DM nur 102 Mio DM verausgabt worden, wobei einem relativ beträchtlichen Zugang auf den Konten im Juli (um 113 Mio DM) im August ein Abfluß in Höhe von 10 Mio DM gegenüberstand. Im September sind weitere Mittel im Betrage von rd. 230 Mio DM aus dem Bundeskonto an die NATO-Mächte abdisponiert worden, die, soweit sich die Entwicklung schon übersehen läßt, von den Empfängern nur zum kleineren Teil ausgegeben wurden. Im gesamten Vierteljahr Juli bis September ist daher auf den Zentralbankkonten der NATO-Mächte ein Betrag in der Größenordnung von 250 Mio DM stillgelegt worden.

Die bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Kassenreserven des Bundes, die nach dem starken Anstieg in den Vorjahren seit dem Oktober v. J. ständig zurückgegangen sind und Ende Juni bereits um 1,9 Mrd DM unter ihrem Höchststand — 7 Mrd DM am 30. September 1956 — gelegen hatten, sind, wie aus dem Schaubild zu ersehen ist, im Juli und August infolge der hohen Ausgabeüberschüsse besonders stark, nämlich um insgesamt rd. 1 1/4 Mrd DM, gesunken. Im September ist der Rückgang zwar vorübergehend unterbrochen worden, doch dürfte er schon im Oktober erneut einsetzen und sich auch in den verbleibenden Monaten des Rechnungsjahres weiter fortsetzen. Sofern sich die derzeitigen Entwicklungstendenzen weder auf der Einnahmenseite noch auf der Ausgabeseite des Bundeshaushalts ändern, wofür Anzeichen zur Zeit nicht vorliegen, dürfte ein erheblicher Teil des „Julisturms“ am Ende des laufenden Etatjahres verausgabt sein. Daß ein solcher Rückgriff auf die Kassenmittel des Bundes, soweit er sich nicht auf Auslandszahlungen beschränkt, sondern, wie gegenwärtig, in steigendem Maße der Finanzierung „innerer“ Defizite dient, aus währungspolitischen Gründen bedenklich wäre, ist bereits eingangs unterstrichen worden. Zumindest erfordert die jetzige Situation, daß der Bund Ausleihungen und Anlagen, die er zu Zeiten der Kassenfülle zu Gunsten anderer öffentlicher Stellen vorgenommen hat, zurückzieht, wenn sich eine Möglichkeit dazu durch Fristablauf oder Kündigung ergibt, um so dem raschen Abbau seiner Kassenbestände und der dadurch verstärkten Verflüssigung des Marktes entgegenzuwirken.



Der Lastenausgleichsfonds

Die kassenmäßige Entwicklung des Lastenausgleichsfonds hat sich in den letzten Monaten, wenn man von den starken zahlungstechnisch bedingten Schwankungen im Verlauf eines jeden Vierteljahres absieht, nur wenig geändert. Auch im zweiten Rechnungsvierteljahr (Juli bis September) haben sich, soweit dies bereits zu übersehen ist, ebenso wie in den beiden Vorvierteljahre wieder gewisse, wenn auch nur bescheidene Kassenüberschüsse ergeben. Allerdings sind die Ausgaben des Fonds, die sich im ersten Quartal des Haushaltsjahres auf rd. 720 Mio DM belaufen hatten, inzwischen merklich gestiegen und haben in den Monaten Juli bis September einen Betrag von rd. 850 Mio DM erreicht. Diese Zunahme stand vermutlich in engem Zusammenhang mit der Verabschiedung der Achten Novelle



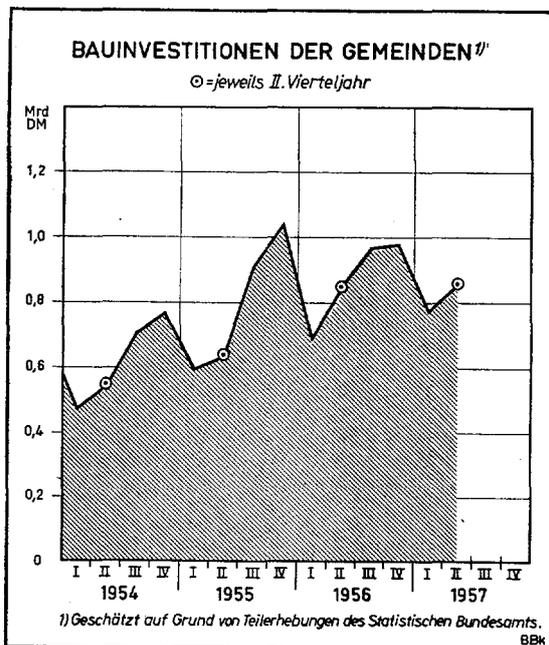
zum Lastenausgleichsgesetz sowie des diesjährigen Wirtschafts- und Finanzplans¹⁾. Sie war besonders ausgeprägt bei der Hausratentschädigung, für die vor allem im August erhebliche Mittel ausgeschüttet wurden. Die übrigen Leistungen sind demgegenüber zunächst weniger stark gewachsen, was in erster Linie darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sich die Bearbeitung der laufenden Anträge durch die Neufassung der gesetzlichen Bestimmungen etwas verzögert hat. Da aber auch die ordentlichen Einnahmen des Fonds im vergangenen Quartal — hauptsächlich infolge verstärkter Zuschüsse des Bundes und der Länder — etwas höher waren als

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1957, S. 21 f.

im ersten Rechnungsvierteljahr, hat die Ausgabeentwicklung bisher noch nicht zu Defiziten geführt. Dies wird sich möglicherweise im zweiten Rechnungshalbjahr ändern. Es ist nämlich anzunehmen, daß die Ausgaben ihren Anstieg fortsetzen und im weiteren Verlauf des Jahres eher über den Betrag der ordentlichen Einnahmen hinausgehen werden. Für die Deckung etwaiger Fehlbeträge stehen dem Fonds die — bei der Bundesbank unterhaltenen — Kassenmittel zur Verfügung, die sich Ende September noch auf nahezu 500 Mio DM belaufen.

Die Gemeindehaushalte

Die im Berichtszeitraum veröffentlichten Ergebnisse der vierteljährlichen Teilerhebung über die Gemeindefinanzen deuten darauf hin, daß die schon im ersten Kalendervierteljahr festzustellende Tendenz zu einer gewissen Entspannung in der Kassenentwicklung der kommunalen Haushalte auch im zweiten Quartal angehalten hat. Jedenfalls ist die mit Beginn des neuen Rechnungsjahres (1. April) üblicherweise einsetzende Verschlechterung der Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben diesmal fast ganz ausgeblieben. Ausschlaggebend hierfür war, daß die — saisonbedingte — Zunahme der Investitionsausgaben nur verhältnismäßig gering war und die Steuereinnahmen weiter kräftig gewachsen sind. So lag das Steueraufkommen der Gemeinden (ohne Hansestädte und West-Berlin) in den Monaten April bis Juni mit 1 546 Mio DM um 104 Mio DM über dem Stand des Vorvierteljahres, was ausschließlich auf den starken, durch hohe Nachzahlungen auf die Steuerschuld früherer Jahre bedingten Anstieg des Gewerbesteuerertrags zurückzuführen ist. Bei den Bauinvestitionen war die Zunahme gegenüber dem Vorvierteljahr mit rd. 80 Mio DM nur etwa halb so groß wie im vergangenen Jahr. Sie erreichten einen Betrag von schätzungsweise 860 Mio DM, der kaum höher war als im zweiten Quartal 1956. Die Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau, die allerdings im Vergleich zu den eigenen Bauinvestitionen nur gering sind, gingen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück, so daß die gesamten kommunalen Investitionen ihren entsprechenden Vorjahrsstand nicht übertroffen haben dürften. Die Personalausgaben sind demgegenüber weiter gestiegen, wenn sich auch die



Belastungen aus der im April d. J. in Kraft getretenen Besoldungsreform ähnlich wie bei den Ländern offenbar in diesem Vierteljahr noch nicht voll ausgewirkt haben.

Die Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch die kommunalen Haushalte war während des zweiten Vierteljahrs mit schätzungsweise 200 bis 250 Mio DM etwa ebenso hoch wie im ersten

Quartal. Im Vergleich zum Jahr 1956, in dem die Gemeinden erheblichen Schwierigkeiten in der Kreditaufnahme begegnet waren und daher zur Finanzierung ihrer — durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckten — Investitionsausgaben vorübergehend stark auf ihre Reserven zurückgreifen mußten, hat sich seit Anfang d. J. ein merklicher Wandel ergeben. So haben einzelne Großstädte im Laufe des ersten Halbjahres 1957 in größerem Umfang Anleihen unterbringen können, eine Entwicklung, die sich auch im dritten Quartal fortgesetzt hat. Allerdings ist dieser Weg der Kapitalbeschaffung bekanntlich nur den großen Gemeinden zugänglich. So erklärt es sich, daß der überwiegende Teil der seit Beginn dieses Jahres neu aufgenommenen kommunalen Kredite wiederum auf Ausleihungen von Banken, namentlich der Sparkassen, sowie — in geringerem Umfang — auf Schuldscheindarlehen entfiel. Da sich, wie schon erwähnt, die Relation der ordentlichen Einnahmen zu den gesamten Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr etwas verbessert hat, waren die kommunalen Haushalte in ihrer Gesamtheit offenbar nicht mehr gezwungen, ihre Rücklagen weiter in Anspruch zu nehmen. Sie dürften vielmehr in letzter Zeit in der Lage gewesen sein, ihre Reserven wieder anzureichern.

Produktion und Märkte

Die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit war auch im August noch ganz durch die in den Sommermonaten üblicherweise divergierenden Saisoneinflüsse gekennzeichnet. Während in einer Reihe von Wirtschaftszweigen, so vor allem in der Bauwirtschaft und im Fremdenverkehrsgewerbe, der schon im Vormonat erreichte hohe Beschäftigungsgrad beibehalten oder sogar noch übertroffen wurde, war die Produktion in der Industrie ebenso wie im Juli noch durch umfangreiche Betriebsferien und Urlaube beeinflusst. Sieht man von diesen saisonbedingten Vorgängen ab, so geben die vorliegenden statistischen Angaben keine Anhaltspunkte, die auf eine wesentliche Änderung der nun schon seit Monaten weitgehend ausgeglichenen Konjunkturlage hindeuten würden. Die letztverfügbaren Zahlen beziehen sich allerdings auf die Monate Juli und August. Ob und in welchem Umfang sich die ver-

schiedentlich erwarteten Impulse in Ergänzung zu der üblichen Herbstbelebung — insbesondere im Investitionsbereich — durchsetzen werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Tiefstand der Arbeitslosigkeit

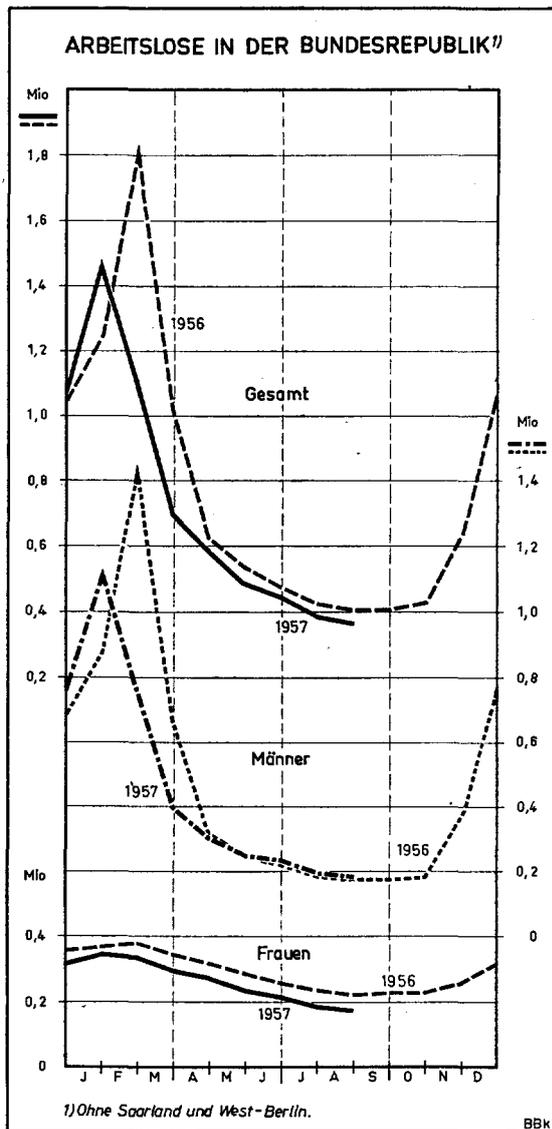
Auf dem Arbeitsmarkt bewirkten die saisonalen Einflüsse einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen ging im August um 25 000 auf 365 000 zurück. Das ist der tiefste Stand, den die Arbeitslosigkeit seit der Währungsreform erreicht hat; das entsprechende Vorjahrsniveau wurde — ähnlich wie bereits in den vorangegangenen vier Monaten — um rund 45 000 unterschritten. Maßgebend für diesen erneuten Rückgang war einmal der infolge der Urlaubszeit erhöhte Bedarf an Aushilfskräften. Daneben rief aber auch die Erntezeit in der Landwirtschaft einen zusätz-

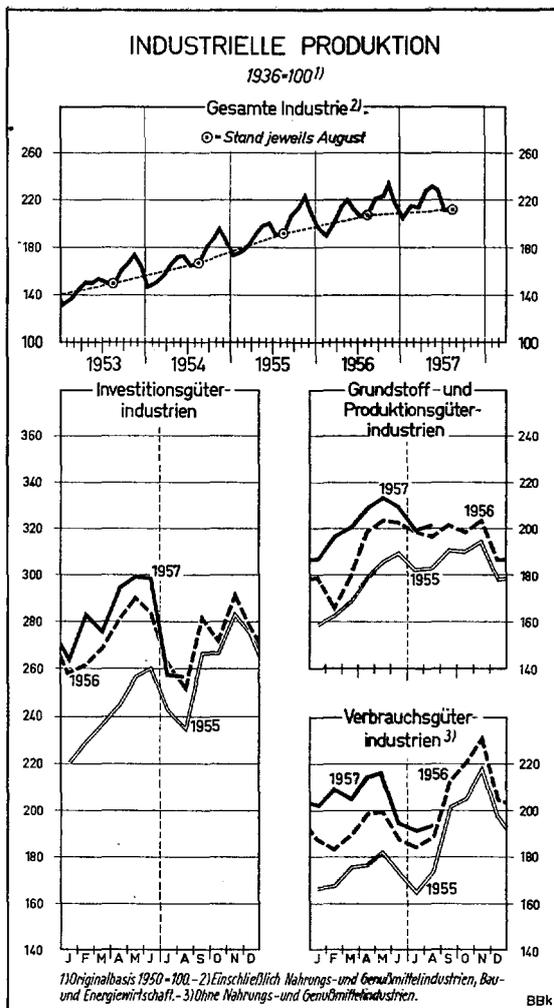
lichen Arbeitskräftebedarf hervor, der allerdings zum größeren Teil durch Heranziehung sonst nicht erwerbstätiger Personen gedeckt werden konnte, während die Einstellung bisher arbeitsloser Personen eine geringere Rolle gespielt haben dürfte. Immerhin ist allein in Bayern die Zahl der arbeitslosen Frauen — hauptsächlich wegen des Beginns der Hopfenernte — um nahezu 5 000 zurückgegangen. Obschon die Arbeitslosenquote nun auf einen bisher nicht erreichten Tiefstand gesunken ist — Ende August hat sie knapp 2 vH betragen —, kann die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach den Berichten der Arbeitsämter doch als weniger angespannt bezeichnet werden als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dies hängt maßgeblich damit zusammen, daß infolge der Verlagerung des konjunkturellen Auftriebs

aus der Investitions- in die Konsumsphäre in letzter Zeit hauptsächlich weibliche Arbeitskräfte gesucht wurden, die — zum Teil außerhalb der Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen — in größerem Umfange verfügbar waren als männliche Arbeitskräfte. Der Zustrom von bisher nicht erwerbstätigen Frauen zum Arbeitsmarkt ist nach wie vor groß; in der Zeit von Mitte 1956 bis Mitte 1957 betrug er 265 000 und war somit erstmals beträchtlich höher als der gleichzeitige Zugang an männlichen Arbeitskräften.

Industrieproduktion ohne Auftrieb

Entgegen der Entwicklung der gesamten Beschäftigtenzahl hat die Produktion der Industrie im August nicht zugenommen. Der Index der industriellen Produktion hielt sich lediglich auf dem Stand, auf den er bereits im Juli gesunken war, nämlich auf 212 vH des Produktionsniveaus von 1936. Die Verstärkung des saisonalen Produktionsrückgangs im Sommer, auf deren Gründe im Monatsbericht für den August d. J. näher eingegangen wurde, beschränkte sich offensichtlich nicht auf einen früheren Beginn und ein größeres Ausmaß der Abschwächung in den Monaten Juni und Juli, vielmehr erstreckte sich die urlaubsbedingte Abschwächung auch noch mehr als bisher auf den August. Vom Vorjahr abgesehen war in den zurückliegenden Jahren die Industrieproduktion im August bereits wieder etwas gestiegen. Die Zuwachsrate der industriellen Erzeugung war im August dieses Jahres, berechnet gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit, mit 3 vH — ähnlich wie im Juli, in dem sie 2 vH betragen hatte — vergleichsweise niedrig; im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1957 hatte sie noch 7 vH betragen. Wenngleich diese Abschwächung primär mit verstärkten Urlaubseinflüssen zu erklären ist, so spricht doch schon die Tatsache, daß von den Unternehmen in so hohem Umfang Betriebsferien eingelegt und Urlaube gewährt wurden, dafür, daß der von der Nachfrage-seite ausgehende Druck zur Ausnutzung der Kapazitäten nicht mehr so stark war wie ein Jahr vorher. Es verhält sich damit ähnlich wie mit der schon während des ganzen ersten Halbjahres festzustellenden Abnahme der wöchentlichen Arbeitszeit, die — obgleich der Anstoß dazu von den tariflichen Vereinbarungen ausging — in diesem Umfange nur effektiv werden konnte, weil die





Betriebe nicht mehr über so hohe Auftragspolster wie im Vorjahr verfügten, so daß sie nicht gezwungen waren, den Wegfall an tariflich zu leistenden Arbeitsstunden durch vermehrte, höher zu bezahlende Überstunden auszugleichen.

Investitionstätigkeit ohne stärkere Impulse

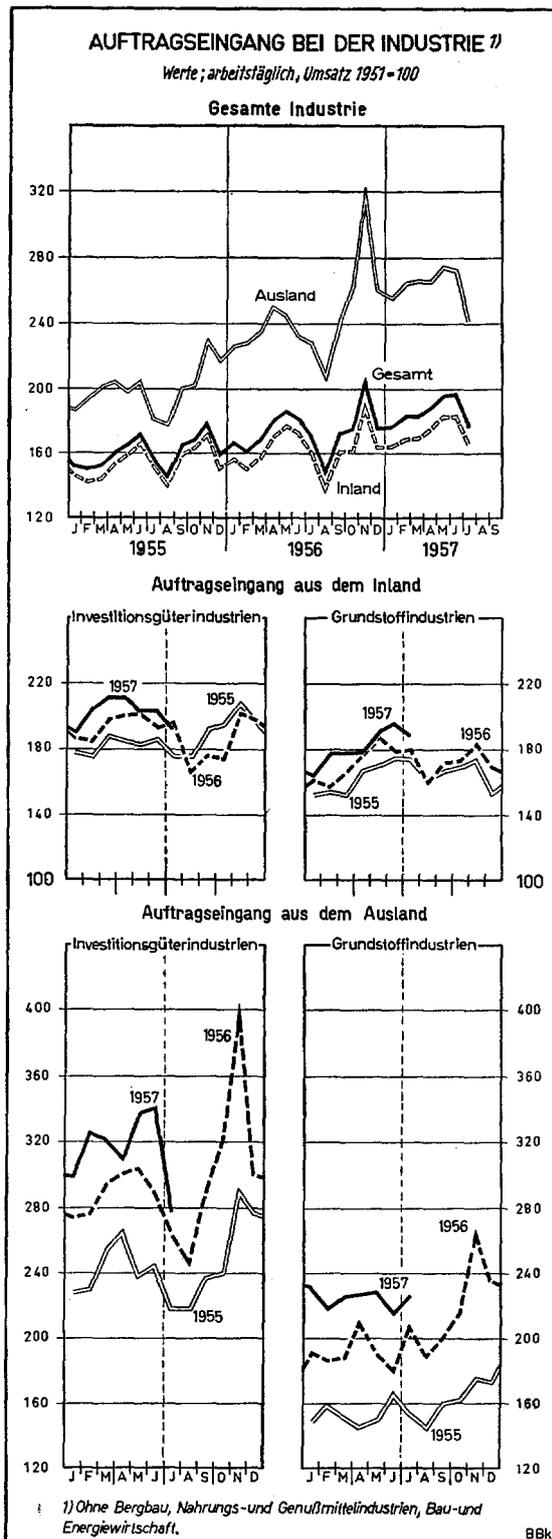
Die Tatsache, daß die konjunkturelle Entwicklung auch in letzter Zeit in ruhigen Bahnen verlief, hängt nach wie vor zu einem wesentlichen Teil damit zusammen, daß bei der Investitionstätigkeit sich der erreichte hohe Stand zwar halten ließ, im allgemeinen jedoch keine zusätzlichen Impulse auftraten. In der *Bauwirtschaft*, auf die knapp die Hälfte der Investitionsaufwendungen entfällt, sind die Leistungen in den letzten Monaten sogar eher etwas niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres gewesen. Die Produktion des *Bauhauptgewerbes* unterschritt im August — dem vorläufigen Index zufolge — den

entsprechenden Vorjahrsstand um 12 vH, nachdem das vergleichbare Vorjahrsniveau bereits in den vorangegangenen drei Monaten erheblich unterschritten worden war. Auch das *Ausbau-gewerbe*, das bis vor kurzem infolge des zunächst noch hohen Bestandes an halbfertigen Gebäuden weit besser als das Rohbaugewerbe beschäftigt gewesen war, dürfte nun von der schon seit längerem geübten Zurückhaltung im Beginn neuer Bauprojekte etwas betroffen worden sein; jedenfalls lag die Zahl der Wohnungsfertigstellungen, die einen gewissen Anhaltspunkt für die Aktivität des Ausbaugewerbes liefert, im Juni und Juli zusammengerechnet merklich unter dem Vorjahrsniveau. Für die weitere Entwicklung im Baugewerbe wird von Bedeutung sein, daß im Unterschied zu den rückläufigen Tendenzen in der Bautätigkeit, die zu einem wesentlichen Teil auf die um die Jahreswende und in der ersten Hälfte d. J. erfolgte Einschränkung bei der Erteilung neuer Bauaufträge zurückgingen, in jüngster Zeit bei den Bauplanungen wieder neue, wenn auch keineswegs starke Auftriebskräfte festzustellen sind. So war im Juli der Wert der von den Bau-behörden genehmigten Hochbauprojekte insgesamt um rund 10 vH höher als im gleichen Vorjahrsmonat, woraus unter Berücksichtigung der inzwischen erhöhten Baukosten ein mindestens um 5 vH höheres Bauvolumen anfallen dürfte; im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1957 war das Volumen der Baugenehmigungen dagegen um etwa 5 vH kleiner gewesen als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Bemerkenswert ist, daß im Juli nicht nur der Wert der genehmigten gewerblichen und öffentlichen Hochbauten erneut höher war als im gleichen Monat des Vorjahres, sondern daß in diesem Monat auch der für Wohnungsbauten genehmigte Bauaufwand sowohl dem Werte als auch dem Volumen nach das entsprechende Vorjahrsniveau übertraf. Die schon seit einiger Zeit festzustellende Besserung in der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für den sozialen Wohnungsbau hat darin ihren Niederschlag gefunden. Dabei sind in jüngster Zeit die Finanzierungsaussichten für den Wohnungsbau erneut günstiger geworden. So haben die Finanzierungszusagen der Kapitalsammelstellen für Wohnungsbauhypothesen im Juli 424 Mio DM und im August 365 Mio DM betragen, nachdem sie sich im ersten Halbjahr 1957 monatsdurch-

schnittlich auf 351 Mio DM belaufen hatten. Außerdem haben die von den zuständigen Landesstellen für den Wohnungsbau bewilligten öffentlichen Mittel im Juli erstmalig in diesem Jahre wieder den vergleichbaren Vorjahrsbetrag überschritten. Erfahrungsgemäß wird allerdings eine gewisse Zeit verstreichen, bis sich der in den Finanzierungszusagen und in den Bauplanungen sichtbar gewordene Zuwachs auch in der tatsächlichen Bautätigkeit auswirkt. Wenn in den letzten Wochen von der Bauwirtschaft bereits in beachtlichem Maße neue Arbeitskräfte eingestellt worden sind, so ging dies zunächst allerdings außer von dem schon erwähnten Ersatzbedarf für beurlaubte Arbeitskräfte vornehmlich vom Tiefbau aus, in dem sich die schon seit längerem erwartete Belegung infolge reichlicher Auftragsvergaben durch öffentliche Stellen nunmehr durchzusetzen scheint.

Bei den *Ausrüstungsinvestitionen* liegen bisher kaum Anzeichen einer neuen Belegung vor, nachdem schon in den Frühjahrs- und Sommermonaten in diesem Bereich keine besonderen Impulse festzustellen waren. Die unternehmerischen Aufwendungen für Investitionsgüter dürften in der Zeit von April bis Juli sogar eher etwas geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit gewesen sein. Zwar nahm der Wert des *Inlandsabsatzes* der Investitionsgüterindustrien in dieser Zeitspanne um etwa 3 vH zu, doch war der Zuwachs ausschließlich auf den wachsenden Anteil der in diesen Industriezweigen erzeugten längerlebigen Konsumgüter am gesamten Inlandsabsatz zurückzuführen. Der Absatz an Investitionsgütern im eigentlichen Sinne war dagegen wertmäßig sicher nicht höher, dem Volumen nach — d. h. unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Preissteigerungen — sogar bestimmt niedriger als in der gleichen Vorjahrsperiode. Noch etwas stärker rückläufig waren in den letzten Monaten die *Auftragseingänge* der Investitionsgüterindustrien aus dem Inland. Im Juli, dem letzten Monat, für den bei Abschluß dieses Berichts Angaben vorlagen, sind die Auftragseingänge aus dem Inland dem Werte nach um 3 vH, dem Volumen nach sogar um 6 vH niedriger gewesen als im Juli 1956. Diese Ziffern sind allerdings insofern problematisch, als der zum Vergleich herangezogene Vorjahrsmonat einen besonders hohen Stand aufgewiesen

hatte, und zwar vor allem deshalb, weil im Juli 1956 die Auftragseingänge in der Automobilindustrie — entgegen der Saisontendenz — sprunghaft gestiegen waren. Im Juli dieses Jahres sind dagegen die Auftragseingänge gerade im



Fahrzeugbau verhältnismäßig stark zurückgegangen, was wohl in erheblichem Umfang auf eine etwas abwartende Haltung der Käufer bis zum Bekanntwerden der neuen Modelle bzw. bis zur Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt a. M. zurückzuführen sein dürfte. Andererseits erscheint es nicht angängig, die Beruhigung des Inlandsgeschäfts in diesem Industriezweig ausschließlich mit temporären Faktoren zu erklären; es verdient vielmehr Aufmerksamkeit, daß sich die Motorisierungswelle in Deutschland doch etwas abgeschwächt hat. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1957 sind der Stückzahl nach fast 30 000 oder 6 vH weniger fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen worden als in der gleichen Vorjahrsperiode. In den übrigen Investitionsgüterbranchen war die Entwicklung des Auftrags-eingangs im Juli vergleichsweise lebhaft. So wurde das entsprechende Vorjahrsniveau der Inlandsbestellungen dem Werte nach im Maschinenbau um 4 vH, in der Elektrotechnischen Industrie um 10 vH und in der Feinmechanik und Optik sogar um 31 vH übertroffen; dabei dürfte freilich die starke Belegung in dem letztgenannten Industriezweig überwiegend von der Nachfrage nach den dort erzeugten längerlebigen Konsumgütern bestimmt worden sein. Gegenüber dem Auftrags-eingang im Juli zeigen die Ziffern der industriellen *Produktion*, die bereits für den August vorliegen, ein etwas günstigeres Bild. So hat die Produktion der Investitionsgüterindustrien im August das entsprechende Vorjahrsniveau um 2 vH übertroffen; dabei hat sich auch die Automobilproduktion — nach der Umstellung auf die neuen Modelle — im Laufe des August wieder belebt.

Weiterhin kräftige Verbrauchsentwicklung

Die neuesten Daten über die Verbrauchsentwicklung lassen erkennen, daß die schon im Juli zu beobachtende Belegung der Kauf-tätigkeit angehalten hat. Die Einzelhandelsumsätze sind zwar von Juli auf August saisonal etwas zurückgegangen, jedoch weniger stark, als es in früheren Jahren zu beobachten gewesen war, ausgenommen das Jahr 1956, in dem die *Einzelhandelsumsätze* im August unverändert geblieben sind. Auf diesen anomal hohen Vorjahrsstand ist es auch zurückzuführen, daß die Zuwachsrate gegenüber den Umsätzen im gleichen Monat des vorangegangenen Jahres im August

mit 8 vH erheblich niedriger gewesen ist als im Juli, in dem sie 13 vH betragen hatte. Die neuere Entwicklung im Einzelhandel hebt sich damit deutlich von dem verhältnismäßig schwachen Wachstum im Mai und Juni ab. Zweifellos haben die Einkommenserhöhungen der letzten Zeit, insbesondere die zu Gunsten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, diese Belegung des Verbrauchs gefördert. Wie aus der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, haben an der Zunahme der Umsätze die wichtigsten Einzelhandelsbranchen in annähernd gleichem Maße teilgenommen.

Einzelhandelsumsätze

Zeit	Ins-gesamt	Nah-rungs- und Genuß-mittel	Beklei-dung, Wäsche, Schuhe	Hausrat und Wohn-bedarf	Son-stiges
Werte, 1954 = 100					
1955 MD.	111	109	110	115	114
1956 ..	123	120	123	133	127
1. Hj. MD.	113	113	108	115	119
Juli	118	115	114	126	125
August	118	119	105	131	124
1957 1. Hj. MD.	121	120	119	125	125
Juli	133	128	132	138	141
August	127	132	109	142	134
Wertmäßiger Zuwachs gegenüber den vergleichbaren Vorjahrszeiten in vH					
1956 MD.	+ 12	+ 10	+ 12	+ 16	+ 11
1957 ¹⁾ Jan/Febr.	+ 7	+ 5	+ 12	+ 13	+ 6
März/April	+ 9	+ 7	+ 15	+ 14	+ 4
Mai/Juni	+ 4	+ 6	+ 3	— 1	+ 7
Juli/Aug.	+ 10	+ 11	+ 10	+ 9	+ 10

¹⁾ Die Zusammenfassung zu Durchschnitts von jeweils zwei Monaten erfolgt, um die zeitlichen Schwankungen des Oster- und Pfingstgeschäftes und der Saisonschlußverkäufe auszuschalten.

Dabei hat sich der durch die Rentennachzahlungen ausgelöste starke Umsatzzuwachs bei Bekleidung und Textilien in den letzten Monaten offenbar wieder normalisiert. Die Umsätze in dieser Branche waren im Juli und August dem Werte nach um 10 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit; bei Ausschaltung der inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen entspricht dies einer volumenmäßigen Steigerung um knapp 6 vH. In den übrigen Einzelhandelszweigen für gewerbliche Erzeugnisse, wie z. B. Möbel, Hausrat u. a., hielt sich die Zunahme des Umsatzes in diesen beiden Monaten etwa auf gleicher Höhe. Die traditionellen *Verbrauchsgüterindustrien* sind von dieser günstigen Entwicklung im Einzelhandel bisher noch nicht nennenswert berührt worden. Die Auftragseingänge aus dem Inland gingen im Juli — der Saisontendenz entsprechend — gegenüber dem Vormonat beträchtlich zurück; den ent-

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung

	1955			1956				1957				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juni	Juli ^{P)}	Aug. ^{P)}
	Monatsdurchschnitte											
Index der Industrieproduktion (arbeitsmäßig, 1936 = 100) ¹⁾												
Gesamt	198	197	217	197	217	212	226	213	230	228	212	212
Bauwirtschaft	225	228	209	119	238	234	210	147	222	229	204	204
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	185	186	188	176	202	199	197	195	211	210	200	202
Investitionsgüterindustrien	255	248	275	263	286	266	281	275	298	299	258	257
darunter:												
Maschinenbau	245	242	269	252	282	261	267	264	291	299	255	242
Fahrzeugbau	419	383	412	431	469	400	423	451	494	482	377	393
Verbrauchsgüterindustrien	178	180	207	187	196	195	219	206	209	195	192	194
darunter:												
Textilindustrie	174	180	200	188	190	190	207	206	197	181	188	184
Steinkohlenbergbau (Tsd t)												
Förderung, arbeitsmäßig	434,3	413,9	441,4	446,1	446,9	430,4	452,4	450,8	459,3	452,4	424,8	400,9
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ¹⁾	195	200	217	458	152	193	269	256	186	186	251	278
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks)	1 091	1 654	1 743	1 461	1 454	1 781	1 547	1 424	1 950	1 965	2 114	2 056
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)												
Roheisenerzeugung, kalendertäglich	44,8	46,2	46,8	47,0	47,3	48,7	49,1	49,6	48,6	47,0	49,4	50,5
Rohstahlerzeugung, arbeitsmäßig	71,4	69,8	72,6	74,6	76,2	76,2	79,0	79,3	82,1	83,1	76,5	78,8
Walzstahlfertigerzeugnisse ²⁾												
Lieferungen	1 110	1 206	1 238	1 269	1 258	1 322	1 304	1 363	1 270	1 191	1 346	1 394
Auftragsgänge	1 229	1 302	1 305	1 351	1 303	1 333	1 394	1 377	1 325	1 248	1 364	1 337
Auftragsbestände ¹⁾	6 081	6 241	6 370	6 419	6 346	6 219	6 302	6 179	6 128	6 128	6 026	5 877
Auftragseingang bei der Industrie (Werte; arbeitsmäßig, Umsatz 1951 = 100)												
Gesamt	167	157	170	166	184	165	187	182	195	198	177	...
Grundstoffindustrien	169	167	167	167	184	177	186	182	195	201	195	...
Investitionsgüterindustrien	199	191	213	209	218	197	220	225	232	233	210	...
darunter:												
Maschinenbau	215	211	240	229	230	204	242	242	242	240	214	...
Fahrzeugbau	230	193	211	235	254	220	202	243	257	244	212	...
Verbrauchsgüterindustrien	125	110	131	122	140	118	152	137	149	146	119	...
darunter:												
Textilindustrie	110	97	116	115	120	102	137	129	125	111	97	...
Bauwirtschaft												
Geleistete Arbeitsstunden (Mio) ²⁾												
Gesamt	234,1	258,6	230,3	129,5	241,5	248,4	218,8	152,1	214,0	206,1	222,8	220,7
Wohnungsbauten	112,8	122,8	108,2	58,8	113,8	116,4	102,5	69,7	102,5	97,9	105,4	...
Öffentliche und Verkehrsbauten	65,8	73,7	66,7	33,9	68,8	72,4	64,1	42,8	60,7	58,8	64,4	...
Gewerbliche und industrielle Bauten	46,0	51,8	48,9	34,6	50,0	51,2	46,5	36,3	41,5	40,2	43,3	...
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)												
Gesamt	1 349,9	1 455,0	1 374,6	1 091,0	1 417,3	1 437,2	1 350,1	1 101,4	1 384,3	1 370,0	1 688,7	...
Wohngebäude	897,0	962,9	851,8	647,1	918,6	920,9	825,4	695,5	893,0	864,6	1 064,3	...
Übrige Gebäude	453,0	492,1	522,8	443,9	498,7	516,3	524,7	405,9	491,3	505,3	624,4	...
Wohnungsbaubehypotheken von Kapital-sammelstellen (Mio DM) ⁴⁾												
Monatliche Zusagen	460,8	477,7	393,7	355,2	355,5	315,2	290,9	344,6	357,2	357,1	424,0	365,2
Monatliche Auszahlungen	302,3	398,0	496,8	313,1	341,3	391,3	423,6	284,6	289,9	277,5	335,9	364,8
Umsätze im Einzelhandel (1954 = 100)												
Werte												
Gesamt	105	105	137	111	115	115	153	114	128	121	133	127
davon:												
Nahrungs- und Genussmittel	107	108	124	113	113	116	135	114	126	123	128	132
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	105	94	151	104	112	103	175	106	131	119	132	109
Hausrat und Wohnbedarf	100	111	155	110	120	128	175	122	128	116	138	142
Sonstiges	108	112	137	117	121	122	149	119	132	124	141	134
Arbeitsmarkt (Tsd)												
Arbeitslose ¹⁾												
Gesamt	650,5	495,0	1 046,0	1 019,3	478,8	411,1	1 088,6	702,2	453,7	453,7	390,3	365,0
Männer	313,8	225,1	690,4	666,6	215,0	179,7	769,5	402,5	237,3	237,3	204,4	187,6
Frauen	336,7	269,9	355,6	352,7	263,8	231,4	319,1	299,7	216,4	216,4	185,9	177,4
Unselbständig Beschäftigte ⁵⁾	17 504,0 ⁶⁾	17 806,6	17 384,0	17 531,4	18 391,5	18 609,4	18 002,5	18 464,6	18 920,4	18 920,4

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle Nr. VIII (Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ²⁾ Ohne gesamtes Halbzeug, Breitband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte; ab Januar 1953 einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — ³⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁴⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁵⁾ Stand am Vierteljahresende. — ⁶⁾ Vorläufig. — ⁷⁾ Geschätzt. — ⁸⁾ Originalbasis 1950 = 100. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

sprechenden Vorjahrsstand übertrafen sie dem Werte nach um 6 vH und dem Volumen nach um 2 vH. Die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie war im Juli um 4 vH und im August um 3 vH höher als jeweils ein Jahr vorher.

Im Zeichen einer besonders akzentuierten Umsatzzunahme stand in den letzten Monaten, wie schon erwähnt, der Markt für die langlebigen Verbrauchsgüter. Außerdem haben sich die Ausgaben der Konsumenten für Dienstleistungen der verschiedensten Art noch stärker erhöht als die Käufe beim Einzelhandel. Über den Umfang der Urlaubsreisen im diesjährigen Sommer liegen zwar noch keine Angaben vor, doch lassen schon die für das zweite Quartal vorliegenden Daten den starken Aufwärtstrend in diesem Konsumbereich erkennen. Im zweiten Vierteljahr 1957 wurden in den westdeutschen Fremdenverkehrsgemeinden um 15 vH mehr Übernachtungen von Inländern registriert als im gleichen Vorjahrszeitraum. Gleichzeitig haben die Auslandsreisen noch weit stärker zugenommen; so sind z. B. in der Schweiz und in Österreich im zweiten Quartal d. J. reichlich ein Drittel mehr Übernachtungen deutscher Gäste in Hotels und Pensionen als vor einem Jahr gezählt worden. Daneben ist auch das Dienstleistungs-Handwerk durch den Anstieg des Verbrauchereinkommens überdurchschnittlich begünstigt worden; schon im zweiten Quartal wiesen die betreffenden Handwerkszweige Umsatzsteigerungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum um annähernd 20 vH auf. Im Hinblick auf die Massierung der Einkommenserhöhungen in den letzten Monaten — Anhebung der laufenden Sozialversicherungsrenten um etwa 40 vH, Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und laufende Steigerung des Einkommens der in der privaten Wirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer — hat sich die Verbrauchsbelegung in ihrer Gesamtwirkung immerhin noch in einem gemäßigten Rahmen gehalten. Von entscheidender Bedeutung hierfür war, daß sich die private Spartätigkeit im August — wie im Berichtsabschnitt „Geld und Kredit“ näher dargelegt wird — in erfreulichem Maße weiter verstärkt hat.

Verlangsamte Zunahme der Auslandsnachfrage

Zur Dämpfung der konjunkturellen Anspannung hat in der letzten Zeit die Entwicklung der

Auslandsnachfrage insofern etwas beigetragen, als sich das Expansionstempo dieses noch immer aktivsten Teiles der Gesamtnachfrage merklich verlangsamt hat. So sind die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland im Juli weit mehr als saisonüblich zurückgegangen; der entsprechende Vorjahrsstand wurde in diesem Monat nur noch um 5 vH übertroffen. Daß es sich dabei nicht lediglich um das zufällige Ergebnis eines Monats gehandelt hat, kann daraus geschlossen werden, daß die Zuwachsrate der Exportorders schon in den Vormonaten etwas rückläufig war; sie betrug im zweiten Quartal 12 vH und im ersten Quartal 14 vH gegenüber 22 vH im Durchschnitt des Jahres 1956. Bis zu einem gewissen Grade dürfte diese Verlangsamung die Folge einer der deutschen Wirtschaftsentwicklung ähnlichen Abschwächung des konjunkturellen Anstieges in zahlreichen anderen Ländern gewesen sein. Jedenfalls hat sich die Nachfrage nach den erfahrungsgemäß besonders konjunkturreagiblen Produkten im deutschen Ausfuhrsortiment verhältnismäßig am meisten abgeschwächt. Zu erwähnen sind hier vor allem die Exportorders der Walzstahlindustrie, die seit März laufend geringer geworden sind und seit Juni sogar unter den vergleichbaren Vorjahrswerten liegen. Auch im Maschinenbau waren die Auftragseingänge aus dem Ausland im Juni und Juli niedriger als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Unvermindert kräftig hat bei den Eisen verarbeitenden Industriezweigen, dem für den deutschen Export wichtigsten Bereich, lediglich die Auslandsnachfrage nach Kraftfahrzeugen zugenommen. Ohne Zweifel wäre es allerdings verfrüht, aus der jüngsten Entwicklung der Auftragserteilung des Auslandes auf eine rasche und spürbare Abschwächung des Exportanstieges zu schließen. Vielmehr liegt bei der Mehrzahl der Firmen noch ein so erheblicher Bestand an unerledigten Auslandsaufträgen vor, daß für längere Zeit die Lieferungen an das Ausland noch weiter steigen könnten, selbst wenn die laufend eingehenden Exportorders zeitweise stagnieren oder rückläufig werden sollten.

Preisentwicklung

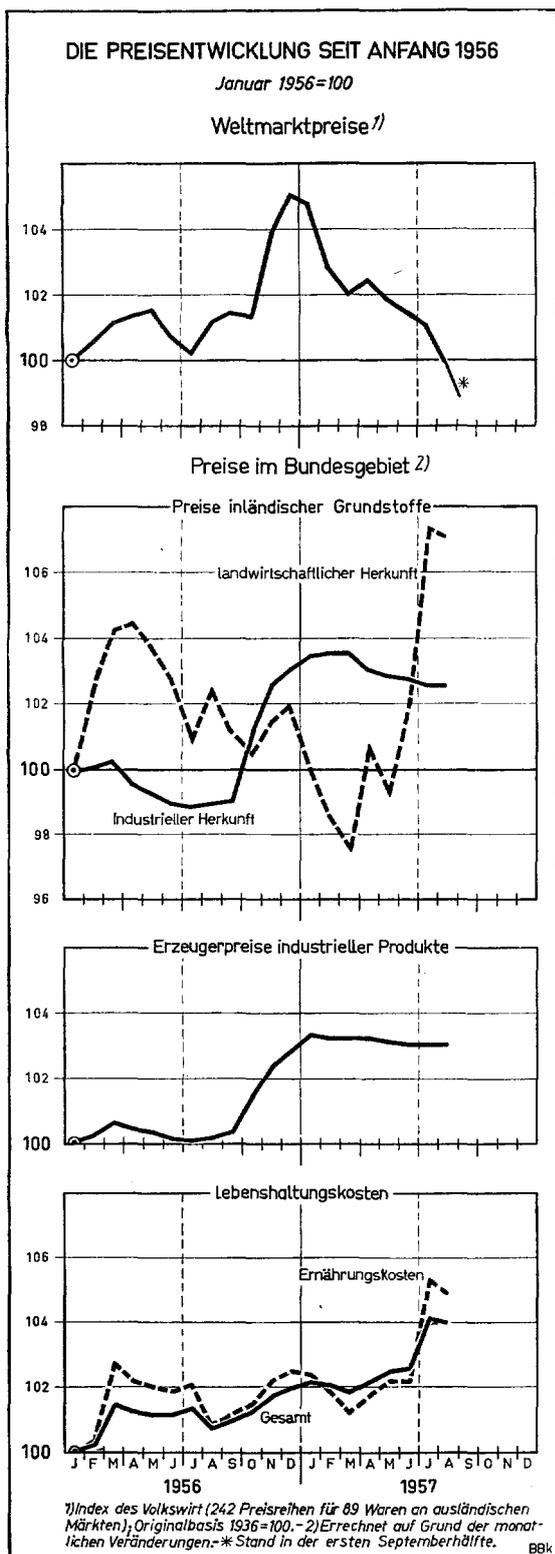
Die Preisentwicklung der letzten Wochen war vor allem durch den saisonbedingten Rückgang der in den vergangenen Monaten beträchtlich ge-

stiegenen Preise der Agrarerzeugnisse beeinflusst. Die Preise gewerblicher Erzeugnisse sind weitgehend stabil geblieben. Geringfügigen Preis-

erhöhungen bei Konsumgütern standen Preissenkungen bei einzelnen Grundstoffen gegenüber.

Ausschlaggebend für den Rückgang der *Agrarpreise* im August war — ebenso wie für den vorangegangenen starken Anstieg im Juli — die Entwicklung der Kartoffelpreise. Der entsprechende Teilindex im Rahmen der gesamten *Erzeugerpreise* landwirtschaftlicher Produkte ist von 228 (1950/51 = 100) im Juli auf 172 zurückgegangen; er lag damit allerdings immer noch etwas über dem vergleichbaren Vorjahrsstand. Da die Kartoffeln in diesem Jahr infolge der ungünstigen Witterung und der dadurch bedingten Verzögerung der Getreideernte nicht vor Ende August Anfang September in stärkerem Maße geerntet werden konnten, hat sich das im Durchschnitt gute Ernteergebnis erst in den letzten Wochen voll auf die Preise auswirken können. Die Kartoffelpreise gingen seit Ende August sogar etwas unter das Vorjahrsniveau zurück. Erheblich gesunken sind im August auch die Gemüsepreise infolge des saisonbedingten Anfalls der ebenfalls reichlichen Gemüse-Ernten; der entsprechende Vorjahrsstand wurde im August sogar um ein gutes Drittel unterschritten. Ungünstiger war dagegen infolge der geringen Ernte die Entwicklung der Obstpreise. Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat war Obst im August dieses Jahres um etwa die Hälfte teurer. Auf diese Vorgänge und auf die im April vorgenommene Erhöhung des Milchpreises ist es zurückzuführen, daß der Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im August um 4,7 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau lag; schaltet man die erwähnte Milchpreiserhöhung — die für den Verbraucher nicht unmittelbar wirksam geworden ist, weil sie durch eine gleichhohe staatliche Subvention kompensiert wird — aus dem Index aus, so verbleibt von August 1956 bis August 1957 ein Anstieg der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um etwa 1 vH.

Die Preise der *industriellen Erzeugnisse* waren in der Berichtsperiode, wie schon erwähnt, im Durchschnitt weiterhin stabil. In erster Linie gilt dies für die Preise auf der Erzeugerstufe, deren Index im August — ebenso wie schon im Juli — auf dem Stande vom Juni verharrte. Die vom Statistischen Bundesamt berechnete Indexziffer liegt nunmehr seit Dezember 1956, also seit drei Vier-



Zur Preisentwicklung ¹⁾

	1956	1957				Veränderung August 1957 gegenüber		
	August	Mai	Juni	Juli	August	Aug. 1956 ²⁾	Aug. 1956 ³⁾	Juli 1957 ⁴⁾
	1950 = 100					vH		
Binnenmarkt								
Grundstoffe insgesamt	128	130	131	133	133	+ 5,2	+ 3,5	- 0,2
davon: industrieller Herkunft	139	145	145	144	144	+ 4,1	+ 3,7	- 0,0
darunter: Mauerziegel	125	128	129	128	128	+ 6,2	+ 2,3	± 0
Kupfer	136	114	109	106	102	- 39,3	- 24,8	- 3,7
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	119	117	119	123	123	+ 6,5	+ 3,2	- 0,5
darunter: Baumwolle	88	95	95	97	94	+ 3,1	+ 7,0	- 3,0
Rohwolle, ausländ.	75	95	91	87	88	+ 21,1	+ 17,3	+ 1,5
Rohholz (Stamm), inl.	214	220	217	214	214	- 0,5	- 0,3	± 0
Rohkautschuk	98	87	89	88	87	- 35,6	- 11,2	- 1,3
Kartoffeln	115	71	86	172	130	+ 9,6	+ 13,1	+ 24,2
Schweine	111	92	96	99	106	+ 5,9	- 4,0	+ 7,7
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	121	124	124	124	124	+ 3,9	+ 2,8	- 0,0
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	136	139	139	138	138	+ 0,8	+ 2,0	- 0,1
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	179	191	191	191	191	+ 7,1	+ 6,9	- 0,0
NE-Metallindustrie	129	111	106	104	103	- 30,4	- 20,1	- 1,0
Papierherzeugung	136	140	140	140	140	+ 2,4	+ 3,0	± 0
Investitionsgüterindustrien	127	132	132	132	132	+ 6,5	+ 3,7	- 0,0
darunter: Maschinenbau	134	141	141	141	141	+ 9,5	+ 5,3	+ 0,0
Fahrzeugbau	106	107	108	108	108	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,3
Verbrauchsgüterindustrien	98	102	102	102	102	+ 6,1	+ 3,9	+ 0,1
darunter: Textilindustrie	89	93	93	94	93	+ 6,4	+ 5,0	- 0,2
Schuhindustrie	103	104	104	105	105	+ 6,7	+ 2,2	+ 0,1
Holzverarbeitung	125	129	129	129	129	+ 5,6	+ 3,2	+ 0,2
Einzelhandelspreise insgesamt	106	108	109	110	110	+ 5,0	+ 3,6	- 0,4
darunter: Lebensmittelgeschäfte	109	110	110	114	112	+ 4,6	+ 3,3	- 1,1
darunter: Gemüsegeschäfte	131	126	130	166	147	+ 17,4	+ 12,2	- 11,7
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	93	96	97	97	97	+ 5,1	+ 4,4	+ 0,2
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	116	120	120	121	121	+ 7,6	+ 4,4	+ 0,1
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	134	141	141	141	141	+ 9,9	+ 5,4	+ 0,0
Möbel	117	122	122	122	122	+ 8,6	+ 4,9	+ 0,1
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	102	103	103	103	103	+ 3,2	+ 1,8	+ 0,0
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	113	114	115	116	116	+ 5,9	+ 3,3	- 0,2
darunter: Ernährung	118	120	120	124	123	+ 6,4	+ 3,9	- 0,5
Bekleidung	98	101	101	101	102	+ 5,2	+ 4,2	+ 0,3
Preisindex für den Wohnungsbau	134	141	.	.	141	+ 7,8	+ 5,3	- 0,0 ⁵⁾
Weltmarkt⁶⁾								
Preisindex des „Volkswirt“ ⁷⁾								
insgesamt	100	100	100	100	98	- 0,1	- 1,3	- 1,2
davon: Nahrungsmittel ⁸⁾	102	101	101	101	99	- 0,8	- 2,9	- 2,1
Gewerbliche Rohstoffe ⁹⁾	100	102	101	100	99	- 0,1	- 0,7	- 0,9
Moody's Index ⁵⁾	101	98	102	102	102	+ 5,3	+ 0,4	- 0,8
Reuter's Index ⁵⁾	94	92	91	90	87	- 9,5	- 7,3	- 3,0

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 5 (Preisindexziffern) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozsätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozsätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Veränderung August 1957 gegenüber Mai 1957. — ⁶⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der auf 1950 = 100 umbasierten Werte.

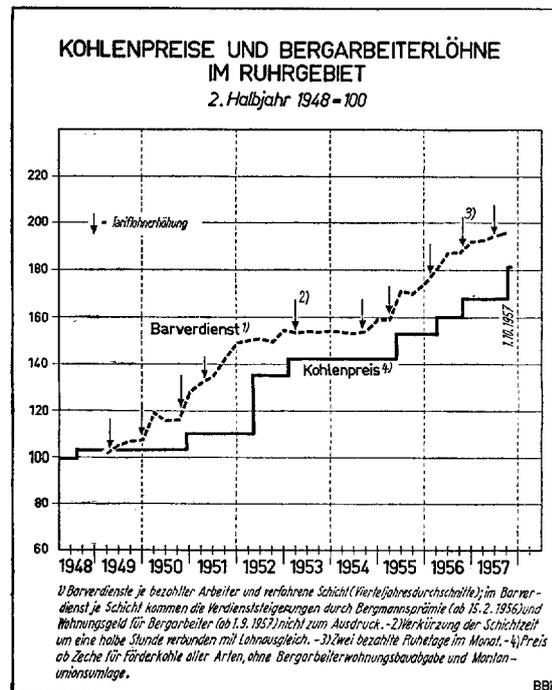
teljahren unverändert auf 124 vH des Monatsdurchschnittes im Jahr 1950. Hinter diesem stabilen Verlauf der Preiskurve stehen freilich einige gegenläufige Veränderungen: Während die Preise für Konsumgüter verschiedentlich anstiegen, wa-

ren die Preise für Grundstoffe unter dem Einfluß der Entwicklung an den Weltmärkten überwiegend rückläufig. Im August waren diese Unterschiede in der Preisbewegung der einzelnen Bereiche geringer als in den Vormonaten; insbeson-

dere hat sich der Preisanstieg bei Verbrauchsgütern verlangsamt; bei Textilien sind die Erzeugerpreise erstmals sogar geringfügig zurückgegangen.

Auf der *Verbraucherstufe* hat sich die Preisbewegung bisher noch nicht in gleichem Maße wie auf der Erzeugerstufe beruhigt, wenngleich auch hier die Aufwärtsbewegung erneut etwas schwächer geworden ist. Von den Einzelhandelspreisen gewerblicher Waren sind im August in nennenswertem Maße nur die für Textilien und Schuhe gestiegen, während bei Hausrat und Möbeln — den Branchen, die bis vor kurzem die stärksten Preiserhöhungen aufgewiesen hatten — im August nur noch unbedeutende Heraufsetzungen zu verzeichnen waren. Auch in den übrigen für die gesamte Lebenshaltung wichtigen Verbrauchsbereichen, wie z. B. den Dienstleistungen, sind im August nur geringe Preissteigerungen registriert worden. Da demgegenüber die Ernährungskosten im August stärker zurückgegangen sind — namentlich infolge der Verbilligung von Kartoffeln sanken sie im August um 0,5 vH —, haben sich die gesamten *Lebenshaltungskosten* gegenüber dem Vormonat um 0,2 vH ermäßigt.

Das vorstehend skizzierte Bild einer weitgehend stabilen Preisentwicklung während der letzten Monate darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Inlandspreise in der nächsten Zukunft neuen Belastungen ausgesetzt sein werden. In erster Linie ist hierbei an die jüngst beschlossene *Kohlepreiserhöhung* zu denken, die am 1. Oktober d. J. in Kraft tritt. Danach wird der Preis für Steinkohle um 4,70 DM, der für Koks um 6,20 DM je Tonne erhöht, bezogen auf den bisherigen Preis bedeutet dies eine Heraufsetzung um etwa 8 vH. In welchem Umfange die Verteuerung der Kohle in den einzelnen Produktionsstufen weitergewälzt werden kann, hängt allerdings weitgehend von der Marktlage ab, die gegenwärtig in vielen Branchen für einen Überwälzungsvorgang weniger günstig ist, als dies beispielsweise nach der letzten Kohlepreiserhöhung im Oktober vorigen Jahres der Fall gewesen war. Von besonderer Bedeutung wird vor allem sein, wie die Eisen schaffende Industrie auf die Kohlepreiserhöhung reagieren wird, da sie wegen des hohen Anteils der Kohle- bzw. Koks-kosten am gesamten Produktionsaufwand davon besonders stark betroffen wird. Wie in anderem Zu-



sammenhang bereits erwähnt wurde, hat sich gerade in diesem Bereich die Marktlage gegenüber dem Herbst 1956 merklich geändert; jedenfalls zeigen die Auftragsbestände abnehmende Tendenz, während die Lieferfähigkeit sich laufend erweitert. Unter diesen Umständen dürfte die Stahlindustrie bei ihren preispolitischen Überlegungen marktwirtschaftliche Vorsicht walten lassen, zumal sich im Laufe dieses Jahres auch der Abstand zu den ausländischen Stahlpreisen erheblich verkleinert und die Leistungsfähigkeit der ausländischen Lieferanten verbessert hat. Eine weitere Belastung kann der Wirtschaft aus den bevorstehenden Erneuerungen von *Lohntarifverträgen* erwachsen. So sind für den 30. September d. J. eine Reihe wichtiger Tarifverträge kündbar geworden, vor allem der sehr wichtige Vertrag für die Metallarbeiter im Bundesgebiet (ohne Bayern). Die Metallarbeitergewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung um 10 vH bei gleichzeitiger Verkürzung der Normalarbeitszeit von 45 auf 44 Stunden in der Woche; eine Kündigung des noch gültigen Tarifvertrags ist jedoch bei Abschluß dieses Berichtes noch nicht ausgesprochen worden. Einige andere Tarifverträge, die allerdings erst Ende Dezember kündbar werden, sind für diesen Termin bereits gekündigt worden; es handelt sich dabei vor allem um die Lohntarifverträge für die Bekleidungs- und Textilindustrie in

einer Anzahl von Bundesländern sowie um den Manteltarifvertrag für das Graphische Gewerbe.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß es fraglich erscheint, ob der günstige Einfluß, den die Baissetendenzen auf den *Weltrohstoffmärkten* in den letzten Monaten auf das inländische Preisniveau ausgeübt haben, sich in Zukunft nicht verringern wird. Im August waren zwar die Preisrückgänge auf den Weltmärkten stärker als

in den Vormonaten — der Weltmarktpreisindex des „Volkswirt“ ging im August gegenüber Juli um 1,2 vH zurück — und in der ersten Septemberhälfte hat sich die sinkende Preistendenz erneut fortgesetzt. Nach Mitte September ist jedoch der bislang besonders ausgeprägte Preisabfall bei NE-Metallen und bei Kautschuk merklich abgeebbt; die Kupferpreise sind sogar zeitweilig wieder etwas gestiegen.

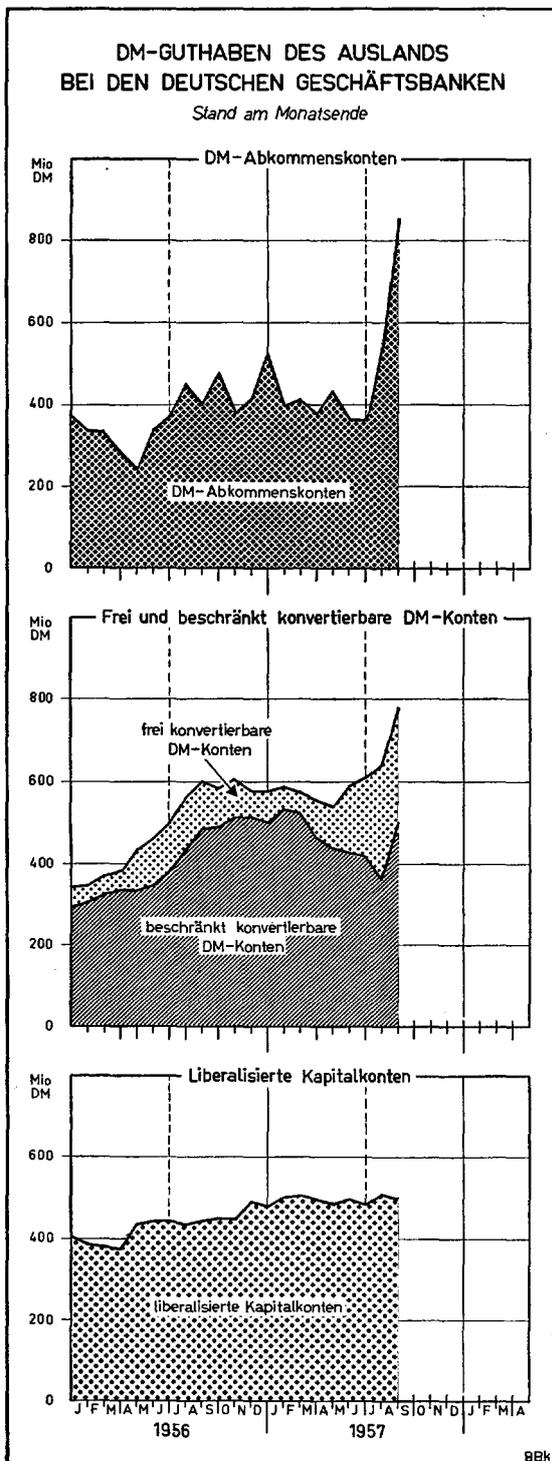
Außenhandel und Zahlungsbilanz

Anhaltende spekulative Einflüsse

Der auswärtige Zahlungsverkehr der Bundesrepublik stand in den letzten Wochen weiterhin im Zeichen außerordentlich hoher, zu einem großen Teil offensichtlich auf Währungsspekulation beruhender Gold- und Devisenzugänge bei der Deutschen Bundesbank. Sie beliefen sich für die Zeit vom 1. bis zum 28. September d. J. auf 1 144 Mio DM gegen 1 459 Mio DM im August und 858 Mio DM im Juli. Allerdings hat der Devisenzustrom, nachdem er in den ersten Septemberwochen eher noch etwas stärker war als in der gleichen Zeit des Vormonats, im letzten Drittel des Monats merklich nachgelassen, was nach den vorhandenen Anhaltspunkten vor allem auf ein Abflauen der rein spekulativen Zuflüsse zurückzuführen sein dürfte. Die diskontpolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik und in Großbritannien sowie die eindeutigen Erklärungen der verantwortlichen Persönlichkeiten auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds scheinen also erfreulicherweise eine gewisse Beruhigung der Währungsspekulation bewirkt zu haben, so daß im Augenblick Hoffnung besteht, daß sich der internationale und speziell der intereuropäische Zahlungsverkehr wieder in normaleren Formen abspielen wird.

Wenn es auch nach wie vor nicht möglich ist, exakt festzustellen, wie groß die rein spekulativ bedingten Devisenzuflüsse in letzter Zeit gewesen sind, so erscheint doch nach den vorhandenen Unterlagen die Schätzung gerechtfertigt, daß sie im Juli und August — entsprechende Angaben für den September stehen noch nicht zur Verfügung — rd. zwei Drittel der gesamten Devisenzugänge bei der Bundesbank ausgemacht haben. Zu dieser Größenordnung kommt man jedenfalls, wenn man die beiden Hauptformen,

in denen sie in der Regel ihren Niederschlag finden, nämlich einmal die Zuflüsse von Auslandsgeldern, die auf Verschiebungen in den terms of payment zurückgehen, und sodann die Erhöhung der ausländischen DM-Einlagen bei den deutschen Geschäftsbanken, zusammenfaßt. Die spekulativen Zuflüsse der erstgenannten Form kommen, wie schon mehrfach erläutert, in der Diskrepanz zwischen den Zahlungsbilanzüberschüssen (Nettozugang an Gold und Devisen bei der Bundesbank und den Geschäftsbanken) und den Überschüssen der Leistungs- und Kapitalbilanz (Überschüsse aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr abzüglich der Defizite in der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen) zum Ausdruck, die sich bei gleichbleibenden terms of payment über einen längeren Zeitraum hinweg annähernd decken müßten. So war der Zahlungsbilanzüberschuß im Juli um rd. 280 Mio DM und im August sogar um 510 Mio DM höher als der Überschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz. Diese großen Differenzen erklären sich sowohl aus der beschleunigten Bezahlung von deutschen Lieferungen als auch aus der Einräumung längerer Zahlungsziele an deutsche Importeure, d. h. aus Verschiebungen in den Zahlungsbedingungen im Außenhandel, die praktisch eine Kreditgewährung des Auslands und damit eine Vorwegnahme künftiger Überschüsse der Leistungsbilanz darstellen. Die spekulativen Zuflüsse aus dem Ausland auf DM-Konten bei deutschen Geschäftsbanken, die ebenfalls zu „zusätzlichen“ Deviseneingängen bei der Bundesbank führten, da diese die als Gegenwert anfallenden Devisen praktisch in voller Höhe aufzunehmen hatte, waren in den letzten Monaten von kaum geringerer Bedeutung als die spekulativ bedingten Vorauszahlungen usw. im Außenhandel. Im Juli



stiegen die ausländischen DM-Einlagen um 240 Mio DM und im August sogar um 437 Mio DM; gleichzeitig gingen die eigenen Fremdwährungsguthaben der Geschäftsbanken noch weiter zurück. Ihre Devisenposition hat sich damit in den Monaten Juli und August wesentlich stärker verschlechtert als im gesamten Jahr 1956, obwohl auch damals schon derartige Zuflüsse zeitweise

eine erhebliche Rolle gespielt hatten. Im ganzen gesehen stehen den Gold- und Devisenbeständen der Bundesbank nach dem Stand von Ende August DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken in Höhe von 2,1 Mrd DM aus ausländischen Einlagen gegenüber, von denen ein Teil zweifellos als „hot money“ anzusehen ist. Insgesamt läßt sich die Größenordnung des auf Sonderfaktoren beruhenden Zuflusses von ausländischen Geldern für die Monate Juli und August auf etwa 1,5 Mrd DM beziffern (vgl. hierzu die folgende Tabelle). Im gleichen Zeitraum ist der gesamte

*Die wichtigsten Komponenten des Gold- und Devisenzugangs bei der Deutschen Bundesbank
in Mio DM*

Positionen	1956 MD.	1957			
		1. Vj. MD.	2. Vj. MD.	Juli	August
Gold- u. Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank	425	276	486	858	1 459
davon:					
Überschüsse der Leistungs- und Kapitalbilanz	337	176	259	311	499
Veränderung der „terms of payment“ ¹⁾	53	128	231	278	510
Devisengegenwerte aus dem Zugang von ausländischen DM-Einlagen bei den Geschäftsbanken ²⁾	35	— 28	— 4	269	450

¹⁾ Einschl. statistischer Ermittlungsfehler. — ²⁾ Zunahme der DM-Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber Devisenausländern abzüglich Zunahme (bzw. zuzüglich Abnahme) der von den Geschäftsbanken selbst unterhaltenen Fremdwährungsguthaben.

Gold- und Devisenbestand der Bundesbank um rd. 2,3 Mrd DM gewachsen. Das zeigt, daß die Zugänge zur zentralen Währungsreserve den unter normalen Verhältnissen engen Zusammenhang mit den echten Leistungsüberschüssen weitgehend verloren hatten. Für die künftige Entwicklung bedeutet dies, daß der Gold- und Devisenzufluß zur Bundesbank zumindest vorübergehend erheblich hinter den Ergebnissen der Leistungs- und Kapitalbilanz zurückbleiben dürfte, sobald es zu einer Normalisierung im Zahlungsverkehr kommt.

Die nun schon seit geraumer Zeit festgestellte spekulative Devisenbewegung aus einigen EZU-Ländern in die Bundesrepublik könnte im übrigen den Gedanken nahe legen, die bestehenden administrativen Vorschriften für die Inanspruchnahme kommerzieller Kredite durch deutsche Banken und Firmen im Ausland, die Führung von DM-Konten für Devisenausländer, die Bemessung von Zahlungszielen im Import und Export

etc. daraufhin zu überprüfen, ob nicht durch gewisse Einschränkungen der verhältnismäßig freizügigen Bestimmungen der Zustrom der Auslandszahlungen zwischenzeitlich abgebremst werden könnte. Wenn die zuständigen deutschen Stellen davon abgesehen haben, diesen zum Teil auch aus dem Auslande laut gewordenen Anregungen zu folgen, so war hierfür insbesondere die Überlegung maßgebend, daß diese Devisentransaktionen letzten Endes im Zusammenhang mit Import- und Exportgeschäften stehen. Dieser Zusammenhang ist, was nicht übersehen werden sollte, sowohl für die Aufnahme kurzfristiger Handelskredite im Ausland als auch für den Abschluß von Devisentermintransaktionen Vorbe-

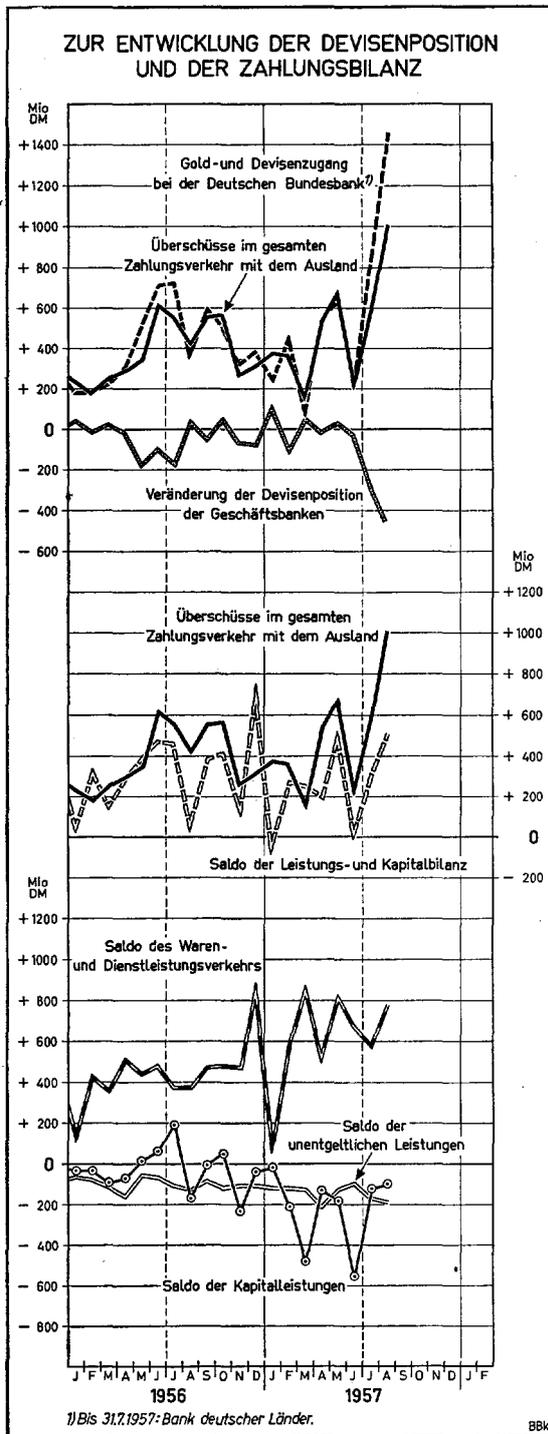
dingung für die in diesen Bereichen bestehenden generellen Genehmigungen.

Im übrigen ist anzunehmen, daß die von den interessierten Außenhandelskreisen aus Gründen bestimmter Aufwertungs- oder Abwertungserwartungen vorgenommenen anomalen Zahlungsdispositionen sich auf die Dauer als kaufmännisch nachteilig erweisen. Wird nämlich die allen diesen Transaktionen zugrunde liegende Voraussetzung von Wechselkursveränderungen nicht erfüllt, worüber nach den eindeutigen Erklärungen auf der jetzt beendeten Tagung des Internationalen Währungsfonds kein Zweifel mehr bestehen kann, so werden für manche Beteiligten Verluste unvermeidlich sein, zumal sich infolge des Rückstroms namhafter Devisen-

Daten zur Entwicklung der Devisenposition und der Zahlungsbilanz
in Mio DM

Zeit	I. Devisenbilanz					II. Leistungs- und Kapitalbilanz								III. Saldo der nicht erfassbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler (I./II)	
	Gold- und Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank ¹⁾	Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken			Saldo der Devisenbilanz (Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Ausland)	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs ²⁾				Saldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs					
		Insgesamt	Veränderung der Guthaben bei ausländischen Banken	Veränderung der DM-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ³⁾		Insgesamt	Handelsbilanz ⁴⁾	Dienstleistungen		Insgesamt	Unentgeltliche Leistungen ⁵⁾ (hauptsächlich Wiedergutma- chungsleistungen)	Kapitalverkehr			Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
								Dienstleistungen ohne Kapitalerträge ⁵⁾	Kapitalerträge ⁵⁾			Kapitalverkehr ⁶⁾ ohne Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten	Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten		
1955	+1 861	+ 60	+ 40	+ 20	+1 921	+2 945	+1 245	+2 308	- 608	-1 249	- 814	- 511	+ 76	+1 696	+ 225
1956	+5 095	- 425	+ 40	- 465	+4 670	+5 499	+2 897	+3 040	- 438	-1 462	-1 104	- 743	+ 385	+4 037	+ 633
1956															
2. Vj.	+1 547	- 272	+ 0	- 272	+1 275	+1 447	+ 992	+ 575	- 120	- 259	- 261	- 173	+ 175	+1 188	+ 87
3. „	+1 709	- 159	+ 39	- 198	+1 550	+1 231	+ 532	+ 846	- 147	- 285	- 297	- 70	+ 82	+ 946	+ 604
4. „	+1 233	- 74	+ 0	- 74	+1 159	+1 863	+ 960	+ 972	- 69	- 537	- 318	- 326	+ 107	+1 326	- 167
1957															
1. Vj.	+ 829	+ 84	- 68	+ 152	+ 913	+1 579	+ 732	+ 947	- 100	-1 051	- 344	- 850	+ 143	+ 528	+ 385
2. „	+1 459	+ 11	+ 34	- 23	+1 470	+2 049	+1 202	+ 958	- 111	-1 272	- 417	- 757	- 98	+ 777	+ 693
1956															
Aug.	+ 386	+ 47	+ 45	+ 2	+ 433	+ 375	+ 121	+ 302	- 48	- 286	- 116	- 169	- 1	+ 89	+ 344
Sept.	+ 597	- 42	+ 24	- 66	+ 555	+ 475	+ 234	+ 280	- 39	- 83	- 79	- 29	+ 25	+ 392	+ 163
Okt.	+ 508	+ 59	- 17	+ 76	+ 567	+ 491	+ 252	+ 265	- 26	- 67	- 114	+ 3	+ 44	+ 424	+ 143
Nov.	+ 332	- 61	- 10	- 51	+ 271	+ 484	+ 206	+ 302	- 24	- 329	- 104	- 237	+ 12	+ 155	+ 116
Dez.	+ 393	- 72	+ 27	- 99	+ 321	+ 888	+ 502	+ 405	- 19	- 141	- 100	- 92	+ 51	+ 747	- 426
1957															
Jan.	+ 258	+ 117	+ 22	+ 95	+ 375	+ 122	- 99	+ 275	- 54	- 135	- 113	- 70	+ 48	- 13	+ 388
Febr.	+ 460	- 92	- 90	- 2	+ 368	+ 592	+ 296	+ 296	+ 0	- 313	- 107	- 233	+ 27	+ 279	+ 89
März	+ 111	+ 59	+ 0	+ 59	+ 170	+ 865	+ 535	+ 376	- 46	- 603	- 124	- 547	+ 68	+ 262	- 92
April	+ 553	- 10	+ 29	- 39	+ 543	+ 539	+ 285	+ 294	- 40	- 325	- 199	- 143	+ 17	+ 214	+ 329
Mai	+ 640	+ 37	+ 20	+ 17	+ 677	+ 830	+ 540	+ 329	- 39	- 306	- 124	- 141	- 41	+ 524	+ 153
Juni	+ 266	- 16	- 15	- 1	+ 250	+ 680	+ 377	+ 335	- 32	- 641	- 94	- 473	- 74	+ 39	+ 211
Juli	+ 858	- 269	- 29	- 240	+ 589	+ 587	+ 349	+ 319	- 81	- 276	- 157	- 119	+ 0	+ 311	+ 278
Aug. ⁷⁾	+1 459	- 450	- 13	- 437	+1 009	+ 780	+ 499	+ 304	- 23	- 281	- 186	- 99	+ 4	+ 499	+ 510

¹⁾ Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ²⁾ Zunahme der Verbindlichkeiten —, Abnahme +. — ³⁾ Im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen wird hier die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet, während die Transithandelspitze und sonstige den Warenverkehr betreffende Ergänzungen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt sind. — ⁴⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob (vgl. auch Anm. ²⁾). — ⁵⁾ Saldo. — ⁶⁾ Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — ⁷⁾ Teilweise geschätzt.



beträge aus der Bundesrepublik bei den Devisenkassakursen Ausschläge nach der für die interessierten Kreise ungünstigen Seite ergeben werden. Wie eingangs erwähnt, deutet die allerjüngste Entwicklung darauf hin, daß solchen Überlegungen neuerdings offenbar mehr Beachtung geschenkt und dementsprechend vorsichtiger disponiert wird.

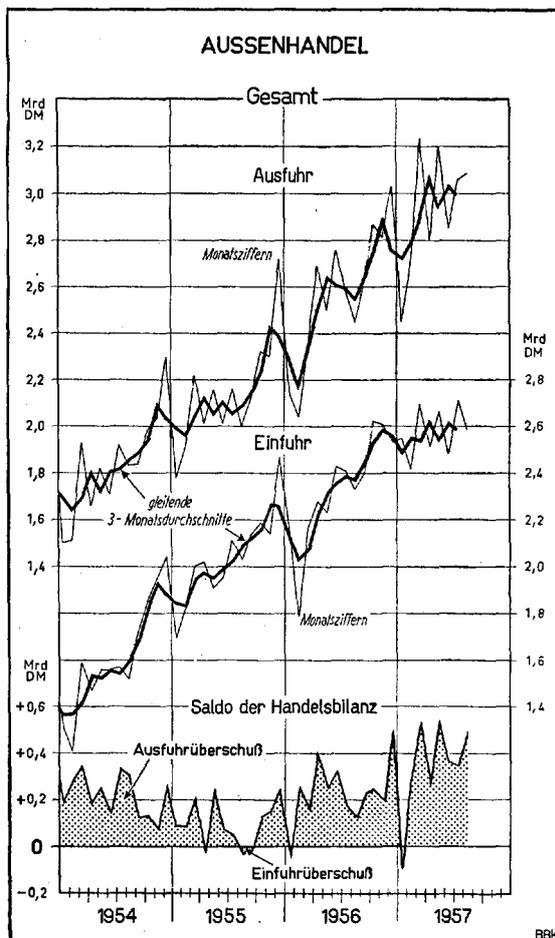
Die Entwicklung der Leistungs- und Kapitalbilanz

Bei dem ungewöhnlich hohen Deviseneinstrom in jüngster Zeit ist freilich nicht zu übersehen, daß auch die Aktivsalden der Leistungs- und Kapitalbilanz nach wie vor eine beträchtliche Höhe aufweisen. Immerhin verdient Beachtung, daß der Überschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres um 200 Mio DM hinter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis zurückblieb, da die Passivsalden in der Bilanz des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen um 2 Mrd DM, die Aktivsalden im Waren- und Dienstleistungsverkehr aber nur um 1,8 Mrd DM höher waren als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Erst in den letzten Monaten haben auch die Überschüsse im Leistungs- und Kapitalverkehr wieder stärker zugenommen; sie stellten sich im August auf 499 Mio DM gegen 311 Mio DM im Juli und 218 Mio DM im Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahrs 1957.

Außenhandel

Der Aktivsaldo im Warenaußenhandel erreichte im August mit 499 Mio DM nahezu das Niveau der höchsten Überschüsse, die seit 1948 im Handelsverkehr der Bundesrepublik zu verzeichnen waren; der Aktivsaldo ist im Vergleich zum Vormonat um 150 Mio DM und im Vergleich zum August 1956 sogar um rd. 380 Mio DM gestiegen. Wenn auch die Außenhandlungsergebnisse einzelner Monate Zufallseinflüssen unterliegen, so zeigt doch ein längerfristiger Vergleich, daß sich die Aktivierung des Warenverkehrs der Bundesrepublik mit dem Ausland im laufenden Jahr verstärkt hat. In den ersten acht Monaten d. J. stellte sich der Ausfuhrüberschuß auf 2,8 Mrd DM gegen 1,7 Mrd DM im entsprechenden Vorjahrszeitraum.

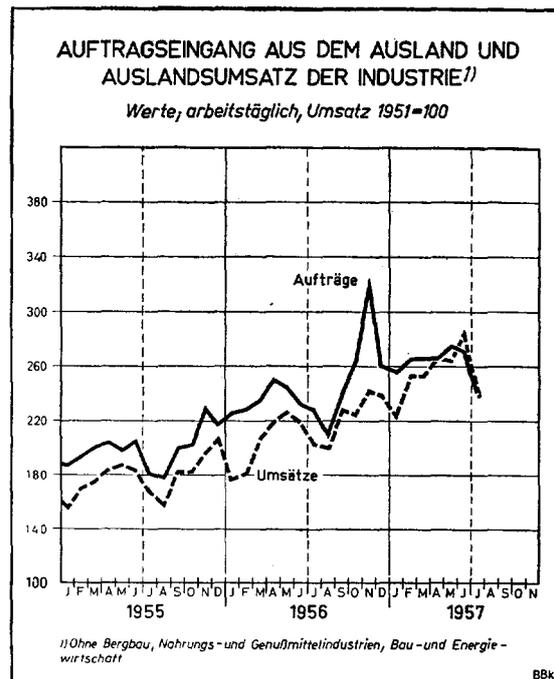
Die Gesamtumsätze im Außenhandel waren im August entsprechend dem üblichen Saisonrhythmus niedriger als im Vormonat. Während aber in früheren Jahren regelmäßig nicht nur die Einfuhr sondern auch die Ausfuhr rückläufig war, ist in diesem Jahr die *Ausfuhr* vom Juli zum August etwas gestiegen, was möglicherweise damit zusammenhängt, daß ausländische Importeure den Bezug von Waren aus der Bundesrepublik aus spekulativen Erwägungen zeitlich vorgezogen haben. Das Ausfuhrergebnis für den August kam mit 3 085 Mio DM (gegen 3 058 Mio DM im Juli) verhältnismäßig nahe



an den bisherigen monatlichen Ausfuhrhöchststand im März 1957 und die gleichfalls besonders hohe Ausfuhrziffer für den Mai (jeweils über 3,2 Mrd DM) heran. Damit hat die Ausfuhr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres im bisherigen Verlauf von 1957 um rd. 20 vH zugenommen. Diese für die Gesamtausfuhr berechnete Zuwachsrate variiert selbstverständlich stark nach Wirtschaftsbereichen. Hauptträger des Ausfuhranstiegs waren nach wie vor die großen Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Allein auf die Eisen schaffende Industrie, die Chemische Industrie, den Maschinenbau, den Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnische Industrie entfielen in der Zeit von Januar bis Juli 1957 — die entsprechend aufgegliederten August-Ziffern sind noch nicht bekannt — rd. 75 vH der Mehrausfuhr im Vergleich zum Vorjahr.

Was die weitere Ausfuhrentwicklung anbelangt, so muß es aus verschiedenen Gründen fraglich erscheinen, ob sich die Expansion des deutschen Exports im gleichen Tempo wie bisher fortsetzen wird. Daß das in einigen Ländern zu

beobachtende Abflauen der Hochkonjunktur die deutschen Exportchancen möglicherweise beeinträchtigen wird, ist in den letzten Berichten bereits betont worden. Auch der Einnahmeausfall in einer Reihe von Rohstoffländern auf Grund der anhaltenden Preisrückgänge bei ihren Hauptexportprodukten könnte sich dahingehend auswirken. Vor allem aber dürften die hauptsächlich aus Zahlungsbilanzgründen ergriffenen, zum Teil recht drastischen währungs- und handelspolitischen Maßnahmen in einzelnen Ländern, darunter wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik, auf die deutsche Ausfuhr nicht ohne Einfluß bleiben, wenn auch die Nachfrage dieser Länder nach deutschen Exportprodukten voraussichtlich ziemlich groß bleiben wird. Immerhin läßt auch der Auftragseingang aus dem Ausland bei der Industrie, wie im vorangegangenen Berichtsabschnitt erwähnt, seit geraumer Zeit eine gewisse Abschwächung erkennen.



Im Gegensatz zur Ausfuhr ist die Einfuhr im August hinter dem Juli-Ergebnis zurückgeblieben. Mit 2 586 Mio DM war sie um 123 Mio DM bzw. knapp 5 vH geringer als im Vormonat; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine leichte Abnahme im August durchaus der Saisontwicklung entspricht. In den ersten acht Monaten von 1957 sind Güter im Werte von 20,6 Mrd DM gegen 17,8 Mrd DM im vergleichbaren Vorjahreszeitraum importiert worden. Dies bedeutet

eine Zunahme um 15,8 vH und läßt einen etwas stärkeren Zuwachs als in der vergleichbaren Zeit des Vorjahres (14,6 vH) erkennen. Wenn die Einfuhrkurve in den Sommermonaten bisher gleichwohl, wie das Schaubild „Außenhandel“ erkennen läßt, verhältnismäßig flach verlaufen ist, so liegt das, abgesehen von Saisoneinflüssen, im wesentlichen daran, daß die Importe im ersten Quartal, teils im Zusammenhang mit Voreindeckungen, teils auf Grund des Nachholbedarfs aus der Zeit der Suez-Krise, verhältnismäßig hoch waren und zeitweise das Wachstumstempo der Ausfuhr erreicht bzw. sogar überschritten hatten. Späterhin dürften dann unter dem Einfluß der Wechselkurs-Spekulationen und in Erwartung der Zoll-erleichterungen, die inzwischen — am 20. August und 1. September d. J. — in Kraft getreten sind, manche Importe aufgeschoben worden sein, so daß möglicherweise erneut ein beträchtlicher Nachholbedarf entstanden ist. Hinzu kommt weiter, daß die Weltmarktpreise seit der Überwindung des Suez-Booms sowohl auf dem Rohstoff- als auch auf dem Nahrungsmittelsektor eine deutlich sinkende Tendenz aufweisen. Die Importeure disponieren daher in Erwartung weiterer Preissenkungen durchweg zurückhaltend. In den Indexziffern der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit ist die sinkende Preistendenz und die gleichzeitig zu verzeichnende Baisse am Frachtenmarkt zwar noch nicht zum Ausdruck gekommen, aber hier wirken sich die Preissenkungen infolge der meist längerfristigen Abschlüsse in der Regel erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand aus, abgesehen davon, daß die Einfuhrdurchschnittswerte zugleich auch durch ständige Veränderungen im Einfuhrsortiment beeinflußt werden. Der Index der Einkaufspreise für deutsche Importwaren (1950 = 100), der die effektiven Preisveränderungen am Weltmarkt schneller als die Durchschnittswerte und zudem unbeeinflusst von Mengenveränderungen widerspiegelt, ist dagegen von 111 zu Jahresbeginn bis auf 104 im August zurückgegangen.

Die Aufgliederung der Einfuhr nach Warengruppen läßt für die ersten sieben Monate von 1957 ebenso wie im Vorjahr eine überdurchschnittliche Zunahme der Rohstoff- und Fertigwarenimporte erkennen, während die Einfuhr von Halbwaren und Vorerzeugnissen zurückblieb. Besonders stark hat im einzelnen die Einfuhr von Textilrohstoffen — zweifellos als Folge der auf dem Verbrauchsgütersektor allge-

mein gestiegenen Nachfrage — sowie von Industrierohstoffen wie Steinkohle, Erdöl und Eisenerzen zugenommen.

Kapitalverkehr und unentgeltliche Leistungen

Im Bereich des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen ergaben sich im Juli und August mit jeweils rd. 280 Mio DM nicht mehr so hohe Passivsaldo, wie sie im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres (387 Mio DM) zu verzeichnen waren. Der Rückgang erklärt sich daraus, daß in letzter Zeit die Vorauszahlungen für Rüstungseinfuhren nur eine geringe Rolle spielten, während sie im zweiten Quartal 1957 reichlich 600 Mio DM und im ersten Quartal sogar rd. 740 Mio DM betragen hatten. Hiervon abgesehen ist der Kapitalverkehr (einschl. der unentgeltlichen Leistungen) jedoch, wie schon im vorigen Bericht erwähnt, durch eine zunehmende Passivierung gekennzeichnet.

Die schon seit längerem zu beobachtende tendenzielle Zunahme der *unentgeltlichen Leistungen* an das Ausland wird im wesentlichen durch den Anstieg der sog. individuellen Wiedergutmachungsleistungen bestimmt, die sich sowohl im Juli wie im August auf 111 Mio DM beliefen und in den ersten acht Monaten dieses Jahres bereits Zahlungen in Höhe von 754 Mio DM erforderten gegen 679 Mio DM im Gesamtjahr 1956. Seit 1954 sind im Rahmen dieser individuellen Wiedergutmachung nahezu 2 Mrd DM an Ausländer gezahlt worden.

Im *mittel- und langfristigen Kapitalverkehr* fielen als Passivposten im laufenden Jahr neben den wachsenden Ausgaben für deutsche Investitionen im Ausland — denen freilich in letzter Zeit fast ebenso hohe ausländische Investitionen in der Bundesrepublik gegenüberstanden — vor allem die Leistungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens ins Gewicht. Im August waren diese Leistungen, wie üblich, höher als in den vorangegangenen Monaten, da in diesem Monat die jährliche Tilgungsrate auf die britische Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 88 Mio DM (7,5 Mio £) fällig war. Die Zahlung erfolgte erstmalig aus dem bei der Bank von England eingerichteten Sonderkonto der Deutschen Bundesbank, auf das inzwischen der vereinbarte Betrag von zehn Jahresraten (75 Mio £) in voller Höhe überwiesen worden ist¹⁾. Insgesamt sind in der

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1957, S. 37.

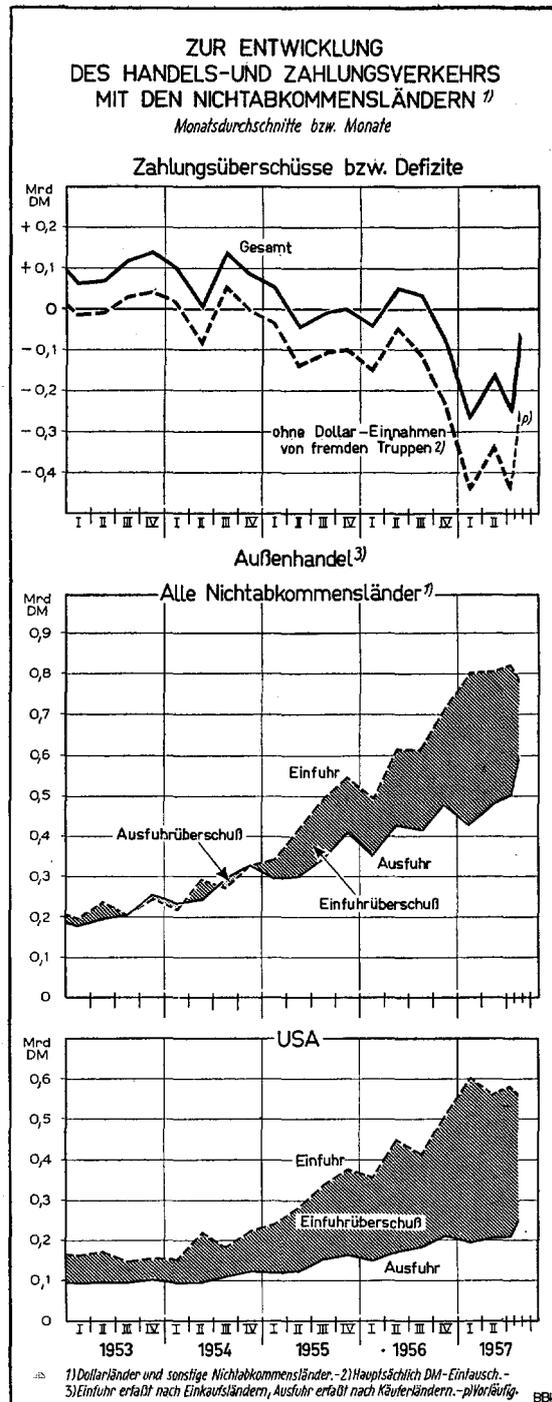
Zeit von Januar bis August Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen in Höhe von 362 Mio DM getilgt worden gegen 335 Mio DM in den Monaten Januar bis August 1956. Damit belaufen sich die seit 1953 erfolgten Tilgungen deutscher Vor- und Nachkriegsschulden nunmehr auf 2,3 Mrd DM. Außerdem wurden auf Grund des Schuldenabkommens bisher Zinszahlungen in Höhe von 1,2 Mrd DM geleistet.

Der Handels- und Zahlungsverkehr mit den Nichtabkommensländern

Die regionale Aufgliederung des auswärtigen Zahlungsverkehrs für den Monat August zeigt, wie im einzelnen aus der Tabelle auf S. 40 hervorgeht, daß die Überschüsse gegenüber den EZU-Ländern erneut stark gestiegen sind und die Zahlungsdefizite gegenüber den Nichtabkommensländern beträchtlich abgenommen haben. Im Zahlungsverkehr mit den Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums, der seit längerem im ganzen etwa ausgeglichen war, ergab sich erstmals in diesem Jahr ein etwas größeres Defizit.

Der Passivsaldo in der Zahlungsbilanz gegenüber den Nichtabkommensländern, auf deren Entwicklung hier näher eingegangen werden soll,¹⁾ verringerte sich im August auf 57 Mio DM, nachdem er sowohl im Juli als auch im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1957 noch mehr als 200 Mio DM betragen hatte. Die Abnahme geht zum Teil darauf zurück, daß im August kaum Vorauszahlungen auf die Einfuhr von Rüstungsgütern geleistet wurden, während diese sich in der Zeit von Januar bis Juli im Monatsdurchschnitt auf rd. 120 Mio DM belaufen hatten. Auch die Zins- und Tilgungszahlungen auf Grund des Londoner Schuldenabkommens waren im August verhältnismäßig gering; in den ersten acht Monaten des Jahres zusammengenommen waren sie jedoch mit 308 Mio DM um rd. 60 Mio DM höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Dagegen hielt sich der Dollarzugang von Seiten der amerikanischen Dienststellen und Truppen im Bundesgebiet, der einen der wichtigsten Aktivposten der Waren- und Dienstleistungsbilanz gegenüber den Nichtabkommens-

¹⁾ Der Handels- und Zahlungsverkehr mit dem EZU-Raum wurde zuletzt im Monatsbericht für August 1957 (S. 49 ff.) behandelt. Auf den Handels- und Zahlungsverkehr mit den Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums wurde im Monatsbericht für Juli 1957 (S. 39 ff.) näher eingegangen.



ländern darstellt, mit rd. 190 Mio DM etwa auf dem Stand des Vormonats. Längerfristig betrachtet sind diese Dollareinnahmen sogar noch erheblich gewachsen, nämlich von rd. 1 Mrd DM in der Zeit von Januar bis August 1956 auf 1,4 Mrd DM in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres.

Der gesamte Zahlungsverkehr mit den Nichtabkommensländern wies von Jahresbeginn bis

Ende August ein Defizit von reichlich 1,5 Mrd DM auf, während sich im entsprechenden Vorjahrszeitraum noch ein Überschuß von etwa 100 Mio DM ergeben hatte. Diese starke Verschlechterung geht neben den erwähnten Rüstungsvorauszahlungen vor allem auf die weitere Passivierung der Handelsbilanz zurück. Der *Einfuhrüberschuß* ist nämlich in den ersten acht Monaten von 1957 auf nicht weniger als 2,6 Mrd DM gestiegen gegen 1,4 Mrd DM im gleichen Zeitraum von 1956. Zu den bisher höchsten monatlichen Passivsaldoen kam es Anfang 1957 unter dem Einfluß der Suez-Krise; sie stellten sich im Durchschnitt der Monate Januar/Februar auf nahezu 400 Mio DM. Danach gingen die Defizite allmählich zurück, betragen aber im Monatsdurchschnitt Juli/August immerhin noch 250 Mio DM.

Der Anstieg der *Ausfuhr* in die Nichtabkommensländer hat sich — von Zufallsschwankungen in den einzelnen Monaten abgesehen — im bisherigen Verlauf des Jahres fortgesetzt. Dabei ist bemerkenswert, daß die Zunahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum seit dem Mai wieder stärker war als die Zunahme der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik, nachdem das Expansionstempo der Ausfuhr in die Dollarländer im Anfang des Jahres etwas hinter der Zuwachsrate der Gesamtausfuhr zurückgeblieben war. Im August belief sich der Export in die eigentlichen Dollarländer, d. h. die Länder, denen gegenüber die Dollarfreiliste in Kraft ist, zusammen mit der Ausfuhr in die übrigen Nichtabkommensländer auf 603 Mio DM gegen 503 Mio DM im Juli, 483 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten

Quartals und 430 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. Am meisten hat im Vergleich zum Vorjahr die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten von Amerika zugenommen (vgl. die folgende Tabelle). Der Anteil der Exporte in die USA an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik hat sich indessen trotz dieses Anstiegs nur unwesentlich erhöht; er liegt zwischen 6 und 7 vH.

Die *Einfuhr* aus den Nichtabkommensländern war in den Monaten Juli und August sowie im vorangegangenen Quartal kaum höher als im ersten Quartal. Allerdings hatte sie zu Anfang des Jahres im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt, der die Importeure zu weitreichenden Umdispositionen veranlaßte und zudem eine verstärkte Lagerhaltung angezeigt erscheinen ließ, in einem ganz ungewöhnlichen Ausmaß zugenommen. Trotz der Abschwächung in den letzten Monaten war jedoch der Zuwachs der Einfuhr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit bei diesen Ländern nach wie vor weit größer als bei den Abkommensländern, was vor allem auf die günstige Preissituation sowie den Umfang und die Qualität des Warenangebots im Dollar-Raum zurückzuführen sein dürfte. Der Anteil der „Dollareinfuhr“ an der gesamten Einfuhr der Bundesrepublik stieg daher von 26 vH in den ersten acht Monaten von 1956 auf 31 vH im laufenden Jahr, während der Anteil der EZU-Importe in der gleichen Zeit von 63 vH auf 59 vH zurückging. Im Jahr 1953, dem letzten Jahr vor Beginn der Dollarliberalisierung, hatte der Anteil der Einfuhren aus den Nichtabkommensländern an der Gesamteinfuhr erst knapp 17 vH betragen.

Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Vergleich zur Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ nach Warenarten

Warenarten	Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ²⁾ ³⁾			Gesamtausfuhr ⁴⁾		
	Jan./Juli 1956	Jan./Juli 1957	Zunahme (Jan./Juli 1957 gegenüber Jan./Juli 1956)	Jan./Juli 1956	Jan./Juli 1957	Zunahme (Jan./Juli 1957 gegenüber Jan./Juli 1956)
	Mio DM		vH	Mio DM		vH
Ausfuhr insgesamt	1 109	1 363	22,8	17 062	20 312	19,0
darunter:						
Chemische Erzeugnisse	83	102	21,9	1 666	1 961	17,7
Walzwerkerzeugnisse	38	77	105,0	1 144	1 846	61,4
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	96	128	33,2	1 184	1 478	24,8
Maschinen	145	193	33,6	3 237	3 995	23,4
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	164	274	66,5	1 717	1 995	16,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	42	78	86,0	1 380	1 645	19,2
Feinmechanische und Optische Erzeugnisse	63	73	16,2	392	446	14,0

¹⁾ Einschl. West-Berlin. — ²⁾ Erfäht nach Verbrauchsländern. — ³⁾ Auf die erfähten Warenarten entfallen 68 vH der Gesamtausfuhr nach den USA. — ⁴⁾ Auf die erfähten Warenarten entfallen 66 vH der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik.

Statistischer Teil

I. Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute des Bundesgebiets einschließlich der Deutschen Bundesbank	44
2. Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	46
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	48
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf im Bundesgebiet und in West-Berlin	49
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	49
3. Zentralbankkredite an die Kreditinstitute des Bundesgebiets und an die Berliner Zentralbank	50
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten des Bundesgebiets sowie Einlagen der Berliner Zentralbank bei der Deutschen Bundesbank	50
5. Mindestreservenstatistik	51
B. Ausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	52
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	54
3. Ausweis der Deutschen Bundesbank	55
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	56
2. Teilzahlungskredite	62
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	62
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	63
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	63
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	63
7. Einlagen von Nichtbanken	64
8. Umsätze im Sparverkehr	66
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	67
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute des Bundesgebiets	68
2. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute in West-Berlin	80
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	81
2. Die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets und in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen	82
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	84
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	84
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	84
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung, Absatz, Tilgung und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	85
2. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	86
3. Wertpapier-Absatz nach Papieren mit steuerfreien und steuerpflichtigen Zinserträgen	86
4. Zinssätze und Emissionskurse	86
5. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	87
6. Unmittelbarer Erstabsatz von festverzinslichen Wertpapieren	87
7. Durchschnittskurse und -Renditen festverzinslicher DM-Wertpapiere	88
8. Index der Aktienkurse	88
9. Index der Börsenumsätze	88
10. Bausparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin	89
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	90
2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	91
3. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	92
4. Umlauf an verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet	92
5. Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechslern im Bundesgebiet	93
6. Die Verschuldung des Bundes	94
7. Die Verschuldung der Länder	94
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	95
2. Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins	97
3. Gold- und Devisenbestände der Deutschen Bundesbank	97
4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken	98
5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer	98
VIII. Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	99
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	99
3. Arbeitsmarkt	100
4. Einzelhandelsumsätze	100
5. Preisindexziffern	100
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	101
X. Diskontsätze im Ausland	102
XI. Die Währungen der Welt	103

3. Ausweis der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Aktiva

Ausweis- stichtag	Gold	Guthaben bei aus- ländischen Banken und Geldmarkt- anlagen im Ausland 1)	Sorten, Aus- lands- wechsel und -schecks 2)	Sonstige Förde- rungen an das Aus- land 2)	Deutsche Scheide- münzen	Post- scheck- gut- haben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatzan- weisungen	Lom- bard- förde- rungen	Kassen- kredite	Wert- papiere	Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung			Kredit an Bund wegen Wäh- rungs- fonds und Welt- bank	Sonstige Aktiva
												Bestand	nachrichtlich:			
													angekaufte Ausgleichs- forderungen	im Tausch gegen Geldmarkt- titel zurück- gegebene Ausgleichs- forderungen		
1957 7. Aug.	8 964,4	7 485,1	204,0	5 035,9	75,6	113,7	1 924,4	50,7	34,5	92,8	155,7	4 360,4	9,6	4 387,3	390,8	196,8
15. "	9 544,4	7 020,7	199,4	5 269,0	89,1	91,9	1 495,3	—	41,7	40,8	158,6	4 100,4	9,6	4 647,3	390,8	201,8
23. "	9 449,7	7 732,3	209,1	5 326,2	104,6	81,4	1 253,1	—	46,1	47,8	164,4	3 415,2	9,6	5 332,5	390,8	208,1
31. "	9 449,8	8 144,0	214,6	5 330,0	72,2	82,4	1 115,8	2,5	29,6	133,8	165,7	3 117,5	9,6	5 630,2	390,8	235,1
7. Sept.	9 449,8	8 398,6	213,3	5 437,0	78,6	73,7	1 283,7	48,7	34,5	121,6	166,8	3 460,1	9,6	5 287,7	390,8	208,4
15. "	10 032,6	7 813,2	214,2	5 717,8	88,1	90,9	1 232,3	14,1	39,7	37,9	166,9	3 431,5	9,6	5 316,3	390,8	213,2

*) Bis 31. Juli 1957 vgl. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. — 1) Die bisher unter „Auslandswechsel“ ausgewiesenen ausländischen Bankakzepte sind nunmehr unter „Geldmarktanlagen im Ausland“ erfaßt. — 2) Enthält insbesondere die Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion, die Forderungen der Bank aus Konsolidierungen, zweckgebundene Auslandsguthaben sowie ausländische Wertpapiere, die nicht Geldmarktanlagen darstellen.

Passiva

Ausweis- stichtag	Bank- noten- umlauf	Einlagen								Ver- bind- lichkeiten aus dem Aus- lands- geschäft	Rück- stel- lungen	Grund- kapital	Rück- lagen	Sonstige Passiva	Bilanz- summe
		insgesamt	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postspar- kassen- ämter)	Berliner Zentral- bank	öffentliche Einleger			andere inlän- dische Einleger	auslän- dische Einleger 2)						
					Bund und Sonder- vermögen des Bundes 1)	Länder	andere öffentliche Einleger								
1957 7. Aug.	14 664,3	11 927,2	6 067,1	109,2	4 917,6	168,1	26,6	169,0	469,6	884,8	592,9	285,0	434,7	295,9	29 084,8
15. "	14 281,7	11 926,1	5 175,6	110,5	5 562,0	357,4	39,5	175,0	506,1	826,9	592,9	285,0	434,7	296,6	28 643,9
23. "	13 758,4	12 141,8	5 453,7	118,8	5 592,6	311,8	23,8	153,6	487,5	892,9	592,9	285,0	434,7	323,1	28 428,8
31. "	15 706,1	10 234,2	4 685,6	60,8	4 669,9	118,4	23,5	165,8	510,2	1 036,9	592,9	285,0	434,7	194,0	28 483,8
7. Sept.	14 957,0	11 782,3	6 392,3	128,6	4 425,0	142,0	19,3	173,9	501,2	1 064,3	592,9	285,0	434,7	249,4	29 365,6
15. "	14 613,2	12 193,3	5 185,8	74,8	5 011,4	1 008,2	23,0	170,1	720,0	1 030,2	592,9	285,0	434,7	333,9	29 483,2

*) Bis 31. Juli 1957 vgl. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. — 1) Enthält gegenüber den bisher unter „Bund und Bundesverwaltungen“ ausgewiesenen Konten das ERP-Sondervermögen sowie die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost, des Bundesausgleichsamts, die unter „sonstige öffentliche Körperschaften“ erfaßt waren. — 2) Einschließlich der bisher unter der Position „alliiertener Dienststellen“ ausgewiesenen Einlagen der Dienststellen ehem. Besatzungsmächte.

in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen ¹⁾

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 1. Februar 1957

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Schleswig-Holstein ²⁾		West-Berlin ²⁾	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 4 L = Lombardsatz, zur Zeit 5											
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	6 1/2
D + 1/2 % 1/6 % p. M.	6 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	6 - 6 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1 % 1/6 % p. M.	6 1/2
D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2 ⁶⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	8 ⁰⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	8
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942						Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942			1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag.		
2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
1/2 %/100 mind. —,50 DM		1/2 %/100 mind. —,50 DM		1/2 %/100 mind. —,50 DM		1/2 %/100 mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt	

Habenzinsen ⁷⁾, in % p. a.

1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2	
3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
unter	ab	unter	ab	unter	ab	unter	ab	unter	ab	unter	ab
50 000,— DM Einlagebetrag		50 000,— DM Einlagebetrag		50 000,— DM Einlagebetrag		50 000,— DM Einlagebetrag		50 000,— DM Einlagebetrag		50 000,— DM Einlagebetrag	
3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ⁵⁾ Normalsätze, Über- nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — ⁶⁾ Auch für gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁷⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — schusses Bankenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer sätze für Habenzinsen höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe Sondernabelle in: Monatsberichte der Bank deutscher

4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken

Mio DM

Kontengruppen	1953	1954	1955		1956				1957			
			Juni	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Juni	Juli	August
			Stand am Jahres- bzw. Monatsende									
DM-Abkommenskonten	252	361	292	376	286	373	482	531	382	365	551	858
Frei konvertierbare DM-Konten ¹⁾	3	22	38	50	47	121	91	74	92	190	272	273
Beschränkt konvertierbare DM-Konten ¹⁾	52	219	235	294	337	380	493	506	467	422	371	508
Liberalisierte Kapitalkonten	—	480	411	402	375	443	450	479	497	484	507	499
DM-Sperrkonten ²⁾	774	65	29	5	3	3	2	2	2	2	2	2
Insgesamt	1 081	1 147	1 005	1 127	1 048	1 320	1 518	1 592	1 440	1 463	1 703	2 140

¹⁾ Bis 31. 3. 1954 DM-Agenten- und DM-Vertreterkonten. — ²⁾ Ab 30. 9. 1954 nur Sperrmark-Termineinlagen und Sperrmark-Kündigungsgelder, die bis zum Ablauf der vorgesehenen Fristen als Sperrkonten weitergeführt werden.

5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer

vom 1. Juli 1950 bis August 1957 in Mio Rechnungseinheiten (§)

Mitgliedsländer	Veränderung der kumulativen Nettoposition ¹⁾										Kumulative Nettoposition ²⁾ Stand Ende August 1957	Quoten ³⁾	Rallongen ⁴⁾	Gewährte Kredite ⁵⁾ (an die EZU +, von der EZU —) Stand Ende August 1957	Kreditfazilitäten ⁶⁾ (Ungenutzte Fazilitäten der Schuldner: D; noch offene Kreditverpflichtung der Gläubiger: C)	
	Juli 1950 bis Juni 1951	Juli 1951 bis Juni 1952 ⁷⁾	Juli 1952 bis Juni 1953	Juli 1953 bis Juni 1954	Juli 1954 bis Juni 1955	Juli 1955 bis Juni 1956	Juli 1956 bis Juni 1957	1957								
								Juni	Juli	August						
Bundesrepublik Deutschland	- 284,6	+ 583,9	+ 266,2	+ 530,2	+ 310,2	+ 599,8	+ 1 356,8	+ 134,6	+ 180,3	+ 280,8	+ 3 823,6	1 200,0	— ⁸⁾	+ 958,9	—	
Belgien-Luxemburg ³⁾	+ 236,4	+ 515,9	- 25,8	- 47,9	+ 84,4	+ 226,9	+ 19,2	- 4,9	- 21,8	- 5,5	+ 981,8	805,3	100,0 C	+ 143,1	83,3 C	
Dänemark	- 68,6	+ 44,7	- 17,8	- 94,0	- 97,2	+ 1,0	- 46,3	- 2,5	+ 4,7	- 5,6	- 279,1	468,0	36,4 D	- 87,7	38,4 D	
Frankreich	+ 196,4	- 604,9	- 424,5	- 158,2	+ 108,7	- 183,2	- 975,2	- 106,6	- 132,6	- 47,6	- 2 221,1	1 248,0	291,0 D	- 384,8	—	
Griechenland	- 140,4	- 83,2	- 27,7	- 40,2	- 27,3	+ 40,0	+ 4,6	- 0,8	- 0,2	- 3,9	- 278,3	108,0	—	+ 1,0	26,0 D	
Großbritannien	+ 607,6	- 1 483,6	+ 355,3	+ 89,8	+ 125,7	- 336,9	- 235,8	- 28,6	- 51,0	- 177,8	- 1 106,7	2 544,0	155,0 D	- 354,1	320,7 D	
Island	- 7,0	- 5,8	- 4,3	- 5,3	- 1,8	- 4,2	- 3,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 32,1	36,0	3,2 D	- 5,3	4,5 D	
Italien	- 30,4	+ 196,7	- 220,8	- 211,3	- 228,1	- 130,3	- 99,2	+ 5,6	+ 36,5	+ 54,3	- 632,6	492,0	328,0 D	- 127,5	77,5 D	
Niederlande	- 270,9	+ 476,2	+ 142,9	- 35,7	+ 88,2	- 57,7	- 33,0	- 10,5	- 7,9	- 106,3	+ 195,8	852,0	—	+ 61,6	151,4 C	
Norwegen	- 80,0	+ 20,1	- 60,1	- 62,9	- 72,7	- 30,2	+ 37,8	+ 0,4	- 21,1	+ 0,6	- 268,5	480,0	29,6 D	- 80,7	46,7 D	
Österreich	- 104,1	- 38,4	+ 42,1	+ 106,9	- 101,7	- 5,9	+ 23,2	+ 14,5	+ 16,6	+ 12,3	- 49,0	168,0	—	+ 12,2	29,8 C	
Portugal	+ 59,1	+ 28,9	- 22,0	- 17,7	- 58,6	- 32,7	- 38,5	- 7,5	- 3,2	+ 0,9	- 83,8	168,0	—	—	42,0 C/D	
Schweden	- 59,6	+ 285,5	- 40,9	- 33,3	- 103,4	+ 6,3	+ 110,8	+ 4,6	+ 10,6	- 9,0	+ 167,0	624,0	—	+ 19,4	136,6 C	
Schweiz (ab 1. 11. 50)	+ 11,1	+ 159,5	+ 87,6	+ 77,4	+ 14,6	- 62,7	- 81,0	+ 6,8	- 7,9	+ 17,7	+ 216,3	600,0	250,0 C	+ 41,1	171,4 C	
Türkei	- 64,0	- 96,9	- 51,4	- 95,3	- 39,8	- 28,9	- 38,2	- 4,3	- 2,8	- 10,9	- 428,2	120,0	—	- 30,0	—	
Insgesamt	+ 1 110,6 - 1 109,6	+ 2 311,4 - 2 312,8	+ 894,1 - 895,3	+ 804,3 - 801,8	+ 731,8 - 730,6	+ 874,0 - 872,7	+ 1 552,4 - 1 550,8	+ 166,5 - 165,8	+ 248,7 - 248,6	+ 366,6 - 366,6	+ 5 384,5 - 5 379,4					

¹⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) im Berichtszeitraum. — ²⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) seit Beginn der EZU-Abrechnung. — ³⁾ Am Ende der letzten aufgeführten Abrechnungsperiode gültige Quoten. Die Quote der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion als Schuldner beträgt 864,0 Mio RE. — ⁴⁾ Fazilitäten, die den Schuldnern (D) zur Deckung von Defiziten auf der Basis 75 vH Gold und 25 vH Kredit auch über die Quoten hinaus zur Verfügung gestellt werden, bzw. Fazilitäten, die die Gläubiger (C) auf der gleichen Basis über die Quoten hinaus gewähren. — ⁵⁾ Von den Gläubigerländern an die EZU (+) bzw. von der EZU an die Schuldnerländer (-) gewährte Kredite. Die kumulative Rechnungsposition beträgt seit der EZU-Neuregelung vom 1. 8. 1955 (vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1955, S. 39 ff.) in der Regel das Vierfache des gewährten bzw. in Anspruch genommenen Kreditbetrages. — ⁶⁾ Die Kreditfazilitäten entsprechen der Differenz zwischen dem Viertel der Summe von Quote und Rallongen einerseits und den gewährten Krediten andererseits. — ⁷⁾ Einschl. der im Anschluß an die Abrechnung für Juni 1952 durchgeführten Berichtigung (betr. Belgien, Frankreich und Großbritannien). — ⁸⁾ Die Rallonge ist durch Verlängerung der seit November 1956 geltenden Regelung bis zum 30. 6. 1958 unbegrenzt.

